Hanns Seidel Stiftung

PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM AUF DEM PRÜFSTAND

Eine empirische Analyse der Wählersicht in Bayern

www.hss.de

PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM AUF DEM PRÜFSTAND

Eine empirische Analyse der Wählersicht in Bayern

Ergebnisse einer repräsentativen Telefonumfrage
unter der Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren
im Herbst 2016

Impressum

ISBN	978-3-88795-523-6
Herausgeber	Copyright 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Text und Tabellen	Dr. Helmut Jung GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Titelgestaltung	formidee designbüro München; Titelfoto Ralf Kalytta / fotolia.com
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorwort

Die 1967 gegründete Hanns-Seidel-Stiftung erfüllt seit nunmehr 50 Jahren durch eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten ihren Auftrag „im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“. Neben der Pflege internationaler Kontakte und der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland betreibt die Stiftung in Deutschland und vor allem in Bayern politische Bildung, Politikberatung und Politikanalyse sowie die Förderung von Stipendiaten. Dazu gehört nach dem Selbstverständnis der Hanns-Seidel-Stiftung die regelmäßige Beobachtung und Analyse bedeutsamer Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie und zum politischen System in Deutschland durch eigene Grundlagenforschung.

Deshalb hat die Hanns-Seidel-Stiftung schon seit den achtziger Jahren immer wieder umfangreiche empirische sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu Themenbereichen wie Wertewandel, Demokratiezufriedenheit und insbesondere zur politischen Partizipation durchgeführt. Deren Ergebnisse fanden nicht nur in der Wissenschaft und den Medien große Resonanz, sondern flossen auch immer wieder in die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Stiftung ein.

Wegen des trotz einiger Ausnahmen ungebrochenen Trends zu einer geringeren Wahlbeteiligung sowie der Vielzahl und Intensität verschiedener politischer bzw. wirtschaftlicher Veränderungen und Krisen entschloss sich die Hanns-Seidel-Stiftung, im Verlauf des Jahres 2016 zwei Grundlagenstudien durchzuführen. In diesen beiden Repräsentativuntersuchungen wurden die Auswirkungen dieser Entwicklungen (z. B. in Verbindung mit der Flüchtlingskrise, EU und Euro-Krise) aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln untersucht. In der ersten, im Frühjahr 2016 durchgeführten Untersuchung ging es primär um Auswirkungen auf das soziale, gesellschaftliche und politische Engagement. Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob parallel zur sinkenden Wahlbeteiligung auch ein geringeres soziales und gesellschaftliches Engagement festzustellen ist und welche Möglichkeiten aus Sicht der Wähler bestehen, der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken. Erfreulicherweise konnte abgesehen von einem Trend zu mehr Engagement in informellen statt traditionellen Strukturen keine Abnahme des sozialen und gesellschaftlichen Engagements festgestellt werden, während im Hinblick auf die höhere Wahlbeteiligung keine Patentlösung, sondern nur ein Bündel unterschiedlicher Einzelmaßnahmen identifiziert werden konnte.

Bei der im Herbst 2016 durchgeführten zweiten Untersuchung liegt der Fokus der Betrachtungsweise weniger auf dem einzelnen Wähler und Maßnahmen, die Wähler wieder zu einer verstärkten Wahlbeteiligung motivieren könnten. Vielmehr befasst sich die vorliegende Untersuchung gemäß ihrem Titel „Parteien und Parteiensystem auf dem Prüfstand“ primär mit der Wahrnehmung der Parteien und des Parteiensystems aus Wählersicht.

Dabei wird sowohl der Frage nachgegangen, ob Volksparteien angesichts der heutigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen überhaupt noch als zeitgemäß angesehen werden, welche Rolle neue, kleinere und insbesondere Protestparteien spielen und in welchem Umfang es überhaupt noch grundsätzliche Bindungen an Parteien mit entsprechenden Stammwählerpotenzialen gibt.

Wir freuen uns, die zentralen Ergebnisse der zweiten „Generationenstudie 2016“, die von der GMS Dr. Jung GmbH im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung Ende 2016 durchgeführt wurde, mit dieser Publikation der Öffentlichkeit vorstellen zu können.

Prof. Ursula Männle
Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung
und Staatsministerin a.D.

Dr. Peter Witterauf
Hauptgeschäftsführer der
Hanns-Seidel-Stiftung

Inhalt

Vorwort 3

1. Methodische Vorbemerkungen 7

2. Einzelergebnisse 9

2.1 Allgemeine Grundstimmung 9

2.1.1 Die Sicht der Gegenwart und allgemeine Zukunftserwartungen 9

2.1.2 Wirtschaftliche Einstellungen und Erwartungen 11

2.2 Bundespolitische Aufgaben und Probleme 14

2.3 Indikatoren für Akzeptanz von Parteien und politischem System 16

2.3.1 Politisches Interesse und Informiertheit über Politik 17

2.3.2 Demokratiezufriedenheit 19

2.4 Aktuelle Herausforderungen für die Parteien und das politische System 24

2.4.1 Art und Umfang grundsätzlicher Parteibindungen 25

2.4.2 Wahlteilnahme und Nichtwahl 26

2.4.3 Stamm- und Wechselwahl 30

2.4.4 Ursachen und Motive für Parteipräferenzen, Wahlteilnahme und -verhalten 38

2.5 Einstellungen zu Volksparteien, neuen Parteien und Koalitionen 45

2.5.1 Heutige Bedeutung und Eigenschaften von Volksparteien 46

2.5.2 Das Aufkommen neuer politischer Parteien 48

2.5.3 Auswirkungen Großer Koalitionen und veränderte Koalitätsformen 54

2.6 Neue Wählertypen und -gruppen 57

3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 66

4. Anhang (Abbildungen und Tabellen) 76

1. Methodische Vorbemerkungen

Der vorliegende Untersuchungsbericht basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen sozialwissenschaftlichen Grundlagenuntersuchung, die die GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg im Herbst 2016 auf Basis einer repräsentativen Telefonstichprobe unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung Bayerns mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 16 Jahren im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt hat.

Vor dem Hintergrund des generell weiterhin anhaltenden Trends zu einer rückläufigen Wahlbeteiligung, geringeren Bindungen an Parteien, einer stärkeren Segmentierung des Parteiensystems und dem Aufkommen von Protestparteien sowie der von verschiedenen Krisen geprägten politischen Themenagenda (EU, Euro, Flüchtlinge) standen die Parteien bzw. die Entwicklung des Parteiensystems im Mittelpunkt der vorliegenden Studie. Im Einzelnen wurden folgende Themenbereiche behandelt:

- Ermittlung aktueller Rahmenbedingungen / genereller Einflussfaktoren zur Einordnung der Ergebnisse (wirtschaftliche und politische Grundstimmung, Relevanz von Sachthemen etc.),
- Politisches Interesse und Informiertheit über Politik,
- Zufriedenheit mit der Demokratie und dem Parteiensystem,
- Art und Umfang der grundsätzlichen Bindung an eine Partei (Parteiidentifikation),
- Ursachen und Motive für Parteipräferenzen, Wahlteilnahme und Wahlverhalten,
- Selbsteinstufung des Wahlverhaltens (Stamm- / Wechselwähler, Wahlteilnahme),
- Grundsätzlich für eine Wahl in Betracht kommende Parteien,
- Einstellungen zum Konzept von Volksparteien,
- Einstellungen zu neuen Parteien, insbesondere zu Protestparteien,
- Koalitionspräferenzen und Auswirkungen großer Koalitionen.

Trotz des thematischen Schwerpunkts in Verbindung mit dem Thema „Parteiensystem auf dem Prüfstand“ werden zentrale Ankerfragen aus früheren Grundlagenuntersuchungen erneut aufgegriffen, um Rückschlüsse auf politisch relevante Einstellungsänderungen im Verlauf der letzten Jahre ziehen zu können.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 24. November 2016 mit der Erhebungsmethode des computergestützten Telefoninterviews (CATI) 2.063 Interviews realisiert. Auf der Basis einer mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe von Privathaushalten wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren befragt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug ca. 30 Minuten.

Für die auch dieses Mal wieder erfolgte regionale Begrenzung der Untersuchung auf Bayern sprechen bei dieser spezifischen Thematik mehrere Gründe. Zum einen bietet es sich für die in Bayern beheimatete Hanns-Seidel-Stiftung an, Einstellungen zur Sicht der Parteien und des Parteiensystems der verschiedenen Generationen nicht bundesweit für alle Länder, sondern nur für Bayern und dann entsprechend differenziert für die einzelnen Regionen Bayerns auf der Basis aussagekräftiger Fallzahlen zu untersuchen. Die Fokussierung auf Bayern bietet zudem die Möglichkeit, bereits existierende Zeitreihen aus früheren Generationenstudien weiter fortzuschreiben. Darüber hinaus können unterschiedliche Mentalitäten in den Regionen und Stadt-Land-Gegensätze mit eventuell daraus resultierenden unterschiedlichen Einstellungen trennschärfer als bei einer bundesweiten Untersuchung erkennbar gemacht werden.

Um detaillierte Auswertungen der Einstellungen der Jungen und Alten zu ermöglichen, wurde die Untersuchung mit einer disproportionalen Stichprobe angelegt. Teilstichproben für alle relevanten Altersgruppen wurden jeweils auf eine aussagekräftige Gesamtfallzahl aufgestockt. Die Stichprobenanlage erfolgte so, dass die Möglichkeit besteht, die „Jungen“ zwischen 16 und 34 Jahren in drei weitere Altersgruppen aufzugliedern und diese Teilgruppen auf Basis aussagekräftiger Fallzahlen zu analysieren. Auch für die Gruppe der „Alten“ (60 Jahre und älter) konnten aufgrund der realisierten Fallzahl von 576 Interviews bei Bedarf Teilgruppen analysiert und miteinander verglichen werden. Für die Gesamtauswertung der Untersuchung wurden die einzelnen Altersgruppen mit „aufgestockten“ Fallzahlen durch eine faktorielle Gewichtung proportionalisiert und damit wieder den tatsächlichen Größenverhältnissen in der Bevölkerung angepasst.

In diesem Untersuchungsbericht erfolgt die Ergebnisdarstellung nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den bereits erwähnten und möglichen generationenspezifischen Unterschieden spielen entsprechend der Aufgabenstellung auch grundsätzliche Parteienneigungen eine große Rolle. Aber auch Differenzierungen nach anderen Analysemerkmalen wie z. B. Regionen, dem höchsten erreichten Schulabschluss oder einem möglichen Migrationshintergrund werden in diesem Bericht vorgenommen, wenn signifikante Unterschiede in den Ergebnissen existieren.

2. Einzelergebnisse

2.1 Allgemeine Grundstimmung

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Grundstimmung kann kurzfristig teils erhebliche Auswirkungen auf langfristig alles in allem eher stabile politische Einstellungen und Verhaltensweisen wie die Akzeptanz der Parteien und des Parteiensystems haben. Zur besseren Einordnung der Untersuchungsergebnisse in den aktuellen zeitlichen Kontext ist es deshalb unerlässlich, auch die allgemeine Grundstimmung wie die generelle Sicht der Gegenwart und der Zukunft oder auch Einschätzungen zur (eigenen) Wirtschaftslage zu ermitteln. Je nach Wahrnehmung der Rahmenbedingungen entscheidet nämlich die aktuelle Grundstimmung mit darüber, ob die Einstellungen in der Bevölkerung zu einem bestimmten Thema eher positiv oder negativ ausfallen oder ob eine längere Zeit anhaltende Grundstimmung sogar zu nachhaltigen Veränderungen bei bestimmten Einstellungen führt. In dieser Untersuchung wurde die aktuelle Stimmungslage durch Fragen nach der Sicht der Gegenwart und der Zukunft sowie Einschätzungen zur allgemeinen sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in der weiteren Entwicklung ermittelt.

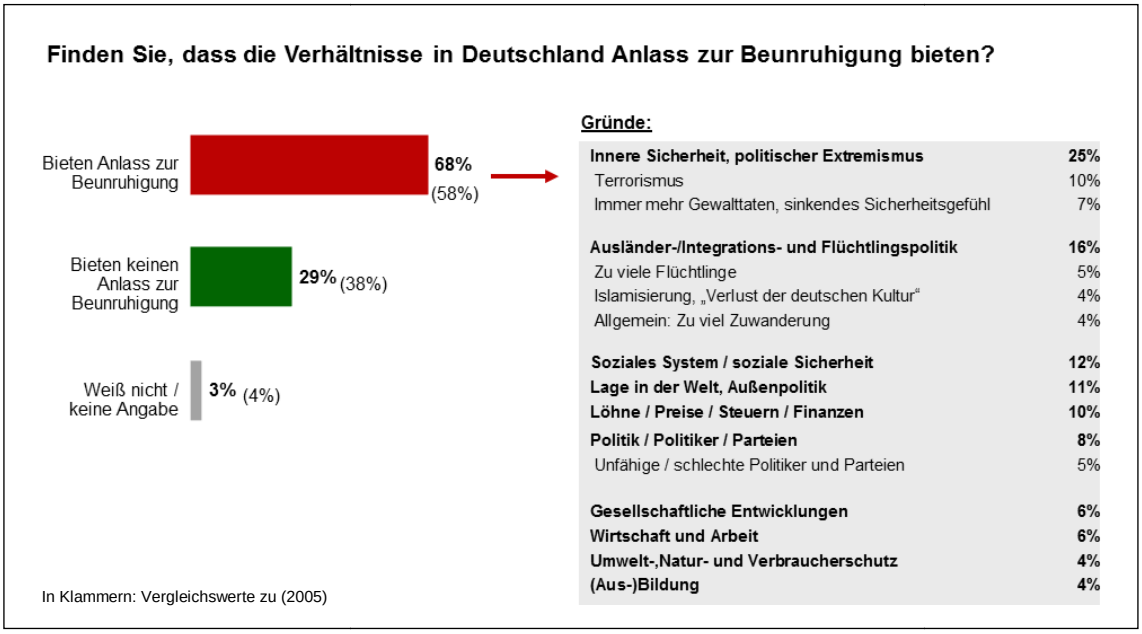
2.1.1 Die Sicht der Gegenwart und allgemeine Zukunftserwartungen

Die **Sicht der gegenwärtigen Lage in Deutschland** fällt angesichts der zahlreichen innen- und außenpolitischen Krisen erwartungsgemäß nicht besonders positiv aus. Für gut zwei Drittel der Befragten bieten die Verhältnisse in Deutschland derzeit Anlass zur Beunruhigung (+10 Prozentpunkte gegenüber 2005), deutlich weniger als ein Drittel vertritt die gegenteilige Meinung (Abb. 1). Diejenigen Bayern, die grundsätzlich der AfD zuneigen, zeigen sich durch die aktuellen Verhältnisse in Deutschland dabei spürbar häufiger beunruhigt (83 %) als der Durchschnitt.

Anlass zur Beunruhigung bietet den Bayern vor allem die Situation im Bereich Innere Sicherheit und politischer Extremismus (25 %). Insbesondere mögliche terroristische Anschläge und eine zumindest subjektiv so empfundene gestiegene Anzahl von Gewalttaten bereiten den Bayern hierbei Sorgen. Bereits an zweiter Stelle steht die Ausländer- / Integrations- und Flüchtlingspolitik (16 %), wobei vor allem eine zu große Anzahl von Flüchtlingen bzw. generell von Zuwanderung genannt wird. Teilweise äußern die Befragten in diesem Zusammenhang auch Sorgen, dass man sich infolge von zu vielen Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis nicht mehr heimisch fühlt. Weitere Defizite bei den aktuellen Verhältnissen in Deutschland werden im Bereich der sozialen Sicherheit (12 %), der internationalen Lage (11 %) und im Bereich Löhne / Preise / Steuern (10 %)

ausgemacht. Mit geringeren Nennungshäufigkeiten werden aber auch Kritik an den Parteien bzw. Politikern (8 %), negative gesellschaftliche Entwicklungen oder auch Aspekte aus dem Bereich Wirtschaft und Arbeit (jeweils 6 %) sowie Themen wie Umwelt und Bildung genannt (jeweils 4 %; Abb. 1).

Abbildung 1: Allgemeine Sicht der Gegenwart (Frage 9)

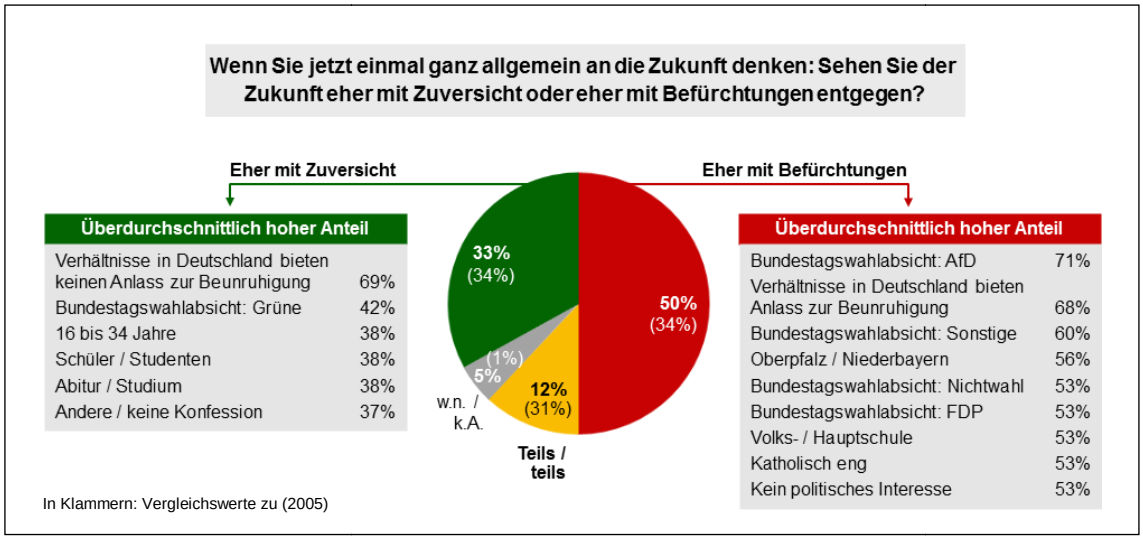


Auch die **allgemeinen Zukunftserwartungen** der bayerischen Bevölkerung fallen deutlich schlechter aus als vor gut 10 Jahren. Jeder Zweite sieht heute der Zukunft eher mit Befürchtungen entgegen (+16 Prozentpunkte), nur ein Drittel mit Zuversicht. Während der Anteil der Bayern, die mit Zuversicht in die Zukunft blicken, in etwa gleich geblieben ist, hat sich der Anteil der Personen mit ambivalenter Sicht zu Gunsten der Skeptiker spürbar verringert (Abb. 2).

Bei einer kritischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage wird auch der Zukunft überdurchschnittlich häufig mit Befürchtungen entgegen gesehen (68 % gegenüber 50 % aller Bayern). Auch Befragte, die sich derzeit bei der Bundestagswahl für die AfD entscheiden würden, sind ähnlich wie bei der Bewertung der gegenwärtigen Situation spürbar pessimistischer. Dies gilt mit Abstrichen auch für Bayern, die sich derzeit bei einer Bundestagswahl für eine sonstige Partei oder die FDP entscheiden oder nicht an der Wahl teilnehmen würden. Befragte aus der Oberpfalz und Niederbayern sehen ebenfalls überdurchschnittlich häufig mit Sorgen in die Zukunft (Abb. 2).

Wähler der Grünen bei einer Bundestagswahl, aber auch Jüngere und Personen mit Abitur / Studium sind hingegen überdurchschnittlich zuversichtlich (Abb. 2).

Abbildung 2: Allgemeine Zukunftserwartungen (Frage 9)



Alles in allem fallen sowohl die generellen Bewertungen der gegenwärtigen Lage in Deutschland als auch die allgemeinen Zukunftserwartungen mehrheitlich recht kritisch aus. Auch im Vergleich zum Jahr 2005 mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und erheblichen wirtschaftlichen Problemen ist die heutige Grundstimmung sowohl im Hinblick auf die Sicht der Gegenwart als auch bezüglich der Zukunftsperspektiven deutlich schlechter.

2.1.2 Wirtschaftliche Einstellungen und Erwartungen

Die Einschätzungen zur **allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland** fallen zum Befragungszeitraum eindeutig positiv aus. Sechs von zehn Bayern schätzen die wirtschaftliche Situation als gut ein, gerade einmal 4 % bewerten sie negativ (teils / teils: 36 %). Auch wenn im Vergleich zu früheren Untersuchungen die Antwortkategorien etwas verändert wurden, sind sie durch das Beibehalten der Skalenform weiterhin vergleichbar. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in keiner der früheren Untersuchungen seit 2000 annähernd so positiv bewertet wurde wie derzeit. Im Vergleich zu den Erhebungen in den Jahren 2005 und 2009, die während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise durchgeführt wurden, haben die positiven Einschätzungen jeweils um gut 40 Prozentpunkte zugenommen (Tab. 1).

Auch die **wirtschaftlichen Zukunftserwartungen** fallen ungeachtet der ohnehin äußerst positiven Einschätzungen der Gegenwart per saldo positiv aus. Ungefähr drei von zehn Bayern meinen, dass es mit der Wirtschaft zurzeit eher aufwärts geht. Ein Abwärtstrend wird hingegen nur von ungefähr einem Fünftel ausgemacht. Die Hälfte der Bayern erwartet hingegen keine Veränderung der derzeit überwiegend gut bewerteten Wirtschaftslage.

Auf die ausgesprochen positive derzeitige Beurteilung der gegenwärtigen Lage ist es auch zurückzuführen, dass die Zukunftserwartungen heute schlechter ausfallen als zuletzt 2009 zu Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise (Tab. 1).

Tabelle 1: Allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland (Fragen 1, 2)

		Jahr					
	2016	**2009**	**2005**	**2003**	**2002[1)]**	**2001[1)]**	**2000**
Allgemeine wirtschaftliche Lage heute*							
Gut	**60**	18	17	6	21	28	44
Teils / teils	**36**	35	27	29	40	48	30
Schlecht	**4**	45	55	65	39	23	16
Index: Gut – schlecht	**+56**	–27	–37	–59	–18	+5	+28
Mit der Wirtschaft in Deutschland geht es...*							
...zurzeit eher aufwärts	**29**	45	–	21	14	23	39
...zurzeit eher abwärts	**19**	20	–	34	46	23	10
verändert sich nicht so viel	**50**	33	–	44	39	51	48
Index: Eher aufwärts – eher abwärts	**+10**	+25	–	–13	–32	±0	+29

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe / verweigert
* Im Vergleich zu den früheren Untersuchungen veränderte, aber vergleichbare Antwortkategorien
[1)] Geringe Fallzahl, n = ca. 300

Während es zwischen den Generationen bei der Bewertung der derzeitigen Wirtschaftslage kaum Unterschiede gibt, zeigen sich die Jüngeren im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung etwas optimistischer als die 34- bis 59-Jährigen und insbesondere als die über 59-Jährigen. Bei Betrachtung der Regionen fällt eine etwas schlechtere Bewertung der derzeitigen Wirtschaftslage in Oberpfalz / Niederbayern auf. Auch hier bewertet aber immer noch mehr als jeder Zweite die Situation positiv (Tab. I im Anhang).

Die Beurteilung der **eigenen wirtschaftlichen Lage** erfolgt normalerweise relativ unabhängig von der Sicht der allgemeinen Wirtschaftslage. Eine besonders gute Wirtschaftslage kann sich aber dennoch in gewissem Umfang auch auf die Einschätzung der eigenen Situation niederschlagen. Dies zeigt sich auch bei den vorliegenden Untersuchungsergebnissen, bei denen immerhin fast zwei Drittel ihre eigene wirtschaftliche Lage als „gut" einschätzen. Lediglich 7 % der Bayern bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation hingegen als schlecht (teils / teils: 29 %). Nur im Jahr 2000 wurden bereits einmal ähnlich gute Werte erreicht (Tab. 2).

Im Hinblick auf die eigene Lage in einem Jahr geht man wie in allen Vorerhebungen seit 2000 mehrheitlich von einem Gleichbleiben des derzeitigen Zustands aus (73 %). Wie

2009 überwiegt per saldo der Anteil derer, die eine Verbesserung erwarten (18 %) leicht gegenüber dem Anteil der Befragten, die von einer Verschlechterung der eigenen Situation ausgehen (7 %; Tab. 2).

Tabelle 2: Eigene wirtschaftliche Lage (Fragen 3, 4)

	2016	2009	2003	2002[1)]	2001[1)]	2000
Eigene wirtschaftliche Lage heute*						
Gut	**64**	50	33	36	53	59
Teils / teils	**29**	32	43	41	35	34
Schlecht	**7**	16	23	22	12	7
Index: Gut – schlecht	**+57**	+34	+10	+14	+41	+52
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr						
Besser	**18**	19	20	8	12	25
Genauso	**73**	66	61	57	73	71
Schlechter	**7**	12	16	30	14	4
Index: Besser – schlechter	**+11**	+7	+4	–22	–2	+21

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe / verweigert
* Im Vergleich zu den früheren Untersuchungen veränderte, aber vergleichbare Antwortkategorien
[1)] Geringe Fallzahl, n = ca. 300

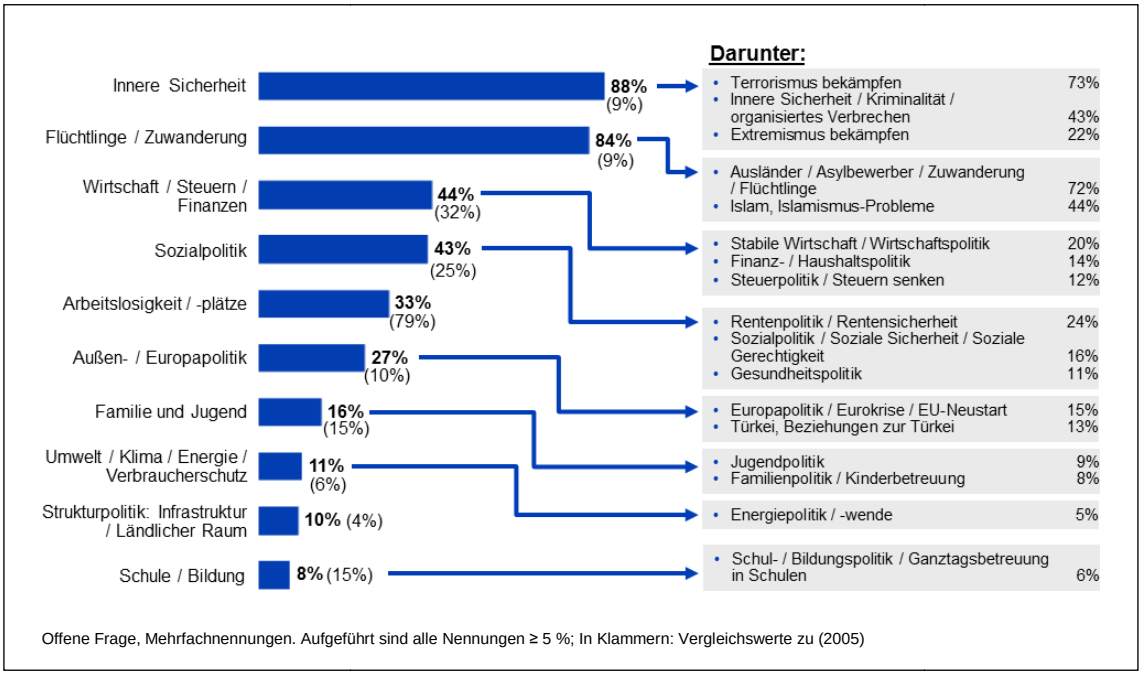
Ältere Befragte bewerten ihre derzeitige wirtschaftliche Situation etwas besser als die Jüngeren, die häufig erst am Beginn des Berufslebens stehen. Regionale Unterschiede zeigen sich in Schwaben, wo die eigene wirtschaftliche Lage etwas besser beurteilt wird als im Durchschnitt. Umgekehrt verhält es sich in Oberpfalz / Niederbayern. Etwas positiver in die Zukunft blicken im Hinblick auf ihre eigene wirtschaftliche Situation die Oberbayern, etwas negativer die Franken. Insgesamt fallen die Unterschiede aber nur gering aus (Tab. II im Anhang.)

Zusammenfassend betrachtet wird die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland im Vergleich zu früheren Studien durch die Bayern überaus positiv beurteilt. So wird momentan auch eher selten eine Verschlechterung der ohnehin schon ausgesprochen gut beurteilten wirtschaftlichen Situation erwartet. Diese Sichtweise strahlt auch auf die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage aus, die seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000 noch nie so positiv eingeordnet wurde. Fast alle Bayern erwarten zudem, dass sich die eigene, meist gute Situation im nächsten Jahr zumindest nicht verschlechtern wird. Die Ergebnisse zur Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage bestätigen eindrucksvoll, dass die erkennbar gewordenen erheblichen Sorgen und Zukunftsängste der Bayern eindeutig andere als ökonomische Ursachen haben.

2.2 Bundespolitische Aufgaben und Probleme

Wie in früheren Untersuchungen wurden auch dieses Mal die wichtigsten bundespolitischen Aufgaben mit Hilfe einer offenen Frage erhoben. Dies ermöglicht eine bessere Bestimmung von Themenrelevanzen als mit einer vorgegebenen, zwangsläufig bereits selektiven Liste von Sachthemen, die zudem dann allesamt als eher wichtig bezeichnet werden. Auf der Themenagenda dominieren eindeutig die beiden Themenbereiche Innere Sicherheit (88 %) und Flüchtlinge / Zuwanderung (84 %). Insbesondere der (islamistische) Terrorismus, von dem Bayern durch die Anschläge in Ansbach und Würzburg in besonderem Maße betroffen war, führt offensichtlich zu einem deutlich gestiegenen Bedrohungsgefühl. Aber auch ein geringeres Sicherheitsempfinden infolge steigender (Gewalt-)Kriminalität trägt dazu bei, dass der Bereich Innere Sicherheit in der Rangfolge sogar noch vor dem Bereich Flüchtlinge / Zuwanderung steht (Abb. 3). In den einzelnen Nennungen der Befragten werden teils auch Zusammenhänge zwischen diesen beiden Themenbereichen hergestellt, sei es auf der einen Seite durch einen zumindest subjektiv empfundenen höheren Anteil von Ausländern bei verübten Straftaten oder durch ansteigenden politischen Extremismus.

Abbildung 3: Die wichtigsten bundespolitischen Aufgaben (Frage 5 a)



In der Rangliste der wichtigsten politischen Probleme folgen danach mit deutlichem Abstand die Bereiche Wirtschaft / Steuern / Finanzen (44 %), Sozialpolitik (43 %), Arbeitslosigkeit / -plätze (33 %), die Außen- / Europapolitik (27 %) und Familie und Jugend (16 %). Noch von ungefähr jedem Zehnten werden auch umwelt-, struktur- und bildungspolitische Aufgaben benannt (Abb. 3).

Im Vergleich zur letzten Untersuchung von vor gut 10 Jahren fallen erhebliche Änderungen der Themenagenda auf. Das über einen langen Zeitraum dominierende Thema Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit hat aufgrund der positiven Wirtschaftslage einen enormen Bedeutungsverlust erfahren. Demgegenüber bestimmen ganz eindeutig durch politische Krisenlangen (Flüchtlingskrise, Terrorgefahr, EU- und Euro-Krise) hervorgerufene Themen die Agenda. Gleichzeitig werden aber auch sozialpolitische Themen wie Renten und Gesundheit deutlich häufiger genannt.

Von einigen Ausnahmen abgesehen (z. B. Gesundheitspolitik, Jugendpolitik, Umwelt, Bildung) lassen sich bei einer Differenzierung der verschiedenen Sachthemen nach Alter kaum Unterschiede in den Nennungshäufigkeiten ausmachen. Insbesondere die alles dominierenden Themen Innere Sicherheit und Flüchtlinge / Zuwanderung spielen für Jung und Alt eine gleich große Rolle.

Bei der zusätzlichen Frage, welche politische Partei die jeweilige Aufgabe **am ehesten zur eigenen Zufriedenheit lösen** kann, ergibt sich bei den meisten bundespolitischen Themen ein deutlicher Kompetenzvorsprung für die CDU/CSU. Dies gilt im Prinzip für alle Einzelthemen mit Ausnahme der Jugend- und der Energiepolitik. Bei der Jugendpolitik ergibt sich ein knapper Kompetenzvorsprung für die SPD, bei der Energiepolitik für die Grünen. Bei den Beziehungen zur Türkei bzw. der dortigen Situation sind mehr als ein Drittel der Bayern der Auffassung, dass keine Partei in Deutschland dieses „Problem“ zufriedenstellend lösen kann. Relativ hohe Anteile (mehr als 20 %) fehlender Lösungskompetenzen aller Parteien gibt es auch bei den Themen Terrorbekämpfung, Steuerpolitik, Renten, Soziales und Bildung (Tab. III im Anhang).

Der AfD werden im Übrigen bei den Themen Ausländer / Asylbewerber / Zuwanderung / Flüchtlinge und Islam(-ismus-Probleme) erhebliche Lösungskompetenzen von über 20 % zugesprochen. Gut ein Fünftel der Bayern scheint somit den Positionen dieser Partei bei diesen Themenbereichen zuzuneigen (Tab. III im Anhang). Die Kompetenzquoten bei diesen Themen sind damit in etwa doppelt so hoch wie die Stimmenanteile, mit denen die AfD bei einer Bundes- oder Landtagswahl derzeit in Bayern rechnen könnte.

Insgesamt gesehen dominieren derzeit die Flüchtlingskrise, aber auch der Bereich Innere Sicherheit eindeutig die politische Agenda. Das viele Jahre lang wichtigste Thema „Arbeitslosigkeit“ besitzt hingegen nicht zuletzt aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht mehr den früheren, herausragenden Stellenwert, bleibt aber dennoch nach den Themenbereichen Wirtschaft / Steuern / Finanzen und der Sozialpolitik ein relativ wichtiges Einzelthema. Im Hinblick auf die Lösungskompetenzen der Parteien bei den verschiedenen bundespolitischen Sachthemen liegt die CDU/CSU bei den Wahlberechtigten in Bayern fast immer relativ deutlich vor der politischen Konkurrenz. Der AfD werden bei den Themen Zuwanderung und Islam zwar spürbar geringere Kompetenzen

zugeschrieben als der Union, allerdings erreicht die Partei mit Werten über 20 % bei diesen beiden Themen bemerkenswerte Ergebnisse, die deutlich über den von der AfD bei Wahlen erzielbaren Stimmanteilen liegen.

Zudem bestätigen die Ergebnisse zu den wichtigsten bundespolitischen Aufgaben, dass die beiden besonders emotionsbesetzten Themenkomplexe Innere Sicherheit / Terror und Flüchtlinge / Zuwanderung die allgemeine Grundstimmung trotz der positiven ökonomischen Lage in erheblichem Umfang belasten. Die teilweise beachtlichen Anteile von Befragten, die keiner Partei die Lösung des jeweils angesprochenen Sachthemas zutrauen, sind ein deutlicher Hinweis auf die Wahrnehmung von Kompetenzdefiziten aller politischen Parteien. Die weit über den derzeit von der AfD erzielbaren Stimmanteilen liegenden Kompetenzquoten beim Themenbereich Ausländer / Asylbewerber / Zuwanderung / Flüchtlinge und Islam(-ismus-Probleme) sind hingegen ein Hinweis darauf, dass ein beträchtlicher Teil der Wähler dieser Partei seine Entscheidung nicht nur aus Protestmotiven zu treffen scheint.

2.3 Indikatoren für Akzeptanz von Parteien und politischem System

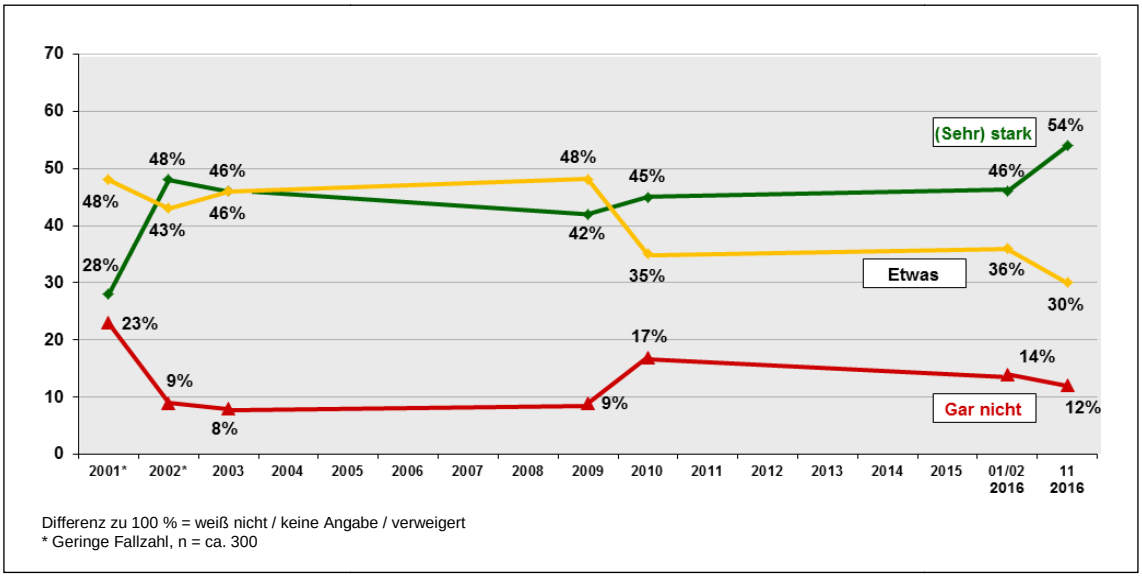
Das **politische Interesse** gilt in der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung als ein vorprägender Einflussfaktor für die Teilhabe an der Politik und bürgerschaftliches Engagement. Ein starkes politisches Interesse erhöht im Regelfall nicht nur die Bereitschaft, sich **über Politik zu informieren**, sondern auch zu politischen Themen zu kommunizieren und eine oder mehrere Formen der politischen Partizipation auszuüben. Grundsätzliches Interesse an Politik macht somit auch eine Wahlteilnahme wahrscheinlicher und ist somit notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Akzeptanz der Parteien und des politischen Systems. So kann bei Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wegen schwächer gewordenen grundsätzlichen Parteibindungen gerade auch bei hohem politischem Interesse eine Wechsel- oder gar eine Protestwahl wahrscheinlicher werden. Gleichzeitig kann jedoch anhaltende Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen auch zu nachlassendem politischem Interesse und steigender Apathie führen. Politisches Interesse und politische Informiertheit bilden als Faktoren für die Rationalität der Wahlentscheidung zusammen mit dem Grad der Parteibindung (Stamm- vs. Wechselwählerschaft) und der Häufigkeit der Wahlteilnahme somit auch die Möglichkeit einer differenzierteren Wählertypologisierung, auf die in Kapitel 2.6 noch genauer eingegangen werden soll.

Zudem wurde neben politischem Interesse und Informiertheit erneut auch die allgemeine **Demokratiezufriedenheit** ermittelt, die einen weiteren wichtigen Indikator für die Zufriedenheit insbesondere mit dem politischen System, indirekt aber auch mit den politischen Parteien darstellt.

2.3.1 Politisches Interesse und Informiertheit über Politik

Infolge der großen Anzahl an kontrovers diskutierten politischen Themen und Krisen – insbesondere die Flüchtlingskrise seit Mitte 2015, aber auch europa- und außenpolitische Ereignisse wie der Brexit, die Wahl Trumps in den USA oder die Entwicklungen in der Türkei – verwundert es nicht, wenn das **politische Interesse** zuletzt wieder spürbar größer geworden ist. Mehr als jeder Zweite gibt derzeit an, sich „sehr stark“ oder „stark“ für Politik zu interessieren – mehr als je zuvor seit Beginn der Zeitreihe 2001 (Abb. 4).

Abbildung 4: Politisches Interesse im Zeitverlauf (Frage 6)



„Etwas Interesse“ äußert knapp jeder Dritte, während der Anteil derer, die sich „gar nicht“ für Politik interessieren, noch etwas weiter auf 12 % gesunken ist (Abb. 4). Innerhalb der Gruppe der Interessierten ist insbesondere der Anteil derer, die sich als „sehr interessiert“ einstufen, nochmals deutlich auf 25 % gestiegen (+6 Prozentpunkte gegenüber Anfang 2016).

Bei einer Betrachtung nach Altersgruppen lassen sich so gut wie keine Unterschiede beim politischen Interesse mehr ausmachen (Tab. IV im Anhang). Dies gilt analog auch für eine Differenzierung nach dem höchsten erreichten Bildungsgrad. Offensichtlich haben sich durch das zuletzt ansteigende politische Interesse hier zuvor teils noch bestehende Unterschiede nivelliert.

Betrachtet man allerdings die Häufigkeit der Wahlteilnahme, zeigt sich erwartungsgemäß ein spürbar größeres politisches Interesse bei Befragten, die fast immer an politischen Wahlen teilnehmen, insbesondere im Vergleich zu Nichtwählern (Tab. IV im Anhang).

Bei der Frage nach der **Informiertheit über Politik** zeigt sich im Vergleich zur letzten Erhebung in der Generationenstudie 2003 eine spürbare Verschlechterung. Weniger als jeder Zweite gibt an, sich über die Politik in Deutschland sehr gut (15 %) oder zumindest gut (29 %) informiert zu fühlen (–23 Prozentpunkte gegenüber 2003). Während sich ein Drittel als „weniger gut" informiert einschätzt, kommt ein Fünftel sogar zu dem Schluss, „kaum bzw. schlecht informiert" zu sein (Tab. 3). Die Entwicklung der immer einfacheren Verfügbarkeit von Informationen infolge der Digitalisierung führt trotz sogar gestiegenen politischen Interesses ganz offenbar nicht dazu, dass sich die Bayern informierter über das politische Geschehen fühlen. Hierbei könnte allerdings auch eine Rolle spielen, dass einerseits Zahl und Umfang von Krisen zugenommen haben und dass sich aufgrund immer zahlreicherer Informationsquellen mit häufig auch widersprüchlichen Aussagen eine gewisse Unsicherheit breit macht.

Tabelle 3: Informiertheit über Politik nach Geschlecht und Alter (Frage 7)

Fühle mich über Politik in Deutschland ... informiert	Gesamt	Geschlecht		Alter		
		Männlich	weiblich	16-34	35-59	60+
Sehr gut	**15** (11)	15	15	17	14	16
Gut	**29** (56)	30	27	30	29	**26**
Weniger gut	**33** (27)	32	34	**30**	34	34
Kaum bzw. schlecht	**20** (6)	19	21	21	20	21
Index[1)]	**–9** (+34)	**–6** (+46)	**–13** (+23)	**–4** (+20)	–11 (+37)	**–13** (+42)

In Klammern: Vergleichswerte zu (2003); Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
[1)] Index = „sehr gut / gut" – „weniger gut / kaum bzw. schlecht"

Bei der differenzierten Betrachtung nach Geschlecht und Alter fällt auf, dass sich Männer und jüngere Befragte etwas informierter fühlen als Frauen und ältere Personen. Bei der Differenzierung nach Generationen hat sich das Ergebnis im Vergleich zu 2003, als sich die Älteren noch deutlich informierter einschätzen als die Jüngeren, dabei ins Gegenteil verkehrt. Entsprechend lässt sich bei der Gruppe der über 59-Jährigen bei der Selbsteinschätzung zur politischen Informiertheit auch die größte Entwicklung zum Negativen ausmachen (Tab. 3).

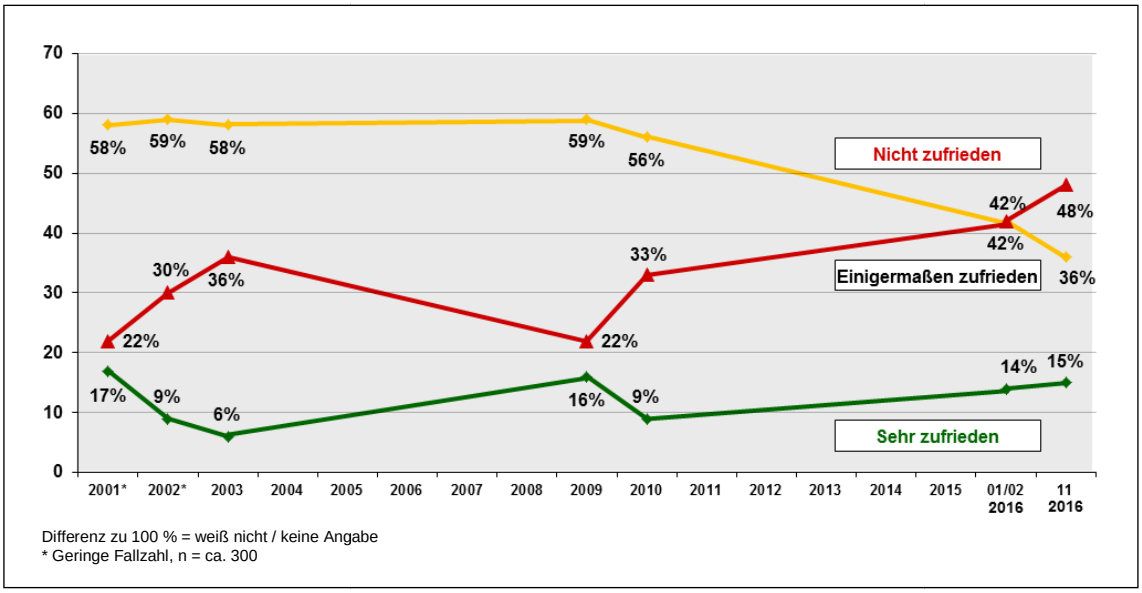
Fasst man die Ergebnisse zusammen, führt die hohe Politisierung infolge zahlreicher, gleichzeitig stattfindender Krisen und der Kontroversen in der Flüchtlingspolitik, zum Brexit oder zuletzt auch in Verbindung mit der Wahl Trumps zum Präsidenten der USA

mittlerweile offenbar auch bei der Selbsteinstufung des politischen Interesses zu Veränderungen. Die mit größerem politischem Interesse verfolgten, oftmals krisenhaften Entwicklungen innerhalb Deutschlands, Europas und der ganzen Welt führen allerdings nicht mehr automatisch dazu, dass das höhere politische Interesse in das individuell gewünschte Niveau politischer Informiertheit umgesetzt werden kann. Dabei kann sowohl die Zunahme der Anzahl gleichzeitig stattfindender Krisen als auch die Unübersichtlichkeit und Gegensätzlichkeit der Informationsquellen im Rahmen fortschreitender Digitalisierung eine Rolle spielen. Dieses Ergebnis unterstreicht sehr deutlich die Bedeutung politischer Bildungsarbeit gerade auch in Zeiten nie zuvor dagewesener Informationsmöglichkeiten.

2.3.2 Demokratiezufriedenheit

Bei Blick auf die **Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland** setzt sich leider die schon Anfang 2016 festgestellte negative Tendenz weiter fort. Knapp die Hälfte der Bayern zeigt sich derzeit mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden. Dies bedeutet eine Steigerung um 6 Prozentpunkte seit Anfang 2016 und ist der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2001. Gleichzeitig ging der Anteil der „einigermaßen“ Zufriedenen seit Anfang des Jahres von 42 % auf 36 % zurück, während der Anteil der „sehr“ Zufriedenen in etwa gleich bleibt (Abb. 5).

Abbildung 5: Demokratiezufriedenheit im Zeitverlauf (Frage 14)



Dieses für sich genommen relativ ernüchternde Ergebnis bedarf allerdings einer gewissen Einordnung. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass in die Bewertungen zur Demokratiezufriedenheit nicht nur Systemaspekte einfließen, sondern die aktuellen Wahr-

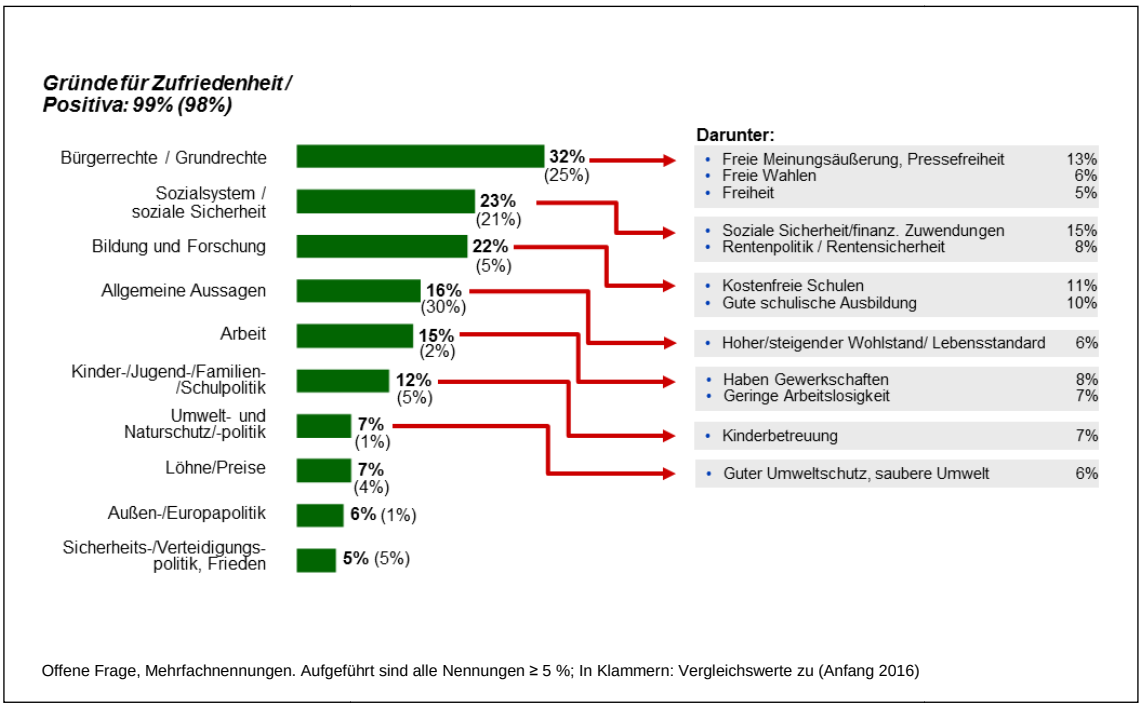
nehmungen von Politik und Parteien eine ganz entscheidende Rolle spielen. Angesichts der zahlreichen politischen Krisen und eines allgemeinen Beunruhigungsgefühls, das von Sorgen bezüglich der Zukunft begleitet wird (vgl. Kapitel 2.1.1), dürfte die nochmals gesunkene Demokratiezufriedenheit ganz entscheidend auf die bereits genannten aktuellen Entwicklungen zurückzuführen sein. Dennoch ist es bedenklich, wenn sich mittlerweile jeder Zweite in Bayern mit der Demokratie unzufrieden zeigt – das insgesamt schlechteste Ergebnis seit Durchführung der ersten Generationenstudie (Abb. 5).

Bei der Differenzierung nach dem Alter fällt zudem auf, dass sich die insgesamt kritischeren Einstellungen vor allem in den jüngeren Altersgruppen bis 34 Jahre (48 % Unzufriedene) und zwischen 35 und 59 Jahren (52 % Unzufriedene) wiederfinden, während die Befragten ab 60 Jahre eine etwas positivere Sicht mit einer vor allem vergleichsweise größeren Zahl an sehr Zufriedenen haben (Abb. I im Anhang). Dies wurde auch schon bei der letzten Untersuchung Anfang 2016 deutlich.

Auf die Frage nach den **Gründen für ihre hohe Demokratiezufriedenheit** nennen die Befragten ähnlich häufig wie Anfang 2016 Aspekte aus den Bereichen Bürger- und Grundrechte (32 %) sowie der sozialen Sicherungssysteme (23 %). Spezifische Gründe aus dem Gebiet Bildung / Forschung (22 %) werden zudem deutlich häufiger angegeben. Sie liegen nunmehr vor den Anfang 2016 noch am häufigsten genannten eher allgemeinen Aussagen (16 %; Abb. 6).

Abbildung 6: Gründe für hohe Demokratiezufriedenheit (Frage 15)

Basis: Sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 320



Während bei den Bürger- und Grundrechten vor allem die freie Meinungsäußerung, freie Wahlen und die persönliche Freiheit genannt werden, werden in Verbindung mit dem Sozialsystem vor allem soziale Sicherungssysteme und die Rentenpolitik erwähnt. Im Bereich Bildung und Forschung werden vor allem kostenlose Schulen und generell eine gute schulische Ausbildung hervorgehoben (Abb. 6).

Weitere Gründe, die von den mit der Demokratie sehr Zufriedenen angeführt werden, sind Aspekte aus den Bereichen Arbeit (15 %), Kinder- / Jugend- und Familienpolitik (12 %), Umwelt- und Naturschutz / -politik (7 %), Löhne (7 %) sowie Außen- / Europapolitik (6 %) und Sicherheits- / Verteidigungspolitik (5 %; Abb. 6). Die Innere Sicherheit, Anfang 2016 immerhin noch von 12 % der Bayern als Grund für Demokratiezufriedenheit genannt, spielt mit lediglich noch 1 % überhaupt keine Rolle mehr. Dies ist angesichts der auf diesem Gebiet von fast allen Bayern angesprochenen Probleme (vgl. Kapitel 2.2) allerdings auch nicht verwunderlich und wohl mit ein Grund für die seit Anfang des Jahres nochmals gesunkene Demokratiezufriedenheit.

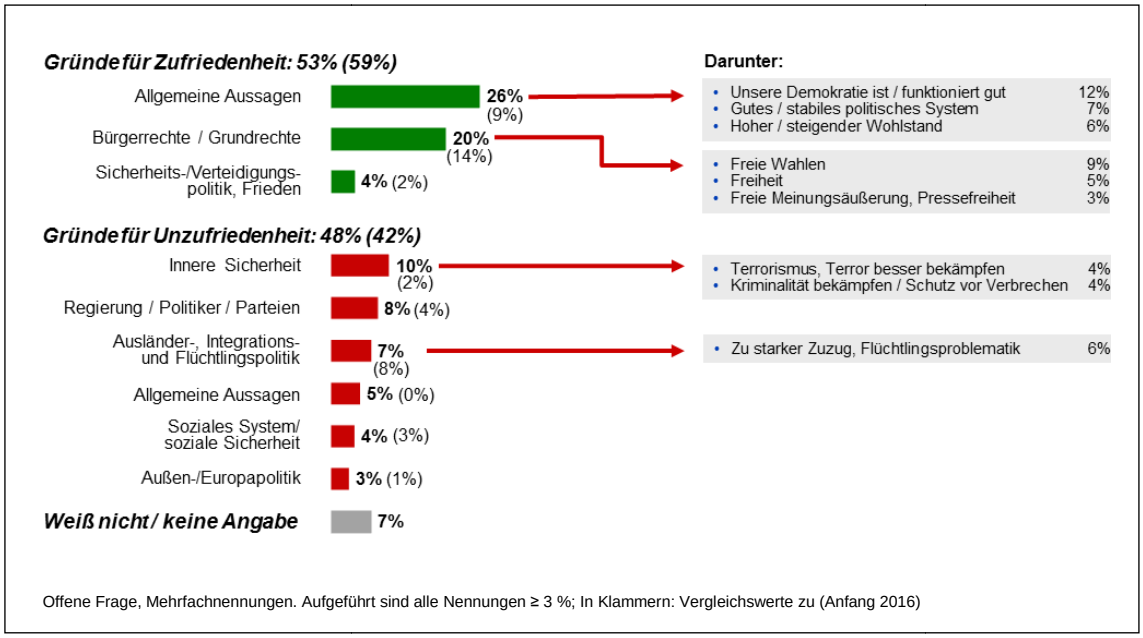
Die zweite Gruppe der **mit der Demokratie zumindest einigermaßen zufriedenen Bayern** führen bei den Begründungen für ihre Meinung mittlerweile fast genauso häufig Negativa (48 %; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu Anfang 2016) wie Positiva (53 %; −6 Prozentpunkte; Abb. 7) an. Offenbar wird die Einstufung „einigermaßen zufrieden“ etwas häufiger mit konkreten Aspekten der Unzufriedenheit verknüpft.

Bei den **positiven Nennungen** werden von den einigermaßen Zufriedenen am häufigsten allgemeine Aussagen getroffen (26 %), wobei hier am ehesten das „allgemeine Funktionieren“ der Demokratie positiv hervorgehoben wird. Am zweithäufigsten werden spezifische Bürger- und Grundrechte erwähnt (20 %), wobei hier primär freie Wahlen und die persönliche Freiheit genannt werden. Selten wird auch die Sicherheits- / Verteidigungspolitik bzw. der Friedenserhalt erwähnt (4 %). Im Gegensatz zu den sehr Zufriedenen steigt im Vergleich zu Anfang 2016 bei den einigermaßen Zufriedenen der Anteil derer, die als (positive) Begründung für ihre Meinung eher allgemeine Begründungen heranziehen. Auch der Bereich Bürgerrechte / Grundrechte wird häufiger genannt, während andere Gründe kaum noch eine Rolle spielen (Abb. 7).

Unter den **negativen Nennungen** steht das Thema Innere Sicherheit (10 %) an erster Stelle, wobei gleich häufig die steigende Terrorgefahr und die Kriminalitätsbekämpfung genannt werden. Dahinter folgen kritische Äußerungen zur Regierung bzw. den Politikern und Parteien (8 %) bzw. der Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik (7 %), wobei im Wesentlichen ein zu großer Zustrom von Ausländern nach Deutschland kritisiert wird. Von eher nachrangiger Bedeutung sind allgemeine Aussagen (5 %), Aspekte der Sozialsysteme (4 %) und die Außen- / Europapolitik (3 %). Im Vergleich zu Anfang 2016 wird damit bei den mit der Demokratie einigermaßen Zufriedenen vor allem der Bereich Innere Sicherheit häufiger als Grund für Unzufriedenheit genannt (Abb. 7).

Abbildung 7: Gründe für grundsätzliche Demokratiezufriedenheit (Frage 15)

Basis: Einigermaßen zufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 726



Auch unter den Negativa zur Demokratie, die von denen vorgebracht werden, die sich eindeutig als **mit der Demokratie unzufrieden** bezeichnen, hat vor allem der Themenbereich Innere Sicherheit seit Anfang 2016 an Bedeutung gewonnen. Die Innere Sicherheit liegt mit 17 % nun an zweiter Stelle hinter der Kritik an Regierungen, Politikern und Parteien (23 %). Es folgen danach eher allgemeine Aussagen (14 %) und Negativa zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik (11 %; Abb. 8).

Bei der Kritik an der Regierung bzw. den Politikern und Parteien werden fehlende Nähe zum Bürger, leere Versprechungen, schlechtes Regierungshandeln und fehlende Unterschiede zwischen den Parteien etwa gleich häufig angesprochen. Im Bereich der Inneren Sicherheit spiegeln sich mit steigender Terrorgefahr und einem subjektiv höheren Bedrohungsempfinden wiederum die bereits in Kapitel 2.2 beschriebenen politischen Probleme wider, während im Bereich der Ausländer- und Flüchtlingspolitik erneut vor allem der Flüchtlingszuzug thematisiert wird (Abb. 8).

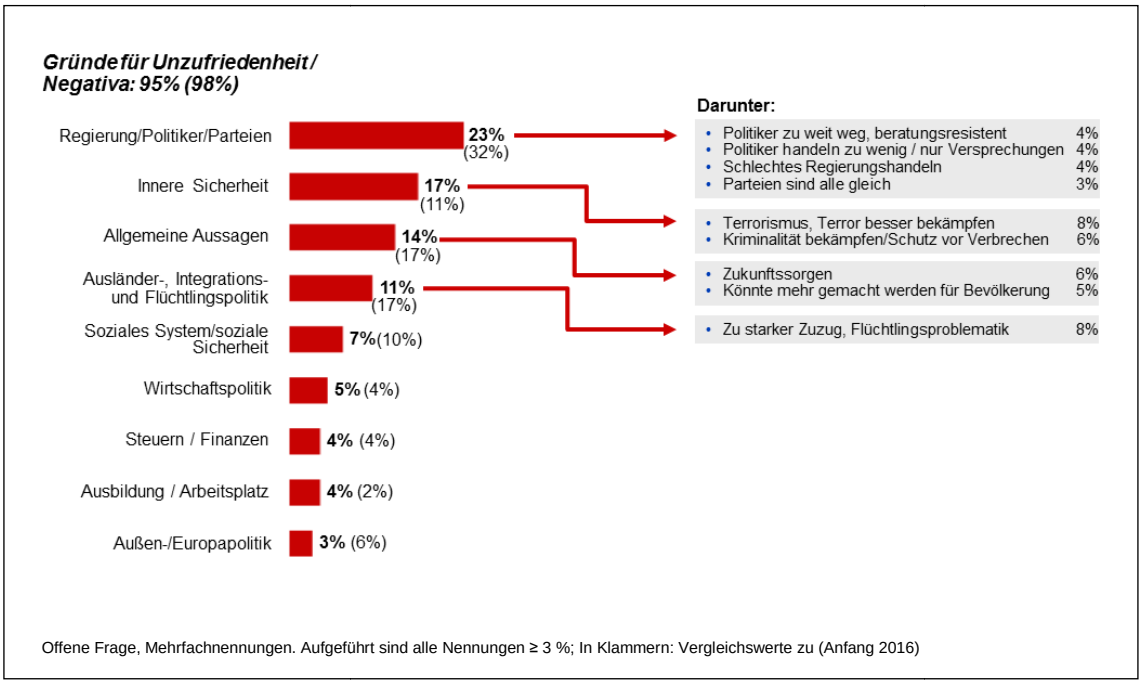
Vergleichsweise seltener werden auch Sorgen im Zusammenhang mit der Demokratie in Deutschland zu den Themenbereichen Soziales (7 %), Wirtschaftspolitik (5 %), Steuern / Finanzen sowie Arbeit (jeweils 4 %) und Außen- / Europapolitik (3 %) geäußert (Abb. 8).

Im Gegensatz zu Anfang 2016 führen die mit der Demokratie Unzufriedenen insgesamt ein etwas weniger breites Spektrum unterschiedlicher Gründe an. Die Umwelt- und Naturschutzpolitik, Anfang 2016 immerhin noch von 8 % als Grund für Unzufriedenheit

mit der Demokratie genannt, spielt mit aktuell nur noch 2 % keine Rolle mehr. An der gestiegenen Bedeutung des Themenbereichs Innere Sicherheit wird auch hier jedoch abermals deutlich, wie sehr aktuelle politische Probleme zumindest kurzfristig auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie insgesamt steigern können.

Abbildung 8: Gründe für geringe Demokratiezufriedenheit (Frage 15)

Basis: Unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 985



Alles in allem werden die Begründungen für die eigene Zufriedenheit mit der Demokratie weiterhin in erheblichem Maße mit generellen Errungenschaften wie freier Meinungsäußerung, freien Wahlen, sozialer Absicherung und einem insgesamt doch recht guten und zudem kostenlosen Bildungswesen verknüpft. Bei dem dennoch spürbar größer gewordenen Anteil kritischer Grundhaltungen zur Demokratie in Deutschland spielen neben der grundsätzlichen Parteien- und Politikerkritik mit der Inneren Sicherheit und der Flüchtlingsproblematik vor allem jene beiden politischen Sachthemen eine Rolle, bei denen derzeit die größten Probleme gesehen und bei denen von der Politik vorrangig Lösungen gefordert werden. Die zunehmende Bedeutung des „Folgethemas“ Innere Sicherheit in Verbindung mit dem Themenkomplex Flüchtlinge und Zuzug von Ausländern hatte sich bei der letzten Untersuchung Anfang 2016 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise bereits abgezeichnet und wurde durch die terroristischen Anschläge im Jahresverlauf 2016, die zudem teils Bayern direkt betrafen, noch weiter verstärkt. Diese Aspekte führen derzeit zu einer starken Überlagerung der prinzipiell weiterhin anerkannten generellen Vorzüge des politischen Systems, die deshalb aber nicht mehr so deutlich wahrgenommen und seltener angesprochen werden wie früher.

2.4 Aktuelle Herausforderungen für die Parteien und das politische System

Ein zentrales Ergebnis politikwissenschaftlicher Forschung sind die teils erheblichen Veränderungen im Wahlverhalten infolge eines raschen sozialen und gesellschaftlichen Wandels, der auch in früheren Grundlageuntersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung zum Wertewandel deutlich wurde. Früher bestehende Zusammenhänge zwischen sozialstruktureller Lage und der Prädisposition für eine bestimmte politische Partei wurden in den letzten Jahrzehnten erheblich geschwächt und teils sogar völlig aufgelöst. Eine Folge hiervon waren starke Rückgänge der Stammwählerpotenziale der einzelnen Parteien und eine immer größere Anzahl an Wählern, die sich bei Wahlen jedes Mal wieder neu entscheiden. Diese Entwicklungen haben teilweise auch zu einer größeren Distanz zur Politik bzw. den Parteien geführt, die wiederum in erheblichem Umfang zu der seit vielen Jahren kontinuierlich sinkenden Wahlteilnahme, der Abnahme regelmäßigen Wählens sowie zum Aufkommen neuer Parteien und Diskussionen über die Volksparteien und deren Berechtigung beigetragen hat.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder diskutiert, wie weit diese Entwicklungen bereits fortgeschritten sind und ob sich in Bezug auf Wahlteilnahme und -verhalten neue, nicht mehr umkehrbare Motive, Einstellungen und Verhaltensweisen herausgebildet haben. Verbunden wird dies im Regelfall mit der Frage nach den Herausforderungen, den Notwendigkeiten zu grundlegenden Veränderungen und sogar nach den grundsätzlichen Überlebenschancen für die Parteien in ihrem heutigen Zustand und ihren derzeitigen Strukturen.

Um erste Antworten auf diese Frage zu finden, sollen in Kapitel 2.4.1 zunächst Art und Umfang (noch) bestehender, grundsätzlicher Parteibindungen betrachtet und dabei gleichzeitig die These der weiter abnehmenden grundsätzlichen Parteiidentifikation überprüft werden. In Ergänzung dazu werden anschließend (Kapitel 2.4.2) Ergebnisse zur Sicherheit und Häufigkeit der eigenen Wahlteilnahme dargestellt (z. B. regelmäßige vs. anlassbezogene vs. notorische Nichtwahl). Diese sollen Aufschluss darüber vermitteln, ob und in welchem Umfang die früher allseits akzeptierte Wahlnorm („Wählen ist Staatsbürgerpflicht“) heute noch Bestand hat. In Kapitel 2.4.3 geht es um die früher durchaus aussagekräftige Selbsteinstufung der Wähler als Stamm- oder Wechselwähler und somit um die Frage, inwieweit diese Dichotomie angesichts bereits in Betracht gezogener oder ausgeübter Wahlalternativen heute noch aussagekräftig ist. Die abschließende synoptische Betrachtung von Ursachen und Motiven für Parteipräferenzen, Wahlteilnahme und -verhalten erfolgt in Kapitel 2.4.4, um später aus den so gewonnenen Erkenntnissen eine neue Wählertypologie abzuleiten, die die heutige Realität und Komplexität des Wahlverhaltens besser widerspiegelt.

2.4.1 Art und Umfang grundsätzlicher Parteibindungen

Ungeachtet der eingangs bereits beschriebenen geringer werdenden Parteibindung infolge des sozialen und gesellschaftlichen Wandels und trotz sinkender Wahlbeteiligung bekennen sich die meisten Bayern weiterhin zu einer **grundsätzlichen Parteineigung**.

Insgesamt geben derzeit immerhin noch 70 % der Bayern an, einer bestimmten Partei grundsätzlich zuzuneigen. Im Vergleich mit früheren Untersuchungen fällt dieser Wert allerdings um rund 10 Prozentpunkte niedriger aus. Mit Ausnahme der Grünen, für die unverändert 10 % der Bayern eine grundsätzliche Parteineigung empfinden, und der erst 2013 gegründeten AfD (3 %) müssen alle anderen Parteien Einbußen hinnehmen. Auch der Anteil derjenigen, die derzeit grundsätzlich der CSU zuneigen, fällt mit 35 % merklich geringer aus als 2010 (–7 Prozentpunkte). Die SPD schneidet heute mit 12 % kaum noch besser ab als die Grünen. Die Freien Wähler (4 %) und die FDP (3 %) erhalten in etwa einen gleich großen grundsätzlichen Zuspruch wie die AfD (Abb. II im Anhang). Die CSU verfügt damit in Bayern nach wie vor über eine Ausnahmestellung, die aber wegen schwindender Parteibindungen und des Aufkommens neuer Parteien schwächer ausfällt.

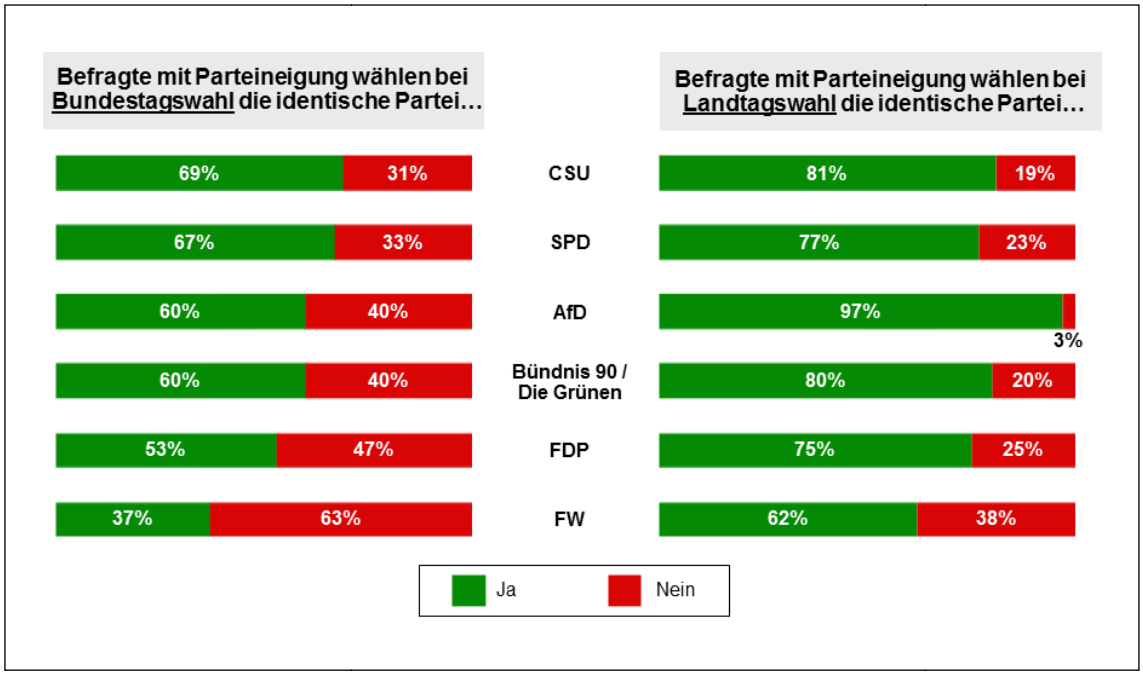
Die Parteineigung wird übrigens seit längerer Zeit im Regelfall bei Änderung des Wahlverhaltens mit verändert, so dass bei einem **Vergleich der Parteineigung mit der derzeitigen Wahlabsicht** bei einer Bundes- oder Landtagswahl in der Regel hohe Übereinstimmungen vorzufinden sind. Dies zeigt sich auch bei den vorliegenden Untersuchungsergebnissen, bei denen je nach Partei und Wahlebene 40 % bis nahezu 100 % der Befragten mit Parteineigung die jeweilige Partei derzeit auch bei einer Landtags- bzw. Bundestagswahl wählen wollen. Anders herum bedeutet dies allerdings auch, dass eine vorhandene Parteineigung nicht immer automatisch dazu führt, dass man die jeweilige Partei derzeit auch in jedem Fall wählt (Abb. 9).

Offenbar gibt es grundsätzlich höhere Übereinstimmungen zwischen der grundsätzlichen Parteineigung und der Landtags- als mit der Bundestagswahlabsicht (Abb. 9). Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass man auf bundespolitischer Ebene eher dazu bereit ist, einmal entgegen der grundsätzlichen Parteineigung abzustimmen, z. B. weil die bevorzugte Partei in Koalitionszwänge eingebunden ist oder man dieser Partei auf Bundesebene weniger zutraut (Freie Wähler).

Befragte ohne Parteineigung wählen derzeit bei der Bundes- und Landtagswahl im Übrigen meist ganz unterschiedliche Parteien. Auffällig ist, dass sich sowohl bei der Bundes- als auch der Landtagswahl überdurchschnittlich viele Befragte ohne Parteineigung derzeit für die Wahl der AfD entscheiden. Viele Befragte ohne Parteibindung tendieren aber auch zur Nichtwahl (27 % bei einer Bundes- und 36 % bei einer Landtagswahl) oder sind noch

unentschlossen, ob und wen sie wählen (34 % bei einer Bundes- und 37 % bei einer Landtagswahl). Nur ungefähr ein Drittel der Bayern ohne Parteineigung würde sich derzeit bei einer Wahl überhaupt für irgendeine Partei entscheiden.

Abbildung 9: Übereinstimmung von Parteineigung und Wahlabsicht (Fragen 12, 21, 23)



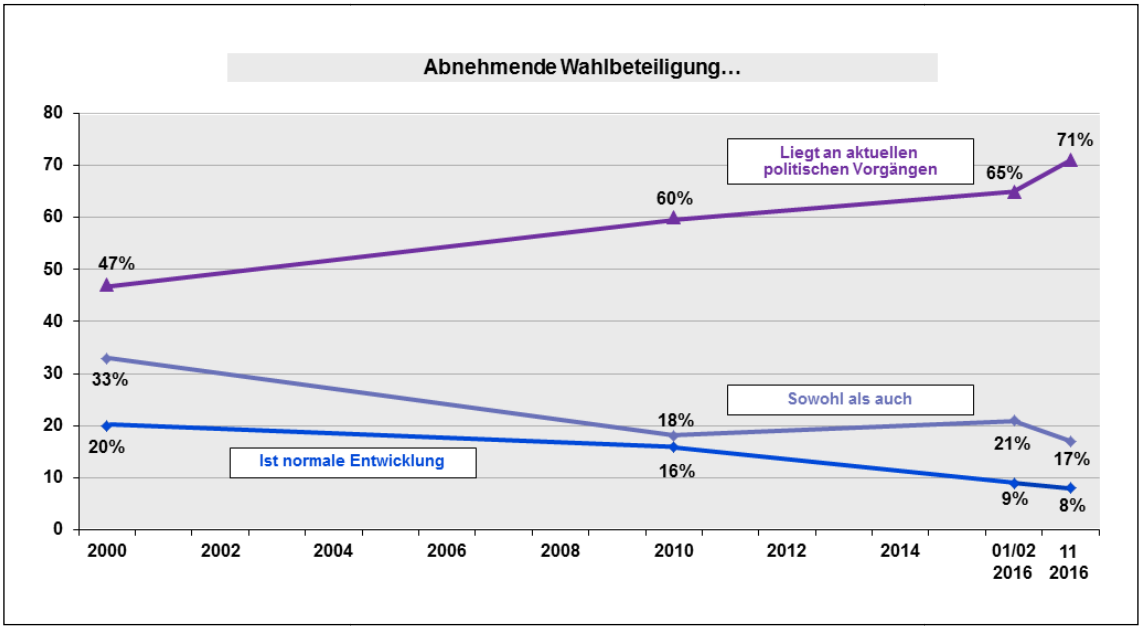
Immerhin gut zwei Drittel der Bayern neigen immer noch grundsätzlich einer politischen Partei zu. Die Tendenz zu einer grundsätzlichen Parteiidentifikation ist allerdings seit 2010 rückläufig. Zwar gibt es erwartungsgemäß deutliche Übereinstimmungen zwischen Parteineigung und derzeitiger Wahlabsicht, dessen ungeachtet aber eben auch eine erhebliche Anzahl von Wählern, die sich nicht entsprechend ihrer Parteineigung entscheiden. Dies ist im Übrigen bei der Bundestagswahlabsicht häufiger der Fall als bei der Landtagswahlabsicht. Das Bestehen einer bereits seit vielen Jahren insgesamt eher rückläufigen grundsätzlichen Parteiidentifikation bedeutet somit primär, dass für die bevorzugte Partei zwar eine stark erhöhte Wahlwahrscheinlichkeit besteht, die jedoch nicht mit einer Garantie für die Wahl dieser Partei gleichgesetzt werden darf.

2.4.2 Wahlteilnahme und Nichtwahl

Für die insgesamt in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten stetig **abnehmende Wahlbeteiligung** machen derzeit mehr als zwei Drittel der Bayern ausschließlich aktuelle politische Vorgänge verantwortlich. Nicht einmal jeder Zehnte schätzt hingegen die sinkende Wahlbeteiligung als eine Entwicklung ein, die nach fast 70 Jahren stabiler

demokratischer Verhältnisse „normal“ ist. Knapp jeder Fünfte vertritt hingegen die Einschätzung, dass sich die rückläufige Beteiligung an politischen Wahlen sowohl auf aktuelle politische Entwicklungen zurückführen lässt als auch Teil einer normalen Entwicklung nach 70 Jahren Demokratie ist (Abb. 10).

Abbildung 10: Ursachen der abnehmenden Wahlbeteiligung im Zeitverlauf (Frage 16)



Im **Zeitverlauf** zeigt sich damit seit der letzten Untersuchung Anfang 2016 ein nochmals größerer Anteil der Bayern davon überzeugt, dass die sinkende Wahlbeteiligung auf aktuelle politische Vorgänge zurückzuführen ist. Dieser Anteil hat sich von 47 % im Jahr 2000 über 60 % im Jahr 2010 auf nunmehr 71 % erhöht (Abb. 10).

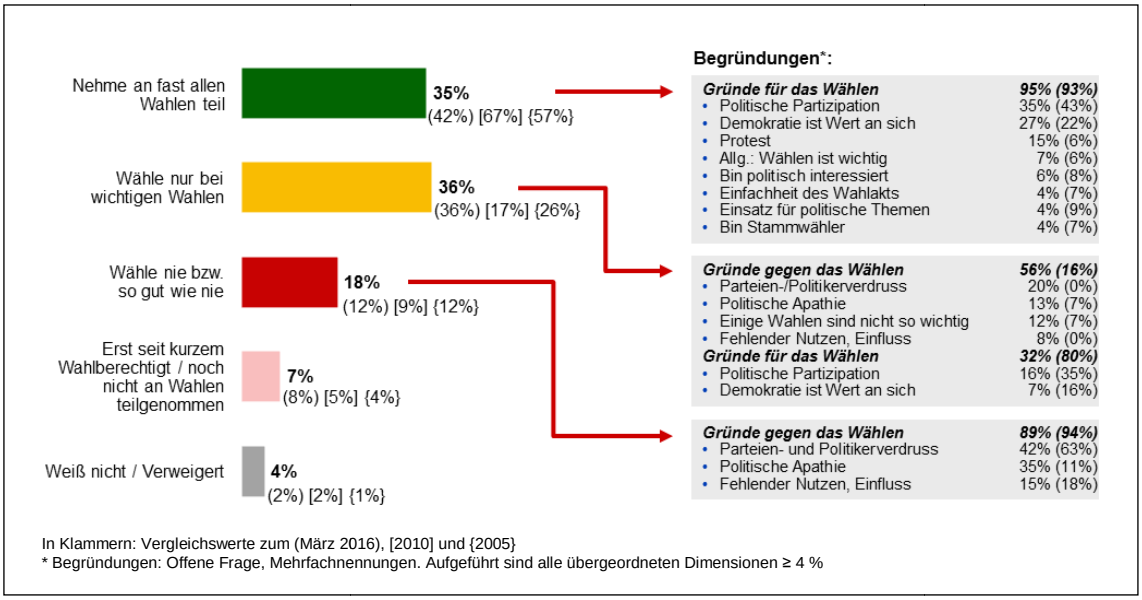
Bei Betrachtung des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Aspekten und anderen Analysevariablen zeigt sich, dass Befragte, die zur Wahl der AfD neigen, häufiger als der Durchschnitt (80 %) aktuelle politische Vorgänge für die abnehmende Wahlbeteiligung verantwortlich machen. In etwas geringerem Ausmaß gilt dies auch für Bayern, die der SPD zuneigen (75 %). Auch Befragte ohne politisches Interesse (76 %), in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern (75 %) und aus der Oberpfalz / Niederbayern (75 %) sehen in der aktuellen Politik vergleichsweise häufiger die Ursache für abnehmende Wahlbeteiligung (Abb. IV im Anhang).

Umgekehrt werten junge Befragte bis 20 Jahre (13 %) bzw. Schüler / Studenten (12 %) die zunehmende Wahlmüdigkeit etwas häufiger als normale Entwicklung. Bei Bayern, die der FDP zuneigen, ist dies sogar noch etwas häufiger der Fall (16 %; Abb. IV im Anhang).

Zu ihrem **eigenen Wahlverhalten bei einer Bundestagswahl** befragt, geben gut zwei Drittel der wahlberechtigten Bayern (71 %) an, auch an der Wahl teilzunehmen zu wollen. 12 % würden dagegen derzeit nicht an der Wahl teilnehmen, 17 % sind sich noch unsicher oder verweigern die Antwort. Der Anteil derjenigen, die derzeit an einer Bundestagswahl teilnehmen wollen, entspricht damit ziemlich genau der Wahlbeteiligung von ca. 70 % bei der letzten Bundestagswahl in Bayern.

Noch interessanter als das kurzfristige sind aber die Einschätzungen zum **langfristigen Wahlverhalten**. Dabei stufen sich die Bayern selbst zu ungefähr gleich großen Teilen als regelmäßige Wähler, die an fast allen Wahlen teilnehmen (35 %), oder als anlassbezogene Wähler ein, die nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen (36 %). Immerhin fast jeder Fünfte schätzt sich hingegen als notorischer Nichtwähler ein, der nie bzw. so gut wie nie wählen geht (Abb. 11).

Abbildung 11: Selbsteinstufung des eigenen Wahlverhaltens (Fragen 17, 18)



Dies ist zwar verglichen mit den tatsächlichen Nichtwählerquoten bei Bundes- oder Landtagswahlen ein immer noch relativ geringer Anteil. **Im Vergleich mit den vorherigen Untersuchungen** ist der Anteil konstanter Nichtwähler allerdings nochmals deutlich angestiegen (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu Anfang 2016), vor allem auf Kosten der regelmäßigen Wähler (−7 Prozentpunkte; Abb. 11). Da in diesem relativ kurzen Zeitraum eine solche Veränderung eher ungewöhnlich ist, steht zu vermuten, dass auch die derzeitige Unzufriedenheit mit der politischen Situation (vgl. z. B. Kapitel 2.1.1 und 2.3.2) Einfluss auf diese Selbsteinstufung hat und zwar nicht unbedingt unmittelbar zu mehr Wahlenthaltung und Politikverdrossenheit, aber zumindest zu einer ehrlicheren Beantwortung der entsprechenden Frage führt. Diese Entwicklung sollte in Zukunft genau beobachtet wer-

den, da ein Anwachsen des Lagers der konstanten Nichtwähler deutlich problematischer ist als ein Größerwerden der Gruppe der anlass- und themenbezogenen Wähler, das bereits in den vorherigen Untersuchungen festgestellt werden konnte.

Eine Teilnahme an fast allen Wahlen stellt lediglich noch in der **Altersgruppe** der ab 60-Jährigen den Normalfall dar (43 %; „nur bei wichtigen Wahlen“: 36 %). In der mittleren Altersgruppe ist das Verhältnis bereits ausgeglichen (jeweils 38 %) und in der jüngsten Gruppe der unter 35-Jährigen gibt es sogar deutlich mehr anlass- und themenbezogenene (31 %) als regelmäßige Wähler (22 %). Die relative Häufigkeit für beide Selbsteinstufungen sinkt hier bei den Jungen natürlich aufgrund der relativ großen Zahl derer, die bisher noch an keinen Wahlen teilgenommen haben (29 %; Tab. V im Anhang).

Auch bei hohem **politischem Interesse** fällt der Anteil regelmäßiger Wähler vergleichsweise größer aus als bei wenig oder gar keinem Interesse an Politik. Selbst bei (sehr) starkem politischem Interesse gibt aber immerhin noch mehr als jeder zehnte Befragte an, überhaupt nicht wählen zu gehen (Tab. V im Anhang). Interesse an Politik ist also nicht der einzige und allein ausschlaggebende Faktor, der über Wahlteilnahme oder Nichtwahl entscheidet.

Bei Betrachtung der Ergebnisse nach **Parteineigung** sind es am ehesten die Anhänger der CSU, die nach eigener Aussage an fast allen Wahlen teilnehmen (50 %). Auch bei den Anhängern der SPD (46 %), der FDP und der AfD (jeweils 40 %) fällt der Anteil der regelmäßigen Wähler noch überdurchschnittlich aus. Der Anteil der anlass- bzw. themenbezogenen Wähler fällt demgegenüber unabhängig von der jeweiligen Partei, der man zuneigt, in allen Anhängergruppen ähnlich aus. Interessant ist allerdings, dass mehr als ein Fünftel der Befragten, die derzeit grundsätzlich der AfD zuneigen, eigentlich „nie oder so gut wie nie“ wählen gehen (Tab. VI im Anhang). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Fallzahl der Befragten mit AfD-Parteineigung relativ gering ist und dieses Ergebnis deshalb nur als Tendenz gewertet werden kann. Prinzipiell bestätigt es aber das schon bei den vergangenen Landtagswahlen zu beobachtende Phänomen, dass es der AfD zu einem gewissen Teil gelingt, bisher von der Politik enttäuschte Nichtwähler wieder zur Wahlteilnahme zu mobilisieren.

Zur besseren Einordnung der Ergebnisse wurden wie bereits bei der Vorgängeruntersuchung Anfang 2016 erneut auch die Begründungen für bzw. gegen die Wahlteilnahme offen erfragt, auf die später in Kapitel 2.4.4 eingegangen werden soll.

Insgesamt setzt sich der Trend fort, dass die langfristig sinkende Wahlbeteiligung immer häufiger an aktuellen politischen Vorgängen festgemacht und zunehmend seltener als normale Entwicklung angesehen wird. Offenbar haben die verschiedenen politischen Ereignisse und Krisen im Jahresverlauf 2016 dieser Ansicht noch weiter Auftrieb gegeben.

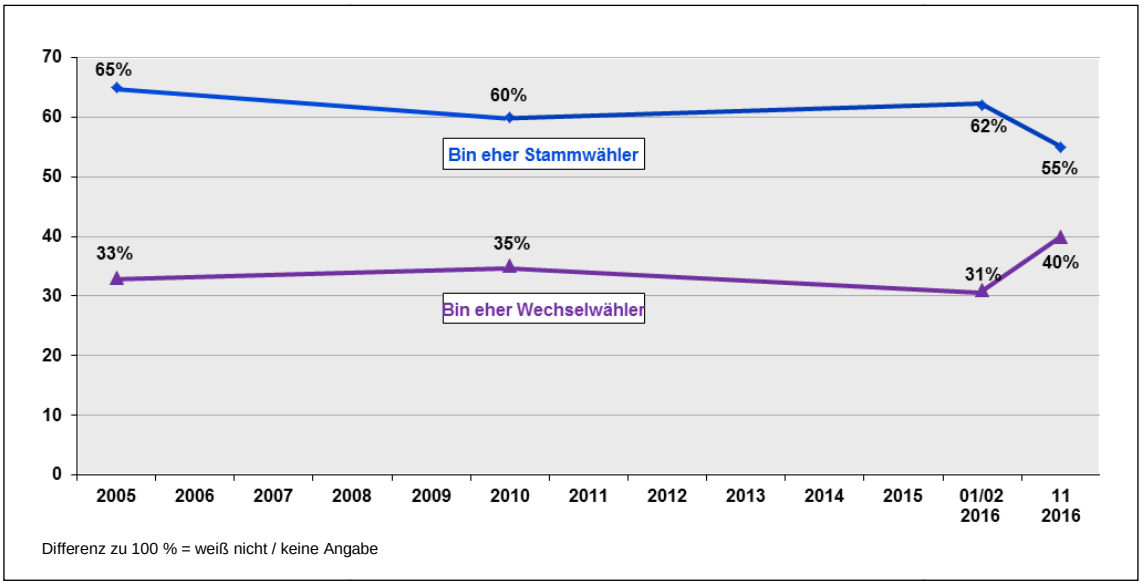
Diese Entwicklung bereitet in Verbindung mit der gleichzeitig abnehmenden Demokratiezufriedenheit durchaus Anlass zur Sorge.

Hinzu kommt, dass auch der Anteil der notorischen Nichtwähler ansteigt, die angeben, nie oder so gut wie nie zur Wahl zu gehen. Während die Gruppe der anlass- bzw. themenbezogenen Wähler gleich bleibt, sinkt gleichzeitig der Anteil der Bayern, die nach eigener Auskunft fast immer zur Wahl gehen. Ob es sich bei dem kurzfristigen erheblichen Anstieg der Nichtwählerquote seit dem Frühjahr um eine längerfristige Entwicklung oder nur um eine temporäre Erscheinung aus aktueller Unzufriedenheit heraus handelt, kann aufgrund der vorliegenden Ergebnisse noch nicht endgültig entschieden werden.

2.4.3 Stamm- und Wechselwahl

Die bereits mehrfach angesprochene, durch raschen sozialen Wandel und damit verbundene Auflösung sozialer Milieus erfolgte Schwächung sozialstruktureller Bindungen an die Parteien spiegelte sich bei der **Selbsteinstufung als Stamm- oder Wechselwähler** in Umfragen im Zeitverlauf lange Zeit praktisch nicht wider. Vor der aktuellen Untersuchung stuften sich seit 2005 regelmäßig knapp zwei Drittel der Befragten in Bayern selbst als Stammwähler ein, ungefähr ein Drittel als „typischer Wechselwähler". Mit den aktuellen Ergebnissen hat sich die Schere zwischen diesen beiden Gruppen allerdings in erheblichem Umfang geschlossen. Während sich derzeit noch 55 % der Bayern eher als Stammwähler einstufen, beschreiben sich nunmehr 40 % (+9 Prozentpunkte im Vergleich zu Anfang 2016) eher als typischen Wechselwähler (Abb. 12).

Abbildung 12:
Selbsteinstufung als Stamm- oder Wechselwähler im Zeitverlauf (Frage 20)
Basis: Mindestens Teilnahme bei wichtigen Wahlen ; n = 1350



Offenbar haben sich infolge der jüngsten politischen Entwicklungen mit zahlreichen krisenhaften Ereignissen (z. B. Flüchtlingszustrom, EU-Krise, Terrorismus) mehr Bayern dazu entschlossen, nicht mehr unbedingt die „gewohnte“ Wahlentscheidung zu treffen, sondern eventuell auch andere Alternativen in Betracht zu ziehen. Selbst der aktuelle Wert von 55 %, die sich selbst als „gefühlte“ Stammwähler einstufen, dürfte immer noch zu hoch sein. Dies dürfte wahrscheinlich auch mit darauf zurückzuführen zu sein, dass die Befragten in der Selbsteinstufung den Begriff Stammwähler weniger eng als die Wahlforschung definieren und sich bereits dann als Stammwähler einer Partei bezeichnen, wenn sie diese zwei- oder mehrmals hintereinander, eventuell auch in einem kurzen Zeitraum und zugleich bei Wahlen auf verschiedenen politischen Ebenen, gewählt haben.

Dies bestätigt sich zum Teil schon bei dem Versuch einer Verifikation der Selbsteinstufung als Stammwähler mit Hilfe der ebenfalls erhobenen Fragen zur Landtags- und Bundestagswahlabsicht sowie den Fragen nach dem früheren Stimmverhalten bei diesen Wahlen. Immerhin fast jeder Zehnte, der sich selbst eher als Stammwähler einschätzt, zeigt hier kein konsistentes Wahlverhalten. Bei Einbezug weiterer bzw. früherer Wahlen dürfte dieser Anteil noch weiter ansteigen. Zudem spricht auch die Betrachtung der weitesten Wählerkreise der Parteien (WWK), auf die später noch näher eingegangen wird, gegen einen für alle Parteien zusammengerechneten tatsächlichen Stammwähleranteil von über 50 %.

Bei der Differenzierung der Selbsteinstufung des eigenen Wahlverhaltens nach der Parteineigung wird deutlich, dass vor allem die Anhänger der SPD (73 %) und der CSU (70 %) sich selbst als Stammwähler bezeichnen. In etwas geringerem Maße trifft das auch auf die Anhänger der Grünen (64 %) zu. Befragte, die grundsätzlich den Freien Wählern und der FDP zuneigen, sehen sich dagegen zwar noch überwiegend, aber vergleichsweise seltener als Stammwähler (jeweils 51 %). Überwiegend als **Wechselwähler** stufen sich hingegen die Anhänger der erst vor wenigen Jahren gegründeten AfD (53 %) ein (Tab. VI im Anhang). Zieht man statt der Parteineigung die Landtags- oder Bundestagswahlabsicht als Analysevariable heran, ergeben sich ähnliche Ergebnisse. Wähler der AfD stufen sich hier allerdings noch deutlich häufiger als Wechselwähler ein (62 % bis 68 %) als Befragte, die angeben, grundsätzlich zur AfD zu neigen. Tendenziell gilt dies auch für die Wähler der FDP (Tab. VII im Anhang).

Geringfügige Unterschiede zeigen sich auch bei Differenzierung nach Alter und politischem Interesse: Jüngere und Befragte ohne politisches Interesse schätzen sich unterdurchschnittlich häufig als Stammwähler ein (Tab. V im Anhang).

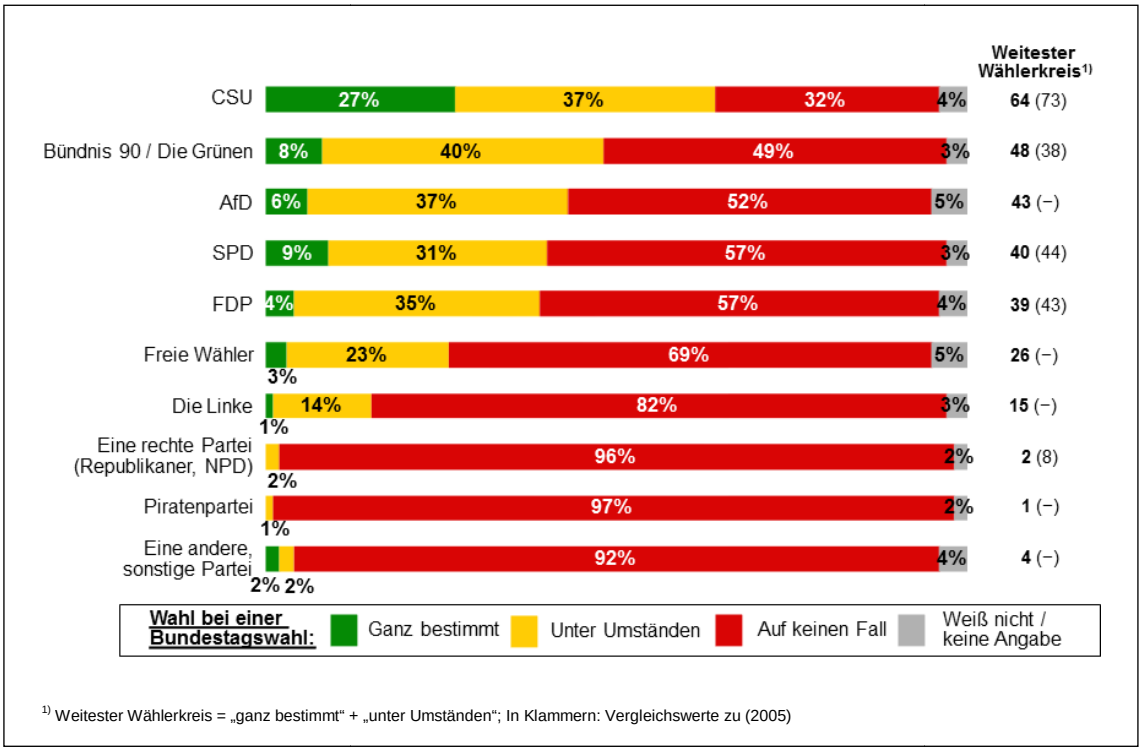
Natürlich machen selbst typische Wechselwähler hinsichtlich der Frage, ob sie an einer Wahl teilnehmen und welche Partei sie im Falle einer Teilnahme wählen, Vorbehalte und Einschränkungen. Auch für den typischen Wechselwähler sind in der Regel nicht alle Parteien wählbar. Vielmehr gibt es individuell eine unterschiedliche Spannbreite („relevant set“) grundsätzlich wählbarer Parteien. Die Ermittlung dieses Relevant Set im Aggregat

lässt Auskünfte über die **weitesten Wählerkreise (WWK)** der einzelnen Parteien für die Wählerschaft insgesamt sowie auch für Teilgruppen zu.

Zur Erhebung dieser Informationen wurden die Befragten gebeten, unabhängig von ihren derzeitigen Präferenzen mitzuteilen, welche der Parteien für sie im Falle einer anstehenden Bundestagswahl ganz bestimmt, eventuell oder aber auf gar keinen Fall wählbar ist. Zu unterscheiden ist dabei zwischen dem engeren Wählerkreis („ganz bestimmt"), dem weiteren Wählerkreis („eventuell") und dem weitesten Wählerkreis („ganz bestimmt" + „unter Umständen").

Mit fast zwei Dritteln der Bayern, die sich die Wahl der CSU „ganz bestimmt" (27 %) oder „unter Umständen" (37 %) vorstellen können, verfügt die Partei weiterhin über den weitesten Wählerkreis aller Parteien, auch wenn dieser geringer ausfällt als vor gut 10 Jahren (Abb. 13).

Abbildung 13: Weiteste Wählerkreise der Parteien (Frage 19)



[1)] Weitester Wählerkreis = „ganz bestimmt" + „unter Umständen"; In Klammern: Vergleichswerte zu (2005)

Alle anderen Parteien – auch die SPD – verfügen in Bayern im engeren Wählerkreis lediglich über Potenziale von unter 10 %. Hieran lässt sich gut erkennen, dass die engeren Wählerkreise immer nur relativ kleine Anteile an der Gesamtwählerschaft ausmachen. Bei Betrachtung der weiteren Wählerkreise, bei denen auch die Personen mit hinzugerechnet werden, die sich die Wahl einer Partei „unter Umständen" vorstellen können,

liegen die Grünen mit 48 % in Bayern mittlerweile sogar vor der SPD (40 %). Auch die AfD verfügt in Bayern mit 43 % zumindest derzeit über ein etwas größeres theoretisches Wählerpotenzial als die Sozialdemokraten. An diesem Beispiel wird allerdings auch sehr gut erkennbar, dass diese größtmöglichen Wählerpotenziale von den Parteien sehr unterschiedlich ausgeschöpft werden. So erreicht z. B. die SPD derzeit bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl deutlich bessere Ergebnisse als die AfD. Ebenfalls einen weitesten Wählerkreis von ca. 40 % besitzt auch die FDP, deren Gesamtpotenzial sich wie auch das der SPD seit 2005 nur leicht verringert hat. Im Vergleich dazu ergeben sich für die Freien Wähler (26 %) und Die Linke (15 %) bereits deutlich geringere Gesamtpotenziale. Die weitesten Wählerkreise für alle sonstigen Parteien fallen demgegenüber äußerst bescheiden aus (Abb. 13).

Erwartungsgemäß zeigen sich bei einer Differenzierung der weitesten Wählerkreise nach Altersgruppen und höchstem erreichten Bildungsabschluss Unterschiede, die weitgehend mit den bekannten Mustern bei Parteipräferenz und Wahlverhalten übereinstimmen. So fallen die weitesten Wählerkreise der CSU, aber auch der FDP, bei den Älteren ab 60 Jahren überdurchschnittlich groß aus. Die Grünen verfügen demgegenüber bei den Jüngeren unter 35 Jahren über das vergleichsweise größte Wählerpotenzial. Die AfD besitzt hingegen bei Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss einen etwas größeren weitesten Wählerkreis als bei formal höher Gebildeten. Die Unterschiede fallen hier mit 3 Prozentpunkten zum Durchschnittswert aber nicht besonders hoch aus (Tab. VIII im Anhang).

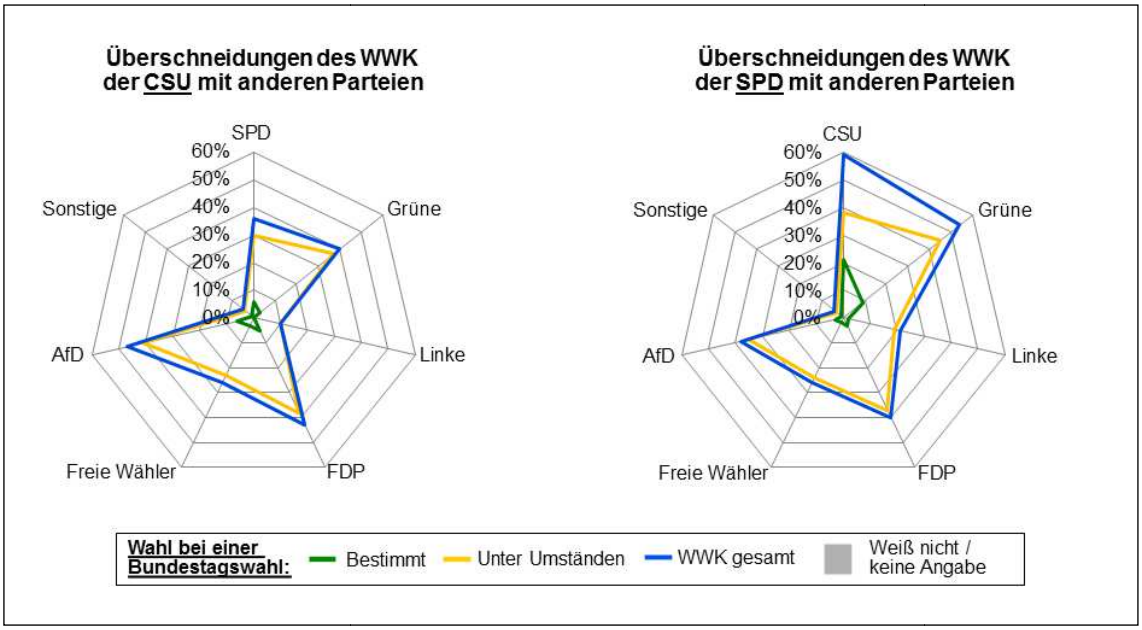
Über die bloße Quantifizierung der weitesten Wählerkreise hinaus sind vor allem auch die **Überschneidungen zwischen den verschiedenen Wählerkreisen der einzelnen Parteien** von Interesse. Eine grafische Darstellung macht deutlich, wie groß die Schnittmengen der weitesten Wählerkreise zwischen den einzelnen Parteien inzwischen ausfallen und wie relativ deshalb die insgesamt zu häufige Selbsteinstufung als Stammwähler einer Partei mittlerweile zu bewerten ist. Hierzu eigenen sich in der Darstellung besonders so genannte Netzdiagramme. In der folgenden Abbildung lassen sich dabei die Wahlalternativen in den weitesten Wählerkreisen der Volksparteien, also der CSU und der SPD, in Bayern betrachten (Abb. 14).

Das innere (grüne) Netz stellt dabei die Überschneidungen nur des engeren Wählerkreises (Wahl kommt „ganz bestimmt“ in Betracht) dar, das gelbe Netz ausschließlich des weiteren Wählerkreises (Wahl kommt „unter Umständen“ in Betracht). Beides zusammengenommen ergibt das blaue Netz. Dieses visualisiert somit die Überschneidungen der weitesten Wählerkreise („ganz bestimmt“ + „unter Umständen“).

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Überschneidungen der engeren Wählerkreise sowohl bei der SPD als auch der CSU gering ausfallen. Interessanter ist hingegen der Blick auf das Netz des weitesten Wählerkreises. Hierbei wird deutlich, dass Personen, für die

die Wahl der **CSU** zumindest unter Umständen in Betracht kommt, sich am häufigsten auch die Wahl der AfD vorstellen können (47 %). Fast genauso häufig kommen allerdings als Wahlalternativen auch FDP (43 %), Grüne (40 %) oder SPD (36 %) in Betracht. Die Linke ziehen Befragte, die sich die Wahl der CSU vorstellen können, hingegen äußerst selten (10 %) als Alternative in Betracht (Abb. 14).

Abbildung 14:
Wahlalternativen in den weitesten Wählerkreisen der Volksparteien (Frage 19)



Für Befragte, die sich die Wahl der **SPD** vorstellen können, kommt hingegen zu 59 % vor allem die Wahl der CSU und damit noch etwas häufiger als die Wahl der Grünen (54 %) in Frage. Erstaunlicherweise ziehen relativ wenige der Befragten aus dem weitesteten Wählerkreis die Wahl der Linkspartei in Betracht (21 %), was allerdings mit dem insgesamt sehr geringen Wählerpotenzial der Linken in Bayern zusammenhängt. Auf den ersten Blick auffällig ist auch, dass es zwischen dem weitesten Wählerkreis der SPD und den weitesten Wählerkreisen anderer Parteien in Bayern größere Überschneidungen gibt, als dies bei der CSU der Fall ist (Abb. 14). Bei dem ohnehin schon deutlich geringeren Wählerpotenzial der SPD besteht somit ein grundsätzlich größeres Risiko der „Abwanderung" zu anderen Parteien.

Die Analyse lässt sich auch für die restlichen Parteien fortsetzen, für die im Rahmen der Untersuchung die weitesten Wählerkreise erhoben wurden (Abb. 15).

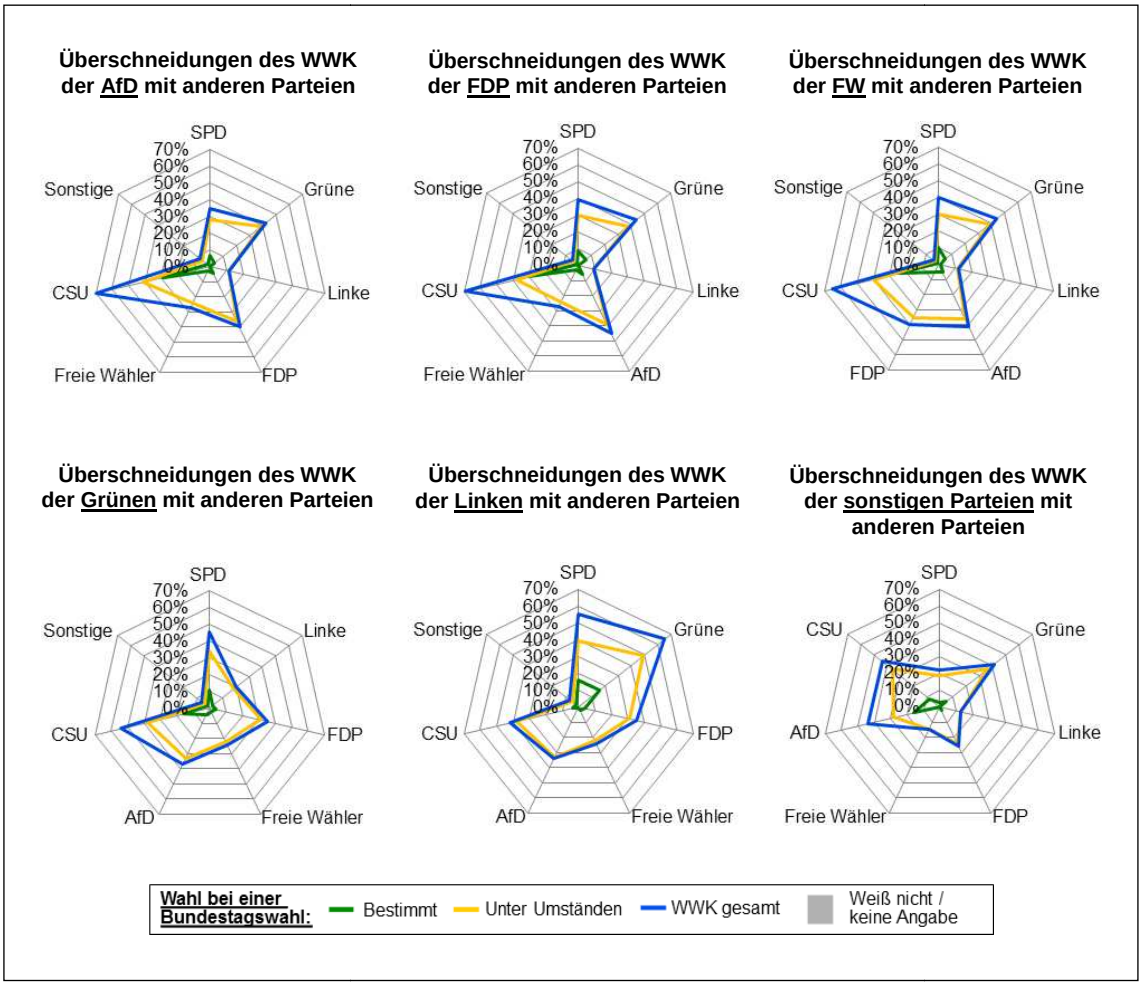
Bei Betrachtung der Überschneidungen des weitesten Wählerkreises der **AfD** fällt die große Bereitschaft auf, auch die CSU als Wahlalternative in Betracht zu ziehen. So kommt

für 70 % der Befragten, die sich die Wahl der AfD vorstellen können, auch die Wahl der CSU zumindest theoretisch in Betracht. Aber auch die Wahl der Grünen (42 %), FDP (40 %) und SPD (35 %) können sich relativ viele Befragte aus dem weitesten Wählerkreis der AfD als Wahlalternative vorstellen (Abb. 15).

Das Netzdiagramm zu den Überschneidungen des weitesten Wählerkreises der **FDP** mit denen anderer Parteien sieht insgesamt sehr ähnlich aus wie das der AfD. Auch hier gibt es große Überschneidungen zur CSU (69 %), aber auch zur AfD (45 %), zu den Grünen (44 %) und der SPD (39 %; Abb. 15).

Für Bayern, die sich die Wahl der **Freien Wähler** ganz bestimmt oder unter Umständen vorstellen können, kommt außerdem ebenfalls die Wahl der CSU besonders häufig in Betracht (65 %). Die Überschneidungen mit allen anderen Parteien außer der Linken und den sonstigen Parteien liegen hingegen bei oder knapp über 40 % (Abb. 15).

Abbildung 15:
Wahlalternativen in den weitesten Wählerkreisen der anderen Parteien (Frage 19)



Auch wenn die Bereitschaft etwas geringer ausfällt als bei den bisher betrachteten Parteien, können sich auch Befragte aus dem weitesten Wählerkreis der **Grünen** überraschenderweise am häufigsten die CSU als Wahlalternative vorstellen (54 %). Direkt dahinter kommt die SPD (45 %) und ebenfalls, mit einem überraschend hohen Wert, auch die AfD (37 %). Auch die Überschneidungen der derzeitigen Grünen-Wähler mit dem weitesten Wählerkreis der Freien Wähler (24 %) sind noch etwas größer als mit dem der Linken (20 %; Abb. 15).

Für Befragte aus dem insgesamt eher kleinen weitesten Wählerkreis der Linken kommen als Wahlalternativen wenig überraschend vor allem die Grünen (65 %) und die SPD (55 %) in Betracht (Abb. 15).

Insgesamt gesehen fallen die hohen Überschneidungen der weitesten Wählerkreise auf, selbst zwischen Parteien, bei denen man dies zunächst nicht vermuten würde. Dies unterstreicht ganz unabhängig von der subjektiven, eher verzerrten Selbsteinstufung als Stamm- oder Wechselwähler oder dem Vorhandensein einer grundsätzlichen Parteineigung, wie groß mittlerweile zumindest die (theoretische) Spannbreite der möglichen Wahlentscheidungen ist. Die hier geschilderten Ergebnisse legen somit die Hypothese nahe, dass das von der Wahlforschung entwickelte Konstrukt des Stammwählers, der sein Leben lang immer nur eine Partei wählt, nur noch einen höchst seltenen Wählertypus beschreibt.

Dies bestätigt auch eine weitere Betrachtung der weitesten Wählerkreise in Verbindung mit der aktuellen Wahlentscheidung bei einer Bundestagswahl. Durch die Kombination dieser beiden Fragen ist es möglich, zu untersuchen, wie viele weitere Parteien außer der aktuellen Wahlabsicht als mögliche **Alternativen zum derzeitigen** Wahlverhalten zumindest unter Umständen außerdem noch in Betracht kommen.

Hierbei zeigt sich, dass es bei allen Parteien nur noch etwa ein Zehntel der Wähler gibt, die neben der aktuellen Wahlabsicht keine weiteren Parteien in Betracht ziehen. Am ehesten trifft dies erstaunlicherweise auf Befragte mit der Bundestagswahlabsicht für die Grünen zu, die in knapp einem Fünftel der Fälle (18 %) die Möglichkeit der Wahl einer anderen Partei kategorisch ausschließen. Bei den CSU-Wählern ist es nur gut jeder Zehnte, für den neben der Wahl der CSU keine weitere Partei in Betracht kommt. SPD-Wähler können dies zumindest in Bayern sogar so gut wie nie (3 %) ausschließen (Tab. 4). Bei diesen Anteilen handelt es sich im Prinzip um die nach einer engen Definition tatsächlich noch vorhandenen Stammwählerpotenziale, die damit auch insgesamt nur noch einen sehr kleinen Teil der Wählerschaft ausmachen.

Durchschnittlich kommen neben der aktuellen Wahlabsicht jedoch inzwischen 1,8 weitere Parteien in Betracht. Am niedrigsten fällt dieser Durchschnittswert bei den Wählern der Grünen aus (1,6), am höchsten bei den SPD-Wählern mit durchschnittlich 2,3 Wahlalternativen (Tab. 4).

Tabelle 4: Alternativen zum derzeitigen Wahlverhalten (Fragen 12, 19)

Neben der aktuellen Wahlabsicht kommen außerdem … Parteien zumindest unter Umständen in Betracht	Derzeitige Bundestagswahlabsicht										
	Alle Ø	Partei genannt Ø	CSU	SPD	B90 / Grüne	AfD	FDP	Freie Wähler*	Die Linke*	Nichtwähler	Unentschl.
Keine (anderen) Parteien	**12**	**10**	12	3	18	10	6	6	14	22	14
Eine andere Partei	**28**	**28**	29	20	31	30	33	26	51	29	25
Zwei andere Parteien	**34**	**36**	37	39	31	38	42	32	25	26	31
Drei andere Parteien	**18**	**19**	17	25	13	17	14	28	6	16	19
Vier und mehr andere Parteien	**8**	**7**	5	13	7	5	5	8	4	7	11
Mittelwert	**1,8**	**1,8**	**1,8**	**2,3**	**1,6**	**1,8**	**1,8**	**2,1**	**1,4**	**1,6**	**1,9**

* Geringe Fallzahl, n = < 50

Mindestens gut ein Fünftel der derzeitigen Nichtwähler scheint hingegen wirklich dauerhaft für die politischen Parteien verloren zu sein, da diese sich noch nicht einmal unter Umständen die Wahl einer Partei vorstellen können. Bei den Befragten, die derzeit bei der Bundestagswahlabsicht unentschlossen sind bzw. dort die Angabe verweigern, trifft dies auf ungefähr ein Siebtel zu. Ein Großteil dieser beiden Gruppen der Nichtwähler und Unentschlossenen kann sich aber zumindest die Wahl einer Partei vorstellen und ist somit für eine politische Partizipation durch Wahlteilnahme nicht endgültig verloren (Tab. 4).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Bereitschaft, sich selbst als Wechselwähler einzustufen, spürbar angestiegen ist, obwohl bei der Selbsteinstufung der Anteil derjenigen Befragten, die sich als Stammwähler bezeichnen, immer noch stark überhöht ist und sich fernab von der Realität bewegt. Aufgrund des zuvor langen Zeitraumes von 2005 bis Anfang 2016, in dem sich bei dieser Frage kaum Veränderungen ergeben haben, kann der nunmehr erstmals erkennbare Trend zu einer häufigeren Selbsteinstufung als Wechselwähler als Indiz dafür gewertet werden, dass die Bereitschaft der Wähler bei kommenden Wahlen größer sein dürfte, Wechselwahl zu praktizieren, wobei je nach Rahmenbedingungen eine der Alternativen aus dem „Relevant Set“ der grundsätzlich für eine Wahl in Betracht kommenden Parteien bevorzugt wird.

Diese Entwicklung hängt natürlich auch mit der in den letzten Jahren erfolgten stärkeren Segmentierung des Parteiensystems und der daraus resultierenden gestiegenen politischen Konkurrenzsituation zusammen, in der alle Parteien einem stärkeren politischen Wettbewerb ausgesetzt sind. Dies betrifft insbesondere auch die SPD, die in Bayern zwar schon immer einen schweren Stand hatte, mittlerweile aber zumindest hinsichtlich der Größe und Breite des Wählerpotenzials kaum mehr dem Anspruch einer Volkspartei gerecht wird.

Zwischen allen Parteien lassen sich zudem mehr oder weniger große Überschneidungen ihrer Wählerpotenziale feststellen. Dies unterstreicht, wie groß mittlerweile zumindest die theoretische Spannbreite der möglichen Wahlentscheidungen für die meisten Wähler in Bayern geworden ist. Dies wird auch bei der Analyse der derzeitigen Bundestagswahlabsicht unter gleichzeitiger Einbeziehung der weitesten Wählerkreise deutlich. Durchschnittlich zeigt sich hierbei, dass neben der aktuellen Wahlabsicht die Wahl von etwa zwei weiteren Parteien zumindest unter Umständen in Betracht kommt. Nur für gut jeden Zehnten kommt überhaupt keine Wahlalternative zu der derzeit gewählten Partei in Frage. Der Anteil von „echten" Stammwählern ist dementsprechend mittlerweile äußerst gering. Nimmt man die Befunde aus der Analyse von Bundestagswahlabsicht und weitesten Wählerkreisen zum Maßstab, so wären nur noch ca. ein Zehntel der Wähler der „klassischen" Kategorie der Stammwähler zuzurechnen. Da jedoch nicht alle theoretisch denkbaren und individuell akzeptierten Wahlalternativen in die Tat umgesetzt werden, dürfte der tatsächliche Stammwähleranteil zwar deutlich über einem Zehntel aller Wahlberechtigten, aber auch ganz erheblich unter den bei den Selbsteinstufungen gemessenen Anteilen von mehr als der Hälfte der Bayern liegen.

2.4.4 Ursachen und Motive für Parteipräferenzen, Wahlteilnahme und -verhalten

Zur besseren Einordnung der Ergebnisse wurden wie bereits bei der Vorgängeruntersuchung Anfang 2016 erneut auch die Begründungen für bzw. gegen die Wahlteilnahme offen erfragt. Bei den **Begründungen für die Teilnahme an fast allen Wahlen** wird von den Bayern vor allem die Möglichkeit zur politischen Partizipation genannt (35 %; Abb. 16).

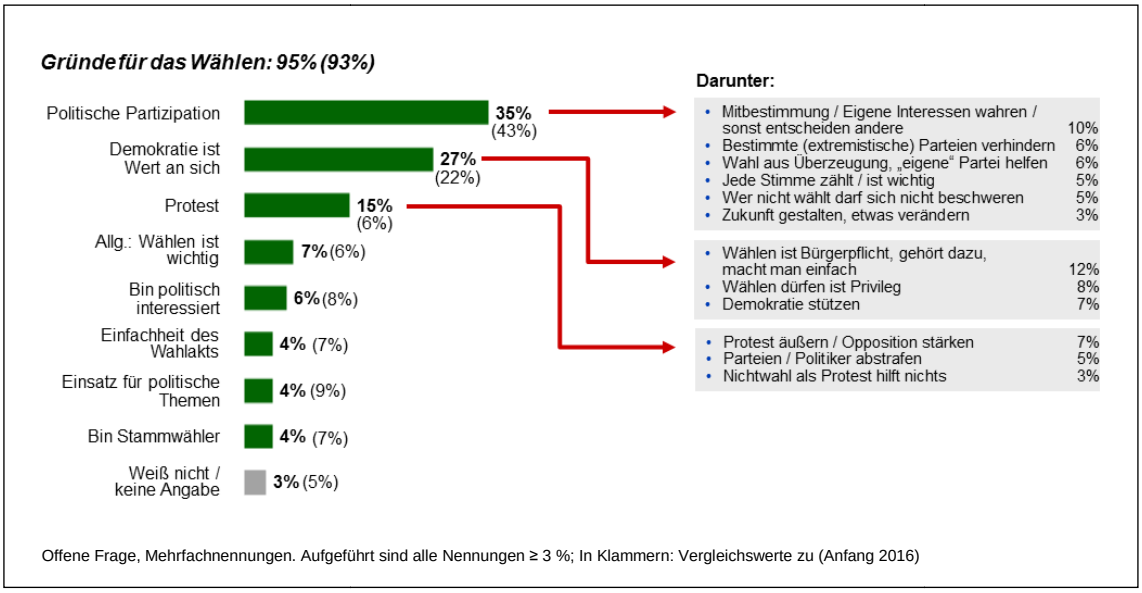
Hierzu zählen die Befragten insbesondere die Durchsetzung der eigenen Interessen durch die Politik (10 %), aber auch das Verhindern von guten Wahlergebnissen für bestimmte (extremistische) Parteien und die Unterstützung der „eigenen" Partei aus Überzeugung heraus (jeweils 6 %). Zudem spielen auch die Auffassungen eine Rolle, dass jeder, der nicht wählt, „sich auch nicht beschweren darf" und „dass jede Stimme wichtig ist" (jeweils 5 %; Abb. 16).

Gut ein Viertel begründet die regelmäßige Wahlteilnahme mit der Bedeutung der Demokratie „an sich". Neben der Auffassung, dass Wählen Bürgerpflicht ist (12 %), vertreten ebenfalls einige Befragte die Meinung, dass Wählen zu dürfen ein Privileg ist (8 %) und dass durch die Wahlteilnahme die Demokratie gestärkt wird (7 %; Abb. 16).

Deutlich häufiger als noch Anfang 2016 wird allerdings auch Protest als Motiv für eine regelmäßige Wahlteilnahme angeführt (15 %, +9 Prozentpunkte im Vergleich zu Anfang 2016). Hierzu zählen die Befragten mit Protestmotiv vor allem die Stärkung der Opposition (7 %) und das Abstrafen von Parteien oder Politikern (5 %). Sie vertreten zudem

relativ selten wohl auch aufgrund bisheriger Erfahrungen die Meinung, dass „Nichtwahl als Protest“ nicht funktioniert (3 %; Abb. 16).

Abbildung 16: Begründungen für Teilnahme an fast allen Wahlen (Frage 18)
Basis: Nehme an fast allen Wahlen teil; n = 669

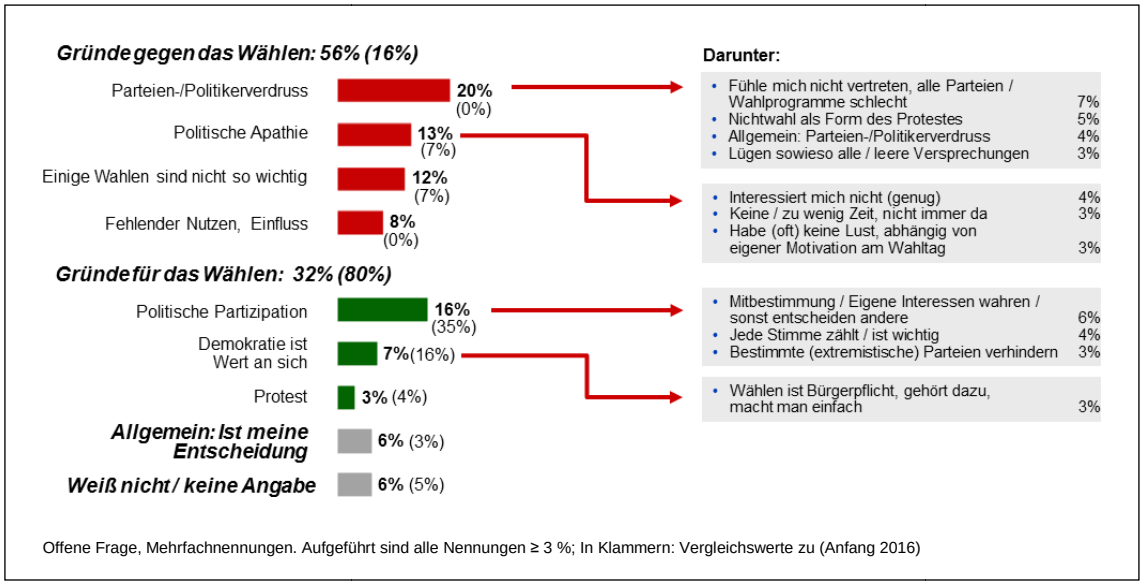


Ein weiteres Motiv für eine regelmäßige Wahlteilnahme ist die eher unspezifische Begründung „wählen ist wichtig“ (7 %). Darüber hinaus werden auch allgemein politisches Interesse (6 %), die Einfachheit des Wahlaktes, der Einsatz für bestimmte politische Themen und die Parteineigung (jeweils 4 %) als Gründe benannt (Abb. 16).

Die Bayern, die **nur an solchen Wahlen teilnehmen, die sie selbst als „wichtig“ empfinden**, nennen insgesamt und auch im Vergleich zu Anfang 2016 deutlich häufiger Gründe, die eigentlich gegen das Wählen sprechen (56 %), als solche, die für eine Wahlteilnahme sprechen (32 %). Grund hierfür ist insbesondere ein hoher Anteil an Befragten, bei denen sich Anzeichen für einen Parteien- und Politikerverdruss zeigen (20 %). Hierzu gehört insbesondere das Gefühl, sich durch die (Wahlprogramme der) Parteien nicht ausreichend genug vertreten zu fühlen. Aber auch ein Fernbleiben von der Wahlurne als Zeichen des Protestes oder das Beklagen von leeren Versprechungen gehören dazu (Abb. 17).

Weitere Motive von Gelegenheitswählern gegen eine Wahlteilnahme sind verschiedene Begründungen, die man unter dem Oberbegriff politische Apathie sammeln kann (13 %). Auch diese Begründungen wie fehlendes politisches Interesse oder „zu wenig Zeit“ und fehlende Motivation haben im Vergleich zu Angang 2016 zugenommen (+6 Prozentpunkte). Zudem wird konstatiert, dass einige Wahlen weniger wichtig sind (12 %) oder man durch die Stimmabgabe sowieso keinen Einfluss oder Nutzen hat (8 %; Abb. 17).

Abbildung 17: Begründungen für Wahlteilnahme bei wichtigen Wahlen (Frage 18)
Basis: Nehme nur an wichtigen Wahlen teil; n = 681



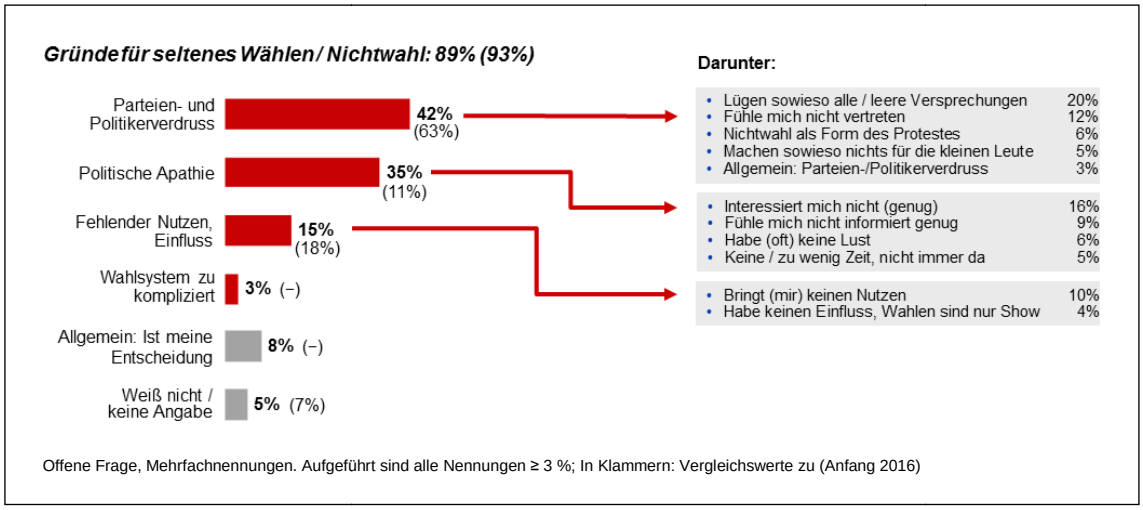
Bei den Gründen, die für eine Teilnahme an Wahlen sprechen, nennen die anlass- bzw. themenbezogenen Wähler ähnlich wie die regelmäßigen Wähler vor allem Argumente in Verbindung mit der Möglichkeit zur Partizipation (16 %). Hierzu gehören wiederum das Vertreten der eigenen Interessen durch die Parteien, die Wichtigkeit jeder Stimme und das Verhindern bestimmter, meist als extremistisch empfundener Parteien. An zweiter Stelle der übergeordneten Gründe für die Teilnahme an Wahlen steht auch bei dieser Befragtengruppe der Wert der Demokratie „an sich“ (7 %), gefolgt von „Protest“ (3 %; Abb. 17).

Die größer gewordene dritte Gruppe, die trotz des seit einigen Jahren bestehenden Protestwahlangebots durch die AfD **überhaupt nicht oder zumindest nur sehr selten wählen geht**, macht dies in erster Linie an Argumenten fest, die auf Parteien- und Politikerverdruss schließen lassen (42 %). In diesem Zusammenhang wird den Parteien und Politikern insbesondere vorgeworfen, generell nur leere Versprechungen zu machen oder sogar die Unwahrheit zu sagen. Auch das Gefühl, durch die Politik nicht vertreten zu werden bzw. dass die Politik sich insbesondere für die „kleinen Leute“ nicht ausreichend einsetzt, können der Kategorie Parteien- und Politikerverdruss zugeordnet werden. Hinzu kommen auch einige Befragte, die Nichtwahl ebenfalls als Zeichen von Protest verstehen (Abb. 18).

Im Vergleich zur letzten Untersuchung Anfang 2016 hat „politische Apathie“ als Motiv für das Fernbleiben von der Wahlurne an Bedeutung gewonnen (+24 Prozentpunkte auf 35 %). Unter diesen Punkt lassen sich fehlendes Interesse, aber auch fehlende politische Bildung und Motivation zusammenfassen. 15 % der notorischen Nichtwähler sehen zudem in einer Wahlteilnahme einfach keinen Nutzen für sich selbst oder vertreten die Auf-

fassung, mit ihrer Stimme keinen Einfluss auf die Politik zu haben. Eher in Einzelfällen wird auch Kritik an der Komplexität des Wahlsystems geäußert (Abb. 18).

Abbildung 18: Begründungen für Nichtwahl und sehr seltene Wahl (Frage 18)
Basis: Wähle nie bzw. so gut wie nie; n = 341



Neben Gründen und Motivationen für Art und Umfang der eigenen Wahlteilnahme wurde auch den Ursachen für Ablehnung bzw. Bestehen einer Parteiidentifikation nachgegangen. Zu erwarten ist, dass das Vorhandensein einer grundsätzlichen Parteineigung (vgl. Kapitel 2.4.1) unterschiedliche Gründe hat, beispielsweise die politischen Positionen einer Partei oder aber auch das politische Personal. Genauso kann es unterschiedliche Motive dafür geben, keiner Partei zuzuneigen oder trotz vorhandener Parteineigung in bestimmten Situationen eine andere Partei zu wählen.

Insgesamt ähneln sich die grundsätzlichen **Motive, einer bestimmten Partei zuzuneigen**, unabhängig von der jeweils bevorzugten Partei relativ stark**.** An erster Stelle stehen bei allen Parteien die politischen Positionen (Abb. II im Anhang), wobei diesbezüglich natürlich, je nach politischer Ausrichtung, die Themen und die genauen Begründungen verschieden ausfallen. Welchen Stellenwert die Positionen in Konkurrenz zum personellen Angebot und anderen Einflussfaktoren für die Neigung zu einer bestimmten Partei einnehmen, ist allerdings durchaus verschieden.

Die größte Bedeutung hat das politische Programm für Befragte, die der AfD zuneigen (43 %; Abb. II im Anhang). Dabei handelt es sich konkret um die Positionierung in der Zuwanderungs- bzw. Flüchtlingsfrage, aber auch beim Thema Innere Sicherheit, also genau den Problemen, die viele Menschen derzeit beschäftigen. Für einen gewissen Teil der Wählerschaft besetzt die AfD bei diesen Themen Positionen, die für richtig gehalten werden und der Hauptgrund dafür sind, derzeit die AfD zu favorisieren. Eine Wahlent-

scheidung für die AfD erfolgt also nicht ausschließlich aus Protest gegenüber den anderen Parteien, auch wenn das Protestmotiv eine hervorgehobene Rolle für diejenigen spielt, die der AfD zuneigen (Abb. II im Anhang).

Auch für Anhänger der FDP (37 %) und der Grünen (30 %) spielen die politischen Positionen eine vergleichsweise größere Rolle für das Bestehen einer Parteiidentifikation, während sie insbesondere für Befragte, die der CSU (17 %), aber auch der SPD (20 %) und den Freien Wählern (24 %) zuneigen, eine etwas geringe Bedeutung haben (Abb. II im Anhang).

Befragte, die den Volksparteien CSU und SPD zuneigen, geben hingegen vergleichsweise häufiger an, dies aus Tradition bzw. Gewohnheit zu tun (CSU-Anhänger: 16 %; SPD-Anhänger: 14 %). Aber auch das „Vertreten der persönlichen Interessen", ohne dies direkt mit einer politischen Position in Verbindung zu bringen, nennen Befragte häufiger, die den Volksparteien zuneigen (Abb. II im Anhang). Diese Sichtweise entspricht im Prinzip dem eher breiter aufgestellten Profil der Volksparteien, währenddessen die „kleineren" Parteien offenbar programmatisch akzentuierter auftreten und ihre Anhänger eher durch bestimmte politische Themen für sich gewinnen können.

Bayern ohne grundsätzliche Parteineigung nennen für ihre Haltung Gründe, die den Argumentationsmustern von notorischen Nichtwählern ähneln. In erster Linie wird eine fehlende Parteineigung auf Parteien- und Politikerverdruss zurückgeführt, insbesondere aufgrund von „leeren Versprechungen" der Politik. Politische Apathie, vor allem unzureichendes politisches Interesse, spielt allerdings eine genauso große Rolle. Jeder Fünfte ohne grundsätzliche Parteineigung führt dies allerdings auf eine unzureichende Vertretung der eigenen Interessen durch die Parteien zurück bzw. beklagt zu geringe programmatische Unterschiede. Nur sehr selten (7 % der Befragten ohne Parteineigung) ist eine fehlende Parteineigung hingegen auf eine Grundhaltung der Befragten zurückzuführen, sich grundsätzlich bei jeder Wahl ohne vorherige Festlegung neu entscheiden zu wollen (Abb. III im Anhang).

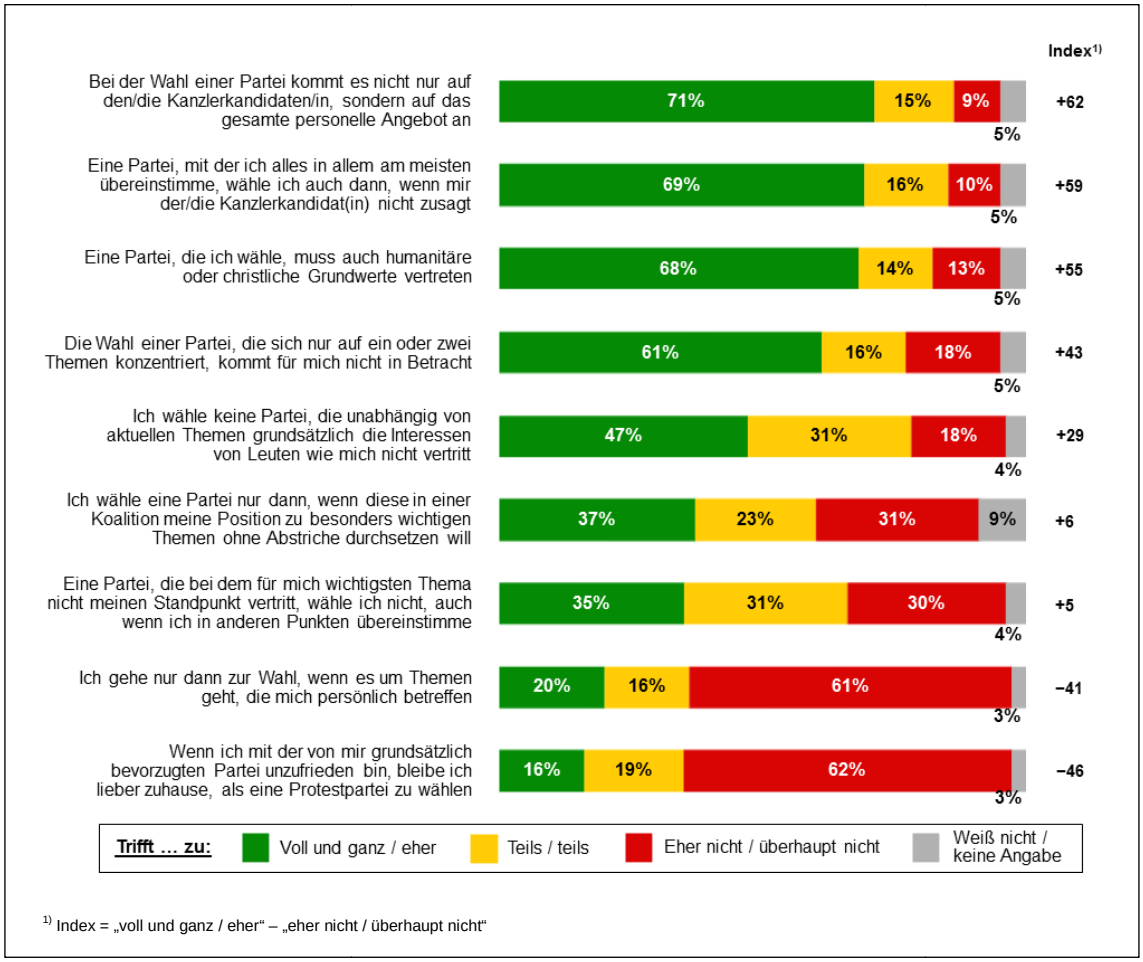
Zusätzlich zu den offenen Fragen, die Rückschlüsse auf die Motive für Art und Umfang der Wahlteilnahme und Parteiidentifikation liefern, wurde im Rahmen dieser Studie auch die Zustimmung zu **Aussagen zum Wahlverhalten bei einer Bundestagswahl** erhoben. Diese ermöglichen zusätzliche Rückschlüsse darauf, nach welchen Gesichtspunkten die Wähler heute entscheiden, ob sie an einer Wahl teilnehmen und wie sie sich an der Wahlurne verhalten.

Am häufigsten (71 %) stimmen die Bayern dabei der Aussage zu, dass es bei der Wahl einer Partei bei einer Bundestagswahl nicht nur auf den oder die Kanzlerkandidaten, sondern auf das gesamte personelle Angebot ankommt. Zumindest gut zwei Drittel der

Bayern machen zudem ihre Wahlentscheidung eher von den Positionen abhängig als vom jeweiligen Kanzlerkandidaten. Sie wollen deshalb auch dann für eine Partei stimmen, wenn ihnen der Kanzlerkandidat nicht zusagt, es bei den Themen aber die größten Schnittmengen gibt (Abb. 19).

Darüber hinaus gibt es nicht nur bezüglich aktueller Sachthemen und der Kanzlerkandidaten für viele Bayern auch weitere Voraussetzungen, die vorliegen müssen, damit die Wahl einer bestimmten Partei in Betracht kommt. So sind gut zwei Drittel der Meinung, dass eine Partei humanitäre oder christliche Grundwerte vertreten muss, um wählbar zu sein (Abb. 19).

Abbildung 19: Aussagen zur Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl (Frage 34)



Die Wahl einer Partei, die sich lediglich auf ein oder zwei Themen konzentriert, kommt zudem für immerhin 61 % der Bayern nicht in Betracht. Auch der Aussage, dass eine Partei unabhängig von aktuellen Themen nur dann gewählt wird, wenn sie auch die Interessen von „Leuten wie mich“ vertritt, stimmt immerhin knapp die Hälfte der Bayern zu, nur

knapp ein Fünftel nicht (teils / teils: 31 %; Abb. 19). Hier sind es insbesondere Befragte mit FDP-Bundestagswahlabsicht, die dieser Aussage überdurchschnittlich häufig zustimmen (57 %; Tab. IX im Anhang).

Geringere, aber immer noch beachtliche Zustimmung findet die Aussage, dass eine Partei politische Positionen in Regierungskoalitionen möglichst kompromisslos durchsetzen muss, um wählbar zu sein (37 %). Fast ein Drittel der Befragten (31 %) will sich diesbezüglich zudem nicht eindeutig festlegen und stimmt nur teils zu. Insgesamt lässt sich aus diesen Ergebnissen eine relativ geringe Akzeptanz des Kompromisses als wesentliches Element der parlamentarischen Demokratie ablesen. Ähnlich sieht es mit dem Argument aus, dass man eine Partei nicht wählt, die bei einem persönlich wichtigen Thema einen anderen Standpunkt vertritt, selbst wenn man in vielen anderen Punkten übereinstimmt. Zu ungefähr gleichen Teilen stimmen die Bayern dieser Aussage eher zu, teils zu oder eher nicht zu (Abb. 19). Dieses Einstellungsmuster ist ein Indiz für die inzwischen schwerer gewordene Position der so genannten Volksparteien.

Erwartungsgemäß stimmen vor allem Nichtwähler (34 %) und bei einer Bundestagswahl derzeit Unentschlossene (27 %) eher mit der Aussage überein, dass sie nur dann zur Wahl gehen, wenn es um Themen geht, die sie persönlich betreffen (alle Bayern: 20 %). Ähnlich sieht es mit der Argumentation aus, dass man bei Unzufriedenheit mit der persönlich bevorzugten Partei eher zuhause bleibt, als eine Protestpartei zu wählen. Diesem Punkt stimmen lediglich 16 % aller Bayern zu, aber 37 % der Befragten, die derzeit bei einer Bundestagswahl nicht wählen würden bzw. 27 % der Unentschlossenen. Allerdings kommt auch für FDP-Anhänger, wohl aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit und fehlender Alternativen, Nichtwahl als Form des Protestes überdurchschnittlich häufig in Frage (Abb. 19 und Tab. IX im Anhang).

Insgesamt lassen sich auch bei den Gründen für oder gegen eine Wahlteilnahme Veränderungen feststellen. Zwar wird das Wählen weiterhin zumeist mit der Notwendigkeit zur Partizipation und einem persönlichen Beitrag zur Demokratie begründet. Allerdings wird gleichzeitig „Protest“ zu einem deutlich häufiger vorgebrachten Motiv, sich an Wahlen zu beteiligen. Zudem nennen die Bayern, die „nur bei wichtigen Wahlen“ wählen gehen, neuerdings deutlich häufiger Gründe, die eher gegen eine Wahlteilnahme sprechen. Bei den Begründungen der „notorischen Nichtwähler“ kommen neben dem nach wie vor häufig vorzufindenden Parteien- und Politikerverdruss häufiger auch Anzeichen politischer Apathie zur Geltung.

Grundsätzlich sind die generellen Motive für eine Parteiidentifikation unabhängig von der jeweils bevorzugten Partei ähnlich. An erster Stelle stehen bei allen Parteien die politischen Inhalte. Allerdings gibt es in den Abstufungen und den weiteren Motiven durchaus Unterschiede. Während bei den Volksparteien CSU und SPD beispielsweise auch „Tradition“ bzw. „Gewohnheit“ eine größere Rolle spielen, können die „kleineren“ Parteien ihre

Anhänger eher durch bestimmte politische Themen für sich gewinnen. Bei Befragten ohne Parteineigung wird an den vorgetragenen Begründungen deutlich, dass diese zu einem guten Teil mit der Gruppe der Nichtwähler übereinstimmen. Die wenigsten Nichtwähler entscheiden sich bewusst dazu, keiner Partei zuzuneigen, sondern führen dies auf Unzufriedenheit mit der Politik, fehlendes politisches Interesse oder eine unzureichende Vertretung der eigenen Interessen durch die Politik zurück.

Die Bedeutung des Kanzlerkandidaten bzw. der Kanzlerkandidatin für die Wahlentscheidung wird sowohl im Vergleich mit dem gesamten personellen Angebot einer Partei als auch in Konkurrenz zu Sachthemen relativiert. Wichtiger sind zumindest in der Selbstreflexion des Wahlverhaltens der Wähler in Bayern die politischen Inhalte. Dabei ist es den meisten Wählern durchaus wichtig, dass eine Partei nicht zu eindimensional aufgestellt ist und nicht nur ein oder zwei Themen behandelt. Dies trifft grundsätzlich auch auf die Anhänger der kleineren Parteien zu. Kompromissloses Durchsetzen der eigenen Positionen erwartet ebenfalls noch ein relativ hoher Anteil von fast vier Zehnteln der Wähler. Zudem werden zusätzliche Herausforderungen für die Volksparteien erkennbar, weil ein gutes Drittel der Wähler dieser Parteien dazu tendiert, bei fehlender Übereinstimmung bei einem wichtigen Thema trotz Übereinstimmung bei allen anderen Themen mit Nichtwahl zu reagieren. Nichtwahl wird darüber hinaus auch als Form des Protestes und als Fernbleiben von der Wahlurne praktiziert, wenn es nicht um Themen geht, die einen selbst betreffen. Diese beiden Varianten sind erwartungsgemäß vor allem Motive für derzeitige Nichtwähler und Unentschlossene.

2.5 Einstellungen zu Volksparteien, neuen Parteien und Koalitionen

Wie die bisherigen Ergebnisse gezeigt haben, ergeben sich durch veränderte Parteibindungen und Motive zur Wahlteilnahme sowie Wahlentscheidung neue Herausforderungen für die politischen Parteien in Deutschland. Dies gilt insbesondere für die Volksparteien CDU/CSU und SPD, die über lange Zeit die Politik in Deutschland bestimmt haben. Während in den 1970er-Jahren noch ca. 90 % der Stimmen bei Bundestagswahlen auf diese Parteien entfielen, hat sich das Bild seitdem spürbar verändert. Die „kleineren“ Parteien erreichten bei den letzten drei Bundestagswahlen zusammen jeweils mindestens 30 % der gültigen Stimmen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob das „Modell Volkspartei“ grundsätzlich an Attraktivität eingebüßt oder ob der Erfolg der kleineren, teils neuen Parteien andere Gründe hat.

Eine These, die in diesem Zusammenhang immer wieder vertreten wird, ist, dass das Fehlen einer starken Opposition in Zeiten von Großen Koalitionen Politikverdrossenheit fördert und infolge dessen Protestparteien stärkt. Ähnliches gilt für Mehrparteienkoalitionen, in denen in der Regel viele, aus individueller Sicht nicht akzeptable Kompromisse

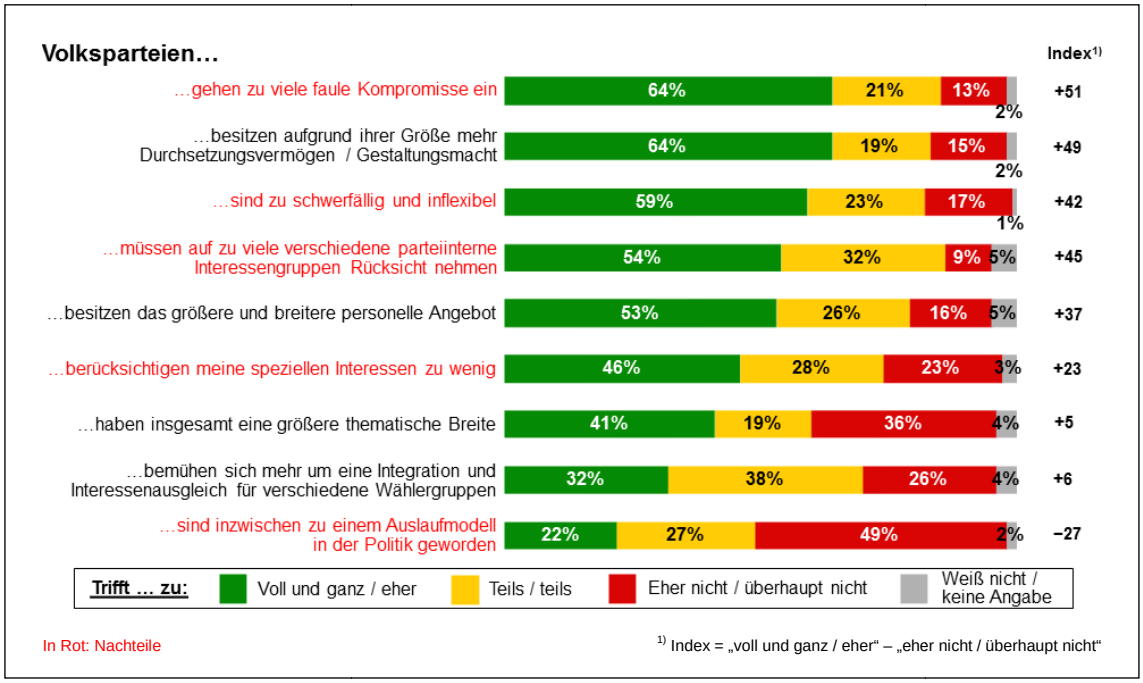
nötig sind und der Wählerwille entsprechend nur begrenzt umgesetzt werden kann. Deshalb werden angesichts der angesprochenen Veränderungen die Einstellungen der Wähler in Bayern zu Volksparteien und zu neuen, insbesondere Protestparteien, sowie auch Präferenzen zu Regierungskoalition auf Bundesebene näher untersucht.

2.5.1 Heutige Bedeutung und Eigenschaften von Volksparteien

Fragt man nach Vor- und Nachteilen von Volksparteien, so zeigt sich zunächst, dass lediglich gut ein Fünftel der Bayern die Volksparteien für ein Auslaufmodell in der Politik hält (Abb. 20). Dies gilt im Grunde für die Anhänger aller politischen Parteien, egal welcher Partei sie im Einzelnen zuneigen. Lediglich Befragte, die den Grünen zuneigen (27 %), aber auch Bayern ohne Parteineigung (27 %) sind etwas häufiger als der Durchschnitt der Auffassung, dass es sich bei den Volksparteien um ein Auslaufmodell handelt (Tab. X im Anhang).

Auch wenn die Volksparteien somit für die meisten Bayern grundsätzlich weiterhin eine Zukunft haben, werden doch auch **Nachteile** gesehen. Fast zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, dass die Volksparteien zu viele „faule" Kompromisse eingehen müssen. Sechs von zehn Bayern halten sie zudem für schwerfällig und inflexibel, immer noch mehr als jeder Zweite stimmt zudem der Aussage zu, dass Volksparteien auf zu viele verschiedene parteiinterne Interessengruppen Rücksicht nehmen müssen (Abb. 20).

Abbildung 20: Vor- und Nachteile von Volksparteien (Frage 25)



Noch etwas weniger als die Hälfte sehen es auch als Nachteil, dass die Volksparteien „ihre“ speziellen Interessen zu wenig berücksichtigen (Abb. 20).

Als größter **Vorteil** wird von den Bayern die Größe und das damit verbundene Durchsetzungsvermögen bzw. Gestaltungsmacht der Volksparteien gesehen. Ungefähr zwei Drittel stimmen diesem Vorteil zu (Abb. 20).

Immerhin gut die Hälfte der Bayern sieht das größere bzw. breitere personelle Angebot als Vorteil der Volksparteien an. Etwas seltener werden auch eine insgesamt größere thematische Breite (41 %) und das Bemühen um einen Interessenausgleich für verschiedene Wählergruppen (32 %) als Vorteile wahrgenommen (Abb. 20).

Bis auf ein paar Ausnahmen bewerten Bayern mit Parteiidentifikation für eine kleinere Partei die Volksparteien nicht kritischer als Anhänger der Volksparteien. Sie verweisen vielmehr vergleichsweise seltener auf Nachteile. So kritisieren Anhänger der Freien Wähler, der AfD und der FDP sogar unterdurchschnittlich häufig Schwerfälligkeit oder Inflexibilität der Volksparteien sowie das Eingehen von zu vielen „faulen Kompromissen“. Dies trifft auch auf die Bewertung einiger Vorteile von Volksparteien zu. Beispielsweise sind Befragte mit einer AfD- oder FDP-Parteineigung etwas häufiger als der Durchschnitt der Auffassung, dass die Volksparteien über mehr Durchsetzungsvermögen und Gestaltungsmacht verfügen. Umgekehrt ist jedoch auch nicht erkennbar, dass Anhänger von CSU und SPD die Volksparteien grundsätzlich positiver sehen als die Anhänger anderer Parteien (Tab. X im Anhang).

Zu den Befragten, die den Vorteilen von Volksparteien vorbehaltlos zustimmen, kommt sowohl bei den Nach- als auch bei den Vorteilen noch eine größere Anzahl Personen, die den Argumenten zumindest teilweise zustimmen (Abb. 20).

Insgesamt ergibt sich somit im Hinblick auf die Volksparteien ein ambivalentes Bild, bei dem sowohl spezifische Stärken wie Größe, Durchsetzungsvermögen, Gestaltungsmacht und das breitere thematische und personelle Angebot, verbunden mit einem Interessenausgleich, als auch Defizite wie Schwerfälligkeit, Inflexibilität und das Eingehen fauler Kompromisse wahrgenommen werden. Fast alle Befragten, die Nachteile wahrnehmen, sehen gleichzeitig auch Vorteile der Volksparteien (und umgekehrt). Noch nicht einmal jeder zehnte Wähler in Bayern stimmt ausschließlich Nachteilen von Volksparteien zu. Allerdings ist die Gruppe derjenigen, die nur Vorteile bei Volksparteien wahrnimmt, nochmals kleiner. Insgesamt werden die Volksparteien im Prinzip von den Anhängerschaften aller Parteien relativ ausgewogen im Hinblick auf ihre Vor- und Nachteile beschrieben. Von einem Überwiegen der Kritik oder gar der Dominanz der Auffassung, dass Volksparteien nicht mehr zeitgemäß und eher als Auslaufmodell anzusehen sind, kann nicht die Rede sein.

2.5.2 Das Aufkommen neuer politischer Parteien

Die Entstehung und das Aufkommen neuer politischer Parteien ist in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland keineswegs ein neues Phänomen. Auch bereits vor der Wiedervereinigung und vor dem Einsetzen einer stärkeren Segmentierung des deutschen Parteiensystems gab es häufiger Neugründungen von Parteien, die sich oftmals nur auf ein oder wenige Themen konzentrierten, mitunter durch radikale oder extremistische Politik auffielen, häufig als Protestpartei positionierten und sich im Regelfall nicht dauerhaft im bundesrepublikanischen Parteiensystem etablieren konnten. Eines der letzten Beispiele hierfür sind die Piraten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bald wieder aus allen Parlamenten verschwunden sein dürften. Einer der wenigen Ausnahmefälle sind die Grünen, die sich seit den achtziger Jahren als neue Partei auf der linken Seite des Parteienspektrums endgültig im Parteiensystem etablieren konnten. Eine analog dazu erwartete erfolgreiche Neugründung auf der rechten Seite des Parteienspektrums blieb jedoch lange Zeit aus.

Mit dem Beinahe-Einzug der AfD in den deutschen Bundestag 2013 und den anschließenden Erfolgen der Euro- und zuwanderungskritischen Partei bei der Europa- und den folgenden Landtagswahlen hat Deutschland diese Entwicklung nachvollzogen, die in den meisten anderen europäischen Staaten bereits einige Zeit zuvor beobachtbar war. Lange Zeit war das politische System Deutschlands eines der wenigen in Europa, in dem sich neue Parteien nicht dauerhaft etablieren konnten, vor allem solche nicht, die sich spürbar rechts der Mitte positionierten. Diese spezifische Konstellation in Deutschland ist natürlich auch ein Stück weit der besonderen Geschichte Deutschlands geschuldet, aufgrund der gegenüber entsprechenden Entwicklungen eine besondere Sensibilität an den Tag gelegt wird.

Dessen ungeachtet ist auch in Deutschland wie in den meisten anderen modernen westlichen Gesellschaften durch sozialen, gesellschaftlichen und Wertewandel sowie der damit verbundenen Auflösung traditioneller sozialer Milieus ein fruchtbarer Nährboden für eine stärkere Segmentierung des Parteiensystems entstanden. Dass sich einige der neuen Parteien wie die Piraten bisher nicht dauerhaft im bundesrepublikanischen Parteiensystem etablieren konnten, lag im Regelfall weniger an mangelnder Unterstützung durch die potenziellen Wähler, sondern an der immer wieder beobachtbaren Selbstzerstörungskraft neu gegründeter, junger Parteien.

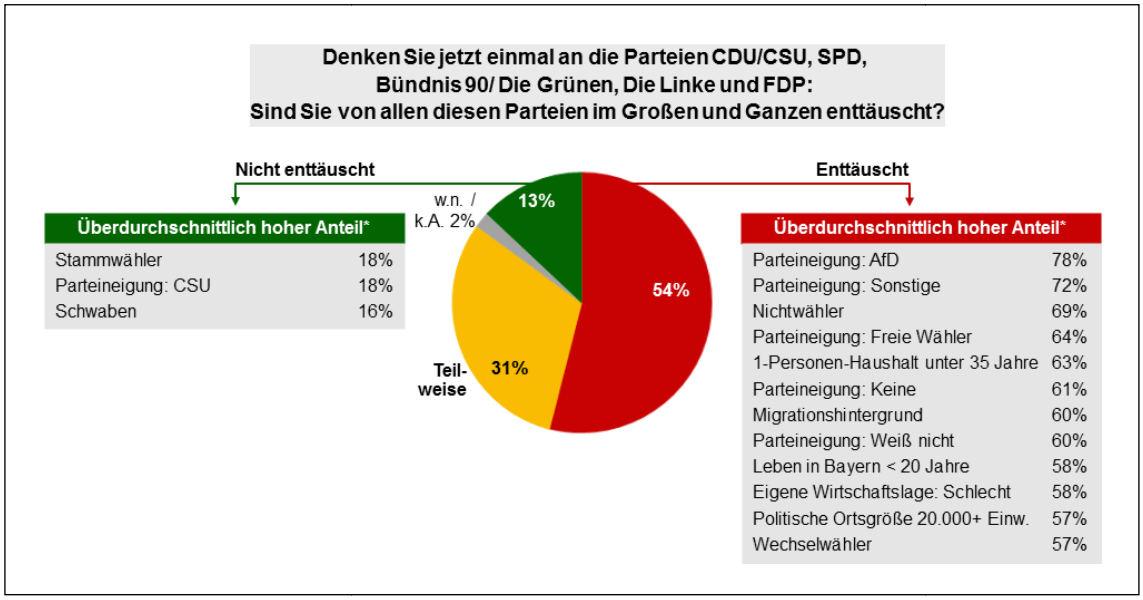
Dass die AfD in den letzten Jahren so erfolgreich sein und mit Ausnahme der Bundesebene in viele Parlamente einziehen konnte, ist nicht nur auf die generell stark rückläufigen Parteibindungen zurückzuführen (vgl. Kapitel 2.4). Ihre Erfolge hängen vielmehr ganz wesentlich mit der starken Fokussierung auf politische Themenbereiche zusammen, die die politische Agenda auch in den nächsten Jahren entscheidend bestimmen werden.

Dabei spielt gleichzeitig die große Enttäuschung eines großen Teils der Wählerschaft über die Lösungskompetenz der etablierten Parteien bei diesen Themenbereichen eine wichtige Rolle (siehe Kapitel 2.2 und 2.3).

Deshalb zeigen sich auch konkret mehr als die Hälfte der Bayern **enttäuscht von CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken und FDP**. Ein weiteres Drittel ist zumindest teilweise von den genannten Parteien enttäuscht, während gerade einmal etwa jeder Zehnte nicht enttäuscht ist (Abb. 21).

Bei Differenzierung nach Parteineigung und Wahlteilnahme lassen sich bestimmte Gruppen identifizieren, unter denen die Enttäuschung über die „etablierten Parteien" besonders groß ist. Hierbei handelt es sich zuallererst um Befragte mit Parteiidentifikation für die AfD (78 %), sonstige Parteien (72 %) oder aber auch für die Freien Wähler (64 %). Aber auch notorische Nichtwähler (69 %) und Bayern ohne Parteineigung (61 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken und FDP (Abb. 21).

Abbildung 21: Enttäuschung über die etablierten Parteien (Frage 26)

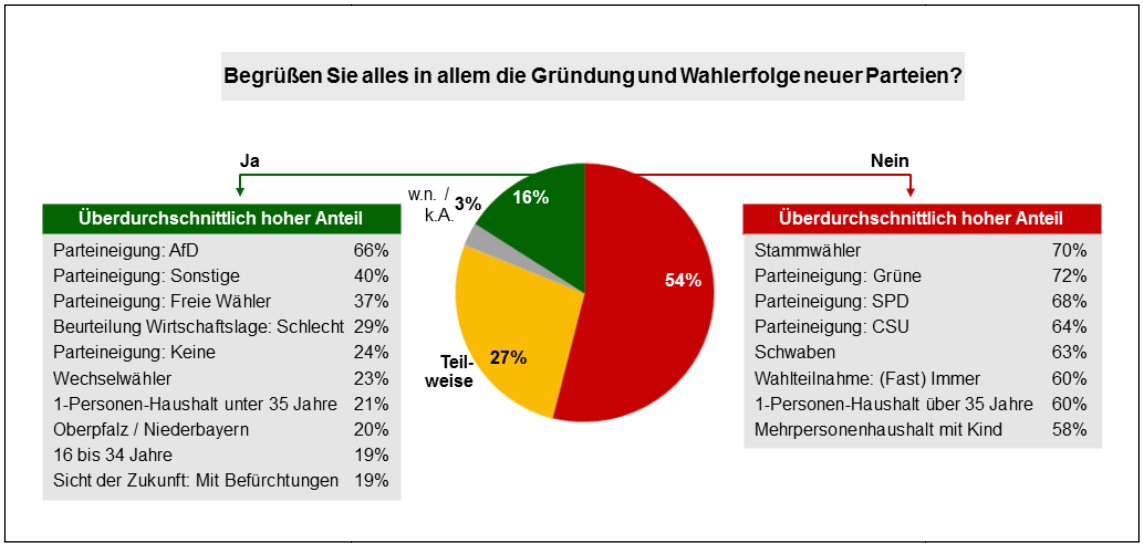


Überdurchschnittliche Anteile Unzufriedener findet man auch unter jungen Bayern, die alleine wohnen (63 %) und bei Personen mit Migrationshintergrund (60 %; Abb. 21).

Trotz ihrer Enttäuschung über die etablierten Parteien **begrüßen** lediglich 16 % der Bayern eindeutig die **Gründung und Wahlerfolge neuer Parteien**, ein weiteres gutes Viertel tut dies zumindest teilweise. Mehr als die Hälfte hält die Gründung von neuen Parteien und deren Wahlerfolge hingegen nicht für positiv (Abb. 22).

Viele Bayern dürften bei Beantwortung dieser Frage vermutlich an die AfD gedacht haben. Hierfür spricht, dass unter denjenigen, die die Erfolge neuer Parteien eher positiv bewerten, sich vor allem Befragte mit AfD-Parteineigung (66 %) befinden. Weiterhin unterstützen auch Befragte mit Identifikation für eine sonstige Partei (40 %) und die Freien Wähler (37 %), aber auch Personen ohne Parteineigung (24 %) die Erfolge neuer Parteien überdurchschnittlich häufig. Auch bei pessimistischer Bewertung der derzeitigen Wirtschaftslage, Selbsteinstufung als Wechselwähler oder wiederum bei Personen in Singlehaushalten unter 35 Jahren fällt die Bewertung von Erfolgen neuer Parteien etwas häufiger positiv aus (Abb. 22).

Abbildung 22: Begrüßen der Gründung und der Wahlerfolge neuer Parteien (Frage 27)



Auf der anderen Seite sind es erwartungsgemäß vor allem Bayern, die sich selbst als Stammwähler einschätzen, sowie Befragte mit Parteineigung für Grüne, SPD und CSU, die die Erfolge neuer Parteien kritisch beurteilen (Abb. 22).

Die **jüngsten Wahlerfolge der AfD** bei den vergangenen Landtagswahlen werden in der öffentlichen Debatte häufig als Protest gegenüber den anderen Parteien bewertet. Auch fast jeder zweite Wahlberechtigte in Bayern führt den Erfolg der AfD in erster Linie auf **Protestwahl** zurück, nicht einmal jeder Zehnte vor allem auf die **aufgegriffenen Themen**. Gleichzeitig führen aber auch 42 % der Befragten die Wahlerfolge der AfD sowohl auf Protestmotive als auch auf die Relevanz der aufgegriffenen Themen zurück. Damit wird deutlich, dass die AfD von der Hälfte der Wähler in Bayern nicht (mehr) als reine Protestpartei wahrgenommen wird (Tab. 5).

Auffällig ist, dass Befragte mit AfD-Parteiidentifikation häufiger Protest als Hauptursache der Wahlerfolge ausmachen als die Anhänger der anderen Parteien. Gleichzeitig sind

Bayern mit Parteineigung für die AfD aber auch vergleichsweise häufiger der Meinung, dass es eher die aufgegriffenen Themen sind, die den Erfolg der Partei ausmachen (Tab. 5).

Tabelle 5: Hauptursachen für Wahlerfolge der AfD (Frage 28)

Jüngste Wahlerfolge der AfD beruhen vor allem auf…	Gesamt	Parteineigung								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Protestwahl	**47**	48	**43**	**44**	49	**63**	**51**	**42**	46	**50**
Aufgegriffene Themen	**8**	8	6	8	9	**12**	**13**	**12**	7	7
Beides in etwa gleich wichtig	**42**	41	**47**	**46**	41	**20**	**36**	**45**	44	41
Index[1)]	**+39**	+40	+37	**+36**	+40	**+51**	+38	**+30**	+39	**+43**

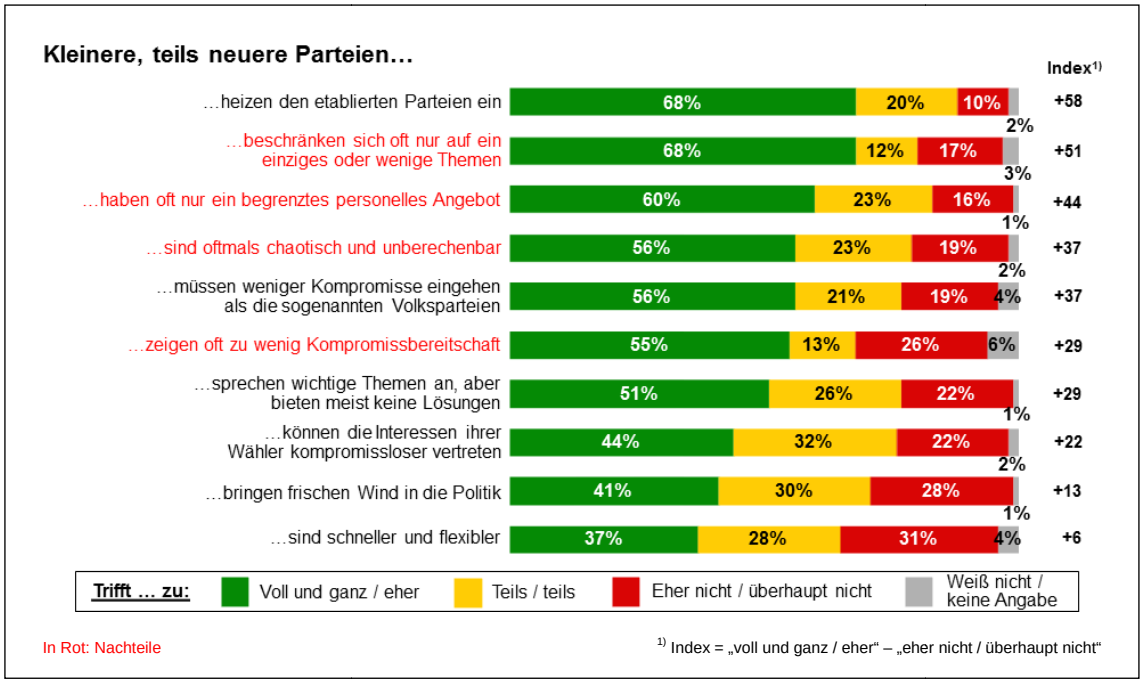
Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
[1)] Index = „Protestwahl" – „aufgegriffene Themen"

Analog zu den Volksparteien wurden im Rahmen der vorliegenden Studie darüber hinaus auch Einstellungen zu den **Vor- und Nachteilen kleinerer, teils neuer Parteien** erhoben. Auch hier ergibt sich insgesamt ein ambivalentes Bild, bei dem sowohl spezifische Vor- als auch Nachteile wahrgenommen werden (Abb. 23). Nur jeweils 3 % bis 4 % der Bayern stimmen ausschließlich Vor- bzw. Nachteilen zu.

Auf Seite der **Vorteile** pflichten zwei Drittel der Bayern der Aussage bei, dass die kleineren, teils neueren Parteien den „etablierten Parteien einheizen". Auch dass die kleineren Parteien weniger Kompromisse eingehen müssen als die sogenannten Volksparteien, sehen noch mehr als die Hälfte der Bayern als einen Vorteil an. Dass dies auch tatsächlich zu einer kompromissloseren Vertretung der Interessen ihrer Wähler führt, meinen noch 44 % der Bayern. Noch ungefähr jeweils 40 % sehen es zudem jeweils als Vorteil, dass die kleineren Parteien frischen Wind in die Politik bringen und schneller und flexibler sind. Zu den eindeutigen Zustimmungen kommt je nach Aussage noch jeweils ein Fünftel bis ein Drittel der Bayern, die dem jeweiligen Vorteil zumindest teilweise zustimmen (Abb. 23).

Auf der anderen Seite pflichten die Bayern den möglichen **Nachteilen** kleinerer, teils neuerer Parteien durchschnittlich sogar etwas häufiger bei. So stimmen knapp zwei Drittel der Aussage zu, dass kleinere Parteien sich oft nur auf ein einziges oder wenige Themen konzentrieren (Abb. 23). Angesichts der Tatsache, dass die Wahl einer solchen Partei für eine Mehrheit der Bayern nicht in Betracht kommt (vgl. Kapitel 2.4.4), ist dies eindeutig als Nachteil zu bewerten.

Abbildung 23: Vor- und Nachteile kleinerer und neuer Parteien (Frage 29)



Auch ein zu begrenztes personelles Angebot (60 %) und ein oftmals chaotisches und unberechenbares Verhalten (56 %) werden von einer Mehrheit der Bayern als Nachteil kleinerer Parteien gesehen. Dies gilt auch für eine zu geringe Kompromissbereitschaft (55 %; Abb. 23).

Nicht eindeutig den Vor- oder Nachteilen zugeordnet werden kann die Aussage, dass kleinere Parteien zwar wichtige Themen ansprechen, aber meistens keine Lösungen anbieten. Immerhin die Hälfte der Bayern stimmt dieser Aussage zu (Abb. 23).

Insgesamt haben kleinere Parteien aus der Sicht der Wähler in Bayern als Gegenmodell zu den Volksparteien ihre Existenzberechtigung und durchaus einen Platz im deutschen Parteiensystem gefunden. Sie sind weniger auf Kompromisse angewiesen und üben zumindest Druck auf die etablierten Parteien aus, wenn sie auch selbst nicht unbedingt zur Lösung der Probleme fähig sind.

Während sich z. B. im Hinblick auf Alter und Geschlecht wie schon bei den Vor- und Nachteilen der Volksparteien nur wenige Unterschiede ergeben, zeigen sich bei Differenzierung nach Parteiidentifikation deutlich größere Unterschiede als bei den Volksparteien (Tab. XI im Anhang). Die Zustimmung zu Vor- und Nachteilen kleinerer Parteien unterscheidet sich deutlich zwischen den Parteianhängerschaften, während bei den Volksparteien die Anhänger der kleineren Parteien sogar teils häufiger Vorteilen zustimmen als die Anhänger der Volksparteien (vgl. Kapitel 2.5.1).

Insbesondere Befragte mit Parteiidentifikation für die AfD stimmen allen Vorteilen deutlich häufiger zu als der Durchschnitt aller Bayern. Sie nehmen umgekehrt auch Nachteile deutlich seltener wahr. Mit einigen Abstrichen gilt dies bei den meisten Argumenten auch für Bayern mit Parteineigung für die Freien Wähler. Letztere glauben aber seltener daran, dass kleinere Parteien die Interessen ihrer Wähler kompromissloser vertreten können (Tab. XI im Anhang). Hierbei könnten die kommunalpolitischen Erfahrungen der Freien Wähler eine Rolle spielen, die in der Lokalpolitik schon deutlich länger in Entscheidungs- und Kompromissfindungsprozesse eingebunden sind.

Befragte mit Parteineigung für CSU, SPD oder Grüne stimmen hingegen allen Nachteilen kleinerer Parteien überdurchschnittlich häufig zu, während es bei FDP-Anhängern kein eindeutiges Bild gibt. Bayern ohne Parteineigung antworten meistens wie die Gesamtheit aller Bayern (Tab. XI im Anhang).

Trotz überwiegender Enttäuschung über die so genannten etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke werden Gründung und Wahlerfolge neuer Parteien eher kritisch gesehen. Auch wenn in der Fragestellung der Parteiname absichtlich nicht ausdrücklich genannt wurde, dürfte dies auch auf die oftmals polarisierenden Positionen der AfD zurückzuführen sein. Der Erfolg der AfD wird zur Hälfte eher auf Protest zurückgeführt und nur selten ausschließlich auf Themen. Gleichzeitig führen aber auch vier von zehn Bayern die Wahlerfolge der AfD sowohl auf Protestmotive als auch auf die Relevanz der aufgegriffenen Themen zurück. Damit wird deutlich, dass die AfD von der Hälfte der Wähler in Bayern nicht (mehr) als reine Protestpartei wahrgenommen wird. Diese Sichtweise begünstigt grundsätzlich eine dauerhafte Etablierung einer neuen Partei in den Parlamenten.

Ähnlich wie bei den Vor- und Nachteilen der Volksparteien ergibt sich auch bei der Bewertung der Vor- und Nachteile der kleineren Parteien ein ambivalentes Bild, bei dem sowohl Positiva als auch Negativa kleinerer Parteien wahrgenommen werden. Auffällig hierbei ist, dass im Gegensatz zur Bewertung der Volksparteien die Einschätzungen zu den Vor- und Nachteilen der kleineren Parteien stärker von der jeweiligen Parteiidentifikation abhängen. Für einen nicht unerheblichen Anteil der Wählerschaft haben sich die kleineren Parteien als eine Art Gegenmodell zu den Volksparteien einen Platz im deutschen Parteiensystem erkämpft. Sie sind weniger auf Kompromisse angewiesen und üben zumindest Druck auf die etablierten Parteien aus, wenn sie auch selbst nicht unbedingt zur Lösung der Probleme fähig und thematisch sowie personell weniger breit aufgestellt sind.

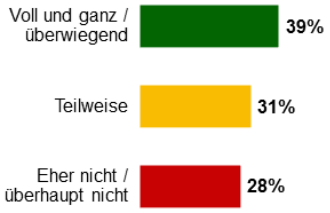
2.5.3 Auswirkungen Großer Koalitionen und veränderte Koalitionsformen

Seit 2005 wurde Deutschland die meiste Zeit von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD regiert. Bereits nach der letzten Bundestagswahl 2013 wurde in der Öffentlichkeit deshalb auch immer wieder über mögliche negative Folgen diskutiert, die sich durch das Fehlen einer starken Opposition ergeben können. Eine These war dabei, dass **Große Koalitionen** zumindest langfristig **zu mehr Politikverdrossenheit, politischem Extremismus und dem Erstarken von Protestparteien führen**. Die in den vorherigen Kapiteln ausgeführten Ergebnisse bestätigten zumindest indirekt diese Tendenzen (Zunahme von Politikverdrossenheit und Nichtwahl, Erstarken der AfD), ohne dass dabei die Große Koalition direkt als Ursache für diese Entwicklungen ausgemacht werden kann.

Eine relative Mehrheit der Bayern (39 %) attestiert dem Regierungsmodell einer großen Koalition aber zumindest eine Mitverantwortung für die angesprochenen negativen Tendenzen. Auf der anderen Seite meint gut ein Viertel der Befragten, dass Große Koalitionen Politikverdrossenheit, politischen Extremismus und Protestparteien nicht fördern (teilweise: 31 %; Abb. 24).

Abbildung 24: Negative Folgen einer großen Koalition (Frage 32)

Stimme zu: Große Koalitionen und Fehlen einer starken Opposition fördern Politikverdrossenheit und politischen Extremismus und begünstigen Protestparteien.



	Parteineigung								
	CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Voll und ganz / überwiegend	35	33	45	48	46	44	58	41	39
Teilweise	32	29	35	30	30	19	21	34	31
Eher nicht / überhaupt nicht	32	35	19	22	19	36	21	25	30

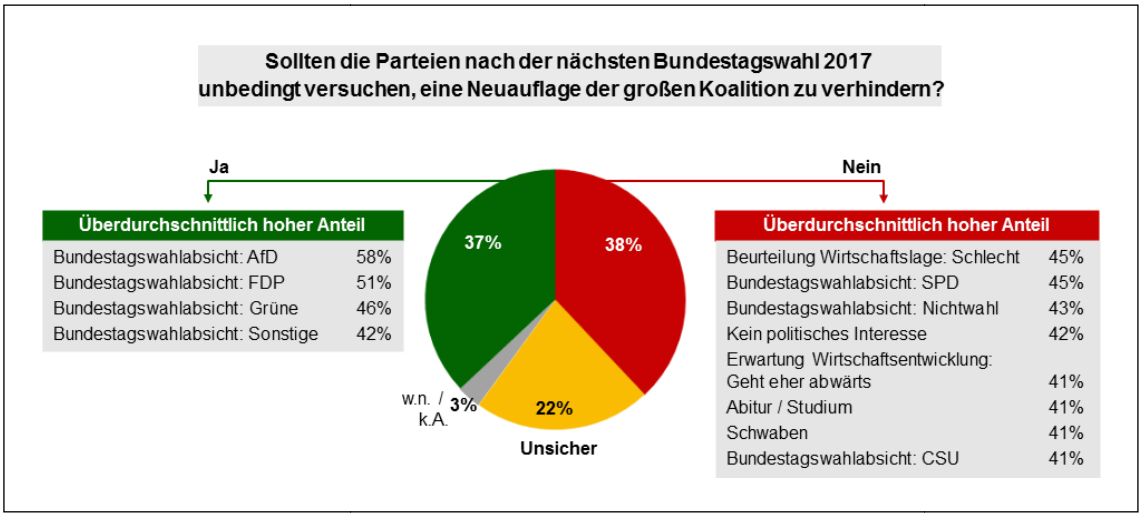
Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe

Die Wahrnehmungen werden stark durch die jeweilige Parteineigung bestimmt. Bayern mit Parteiidentifikation für CSU und SPD stimmen der These etwas seltener, Befragte mit anderen Parteineigungen jedoch häufiger zu (Abb. 24).

Diese Einstellungsmuster setzen sich auch bei der Frage fort, ob die **Parteien nach der Bundestagswahl 2017 unbedingt versuchen sollten, eine Neuauflage der Großen Koalition zu verhindern**. Je zu gleichen Teilen befürworten dies die Bayern bzw. lehnen es ab (unsicher: 22 %). Erwartungsgemäß wünschen Bayern mit Parteiidentifikation für eine

kleinere Partei (AfD, FDP, Grüne, Sonstige) im Sinne der von ihnen unterstützten Partei überdurchschnittlich oft keine Fortsetzung der Großen Koalition (Abb. 25).

Abbildung 25: Einstellungen zu einer Neuauflage der großen Koalition (Frage 33)



In Verbindung mit der Auffassung, dass eine Fortsetzung der Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2017 nicht wünschenswert ist, stellt sich die Frage nach den Alternativen. Eine Alleinregierung ist heute mit Ausnahme von Bayern und eventuell auch Hamburg so gut wie ausgeschlossen. Auf Bundesebene scheint derzeit mit Ausnahme einer Großen Koalition selbst eine Zwei-Parteien-Koalition nicht sicher erreichbar zu sein. Geht es nur nach Meinung der Bayern, ist eine Zweier-Koalition trotz dieser Rahmenbedingungen jedoch weiterhin die **bevorzugte Koalitionsform auf Bundesebene** (61 %). Nur jeweils etwa jeder Fünfte bevorzugt hingegen eine Koalition aus drei Parteien oder eine Alleinregierung (Tab. 6).

Bayern mit Parteiidentifikation für eine kleine Partei wünschen sich erwartungsgemäß vergleichsweise häufiger eine Drei-Parteien-Koalition, weil sie sich unter diesen Bedingungen vermutlich eher eine Regierungsbeteiligung „ihrer" Partei erhoffen. Umgekehrt präferieren Befragte mit Parteineigung zugunsten von CSU und SPD überdurchschnittlich häufig eine Alleinregierung, auch wenn diese auf Bundesebene wenig realistisch erscheint (Tab. 6).

Über die gewünschte Koalitionsform hinaus kann man auch unterschiedlicher Auffassung darüber sein, welches **Kräfteverhältnis in einer Koalition** optimal ist. Mehr als der Hälfte der Bayern ist es grundsätzlich lieber, wenn alle Koalitionspartner ungefähr gleich stark sind. Ein knappes Drittel hält es hingegen für besser, wenn es eine deutlich stärkere Partei in einer Koalition gibt (unentschieden: 10 %). Während Bayern mit CSU-Parteineigung beide Optionen ungefähr gleich häufig bevorzugen, gibt es bei den Anhängern aller anderen Parteien Mehrheiten für das Koalitionsmodell mit gleich starken Parteien (Tab. 6).

Tabelle 6: Bevorzugte Koalitionsformen (Fragen 30, 31)

Liebste Koalitionsform einer Bundesregierung	Gesamt	Parteineigung								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Zweier-Koalition	61	66	60	69	60	49	62	34	63	52
Koalition aus drei Parteien	20	7	10	26	38	47	36	54	27	30
Alleinregierung	17	26	28	5	2	–	2	9	8	15
Bevorzugtes Kräfteverhältnis von Koalitionsparteien										
Ist besser, wenn eine Partei deutlich stärker ist	30	44	35	17	7	3	13	5	24	28
Ist besser, wenn alle Parteien in etwa gleich stark sind	58	45	52	74	69	78	76	90	62	62
Unentschieden	10	9	12	7	19	17	7	5	14	10
Index[1)]	−28	−1	−17	−57	−62	−75	−63	−85	−38	−34

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
[1)] Index = „eine Partei deutlich stärker" – „alle Parteien in etwa gleich stark"

Dieses Ergebnis impliziert eine deutliche Abkehr von „klassischen" Zwei-Parteien-Koalitionen, die heute sogar im Fall von Großen Koalitionen meist einen stärkeren und einen schwächeren Partner haben. Durchaus erstaunlich ist, dass selbst die Hälfte der Befragten mit CSU-Parteineigung, die zumindest in Bayern Alleinregierungen gewöhnt sind, sich gleich starke Koalitionspartner wünschen. Offenbar überwiegt bei den meisten Bayern der Eindruck, dass in Koalitionen mit ungleichen Partnern das Kräfteverhältnis einer optimalen Politikgestaltung im Weg steht.

Insgesamt sind die Sichtweisen der Wähler, wie Deutschland am besten und effizientesten regiert werden sollte, aus verschiedenen Gründen sehr uneinheitlich und teils in sich widersprüchlich. Zum einen gibt es eine relative Mehrheit von Wählern in Bayern, die von Großen Koalitionen eindeutig negative Folgen im Hinblick auf Politikverdrossenheit, Extremismus und Protestwahl erwarten. Deshalb halten sich die Befragten-Anteile in etwa die Waage, die sich für bzw. gegen die Verhinderung einer weiteren großen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl aussprechen. Bei Kombination der Präferenzen für Anzahl und Größe der potenziellen Koalitionsparteien läuft es nach den nunmehr seit einigen Jahren vorherrschenden Kräfteverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland damit eigentlich wieder auf eine große Koalition hinaus, die viele Bayern jedoch wegen der negativen Auswirkungen auf Politikverdrossenheit, Extremismus sowie Apathie und Protest eigentlich gerne verhindern möchten.

2.6 Neue Wählertypen und -gruppen

Die bisher dargestellten Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, dass die früher übliche Einteilung der Wählerschaft in die drei Gruppen der Stamm-, Wechsel- und Nichtwähler der immer komplexer werdenden politischen Realität nicht nur in Deutschland immer weniger gerecht wird.

Der Anteil der regelmäßigen Wähler, für die die Teilnahme an politischen Wahlen Bürgerpflicht ist und die allein deshalb schon bei jeder Wahl ihre Stimme abgeben, ist schon seit längerem stark rückläufig. Dafür gibt es mehr Menschen, die ihre Wahlteilnahme von einem bestimmten, persönlich wichtigen Thema und der subjektiv empfundenen generellen Relevanz der jeweils anstehenden Wahl abhängig machen, während gleichzeitig ein ebenfalls steigender Anteil von Wahlberechtigten infolge von Politikverdrossenheit oder politischem Desinteresse so gut wie gar nicht mehr an Wahlen teilnimmt. Gleichzeitig gehen die Stammwähleranteile der einzelnen Parteien weiter zurück, wobei die Selbsteinstufung als Stammwähler heute auch keineswegs mehr mit der Teilnahme an nahezu jeder Wahl gleichgesetzt werden kann. Zwar ordnet sich zumindest in der Selbsteinschätzung auch in dieser Untersuchung immer noch gut die Hälfte der Wähler als Stammwähler ein. Die Analyse möglicher, teils aber bisher noch nicht realisierter Alternativen zur derzeitigen Wahlabsicht, hat aber gezeigt, dass dieses Stammwählerpotenzial in der Realität erheblich geringer ausfällt und vermutlich eher bei einem Viertel der Wähler liegen dürfte.

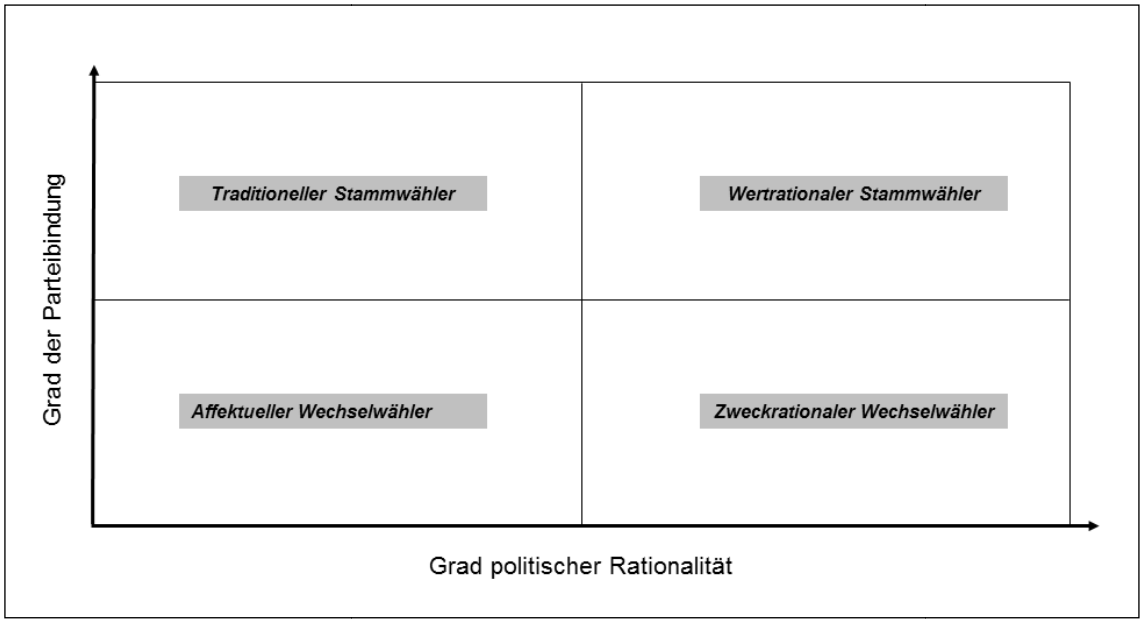
In der Politikwissenschaft hat es immer wieder Versuche gegeben, Typologien für das Wahlverhalten zu erarbeiten. Ein Beispiel hierfür ist der von Gerd Strohmeier verfolgte Ansatz, der sich an J. Dalton (1984) und die Kategorien von Max Weber für Bestimmungsgründe sozialen Handelns anlehnt.[1] In diesem Modell gibt es zwei Dimensionen: den Grad der Parteibindung, gemessen durch die (Selbst-)Einstufung als Stamm- oder Wechselwähler und den Rationalitätsgrad, der am politischen Interesse und der politischen Informiertheit festgemacht wird. Beide Dimensionen können unterschiedlich stark ausgeprägt sein (Abb. 26).

Solche Typologien geben die Realität selbstverständlich immer nur in einer reduzierten, idealtypischen Form wieder. Das oben beschriebene Modell konzentriert sich auch aus Gründen des damaligen Erkenntnisinteresses zudem nur auf die Wähler und berücksichtigt somit die wachsende Zahl an Nichtwählern überhaupt nicht.

---

[1] Strohmeier, Gerd: Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden, Baden-Baden 2002, S. 72 ff.

Abbildung 26: Wählertypologie nach Strohmeier



Im Folgenden wird deshalb der Versuch unternommen, den zweidimensionalen Ansatz von Strohmeier auf Basis der Erkenntnisse aus dieser Grundlagenuntersuchung um eine dritte Dimension, nämlich die Häufigkeit der Wahlteilnahme zu erweitern, um den veränderten Realitäten etwas besser gerecht zu werden.

Für die Bestimmung des **Grads der Parteibindung** soll dabei, trotz der an den gemessenen Anteilen geäußerten Zweifel, die Selbsteinschätzung der Befragten als Stamm- oder Wechselwähler herangezogen werden. Wie eingangs erwähnt, stimmt die Selbsteinstufung als Stammwähler heute nur noch teilweise mit der engen Begriffsdefinition überein, die im Prinzip aussagt, dass über einen längeren Zeitraum hinweg bei allen Wahlen immer die identische Partei gewählt wird.

Zur Einschätzung des politischen **Rationalitätsgrades** wird bei dieser Typologie eine Kombination aus den Ergebnissen zum politischen Interesse und der politischen Informiertheit genutzt. Dabei ist es durchaus möglich, dass hohes politisches Interesse mit einer subjektiv empfundenen geringen Informiertheit zusammenfällt, weil man trotz großen Interesses und intensiver Bemühungen die Zusammenhänge nicht mehr durchschaut. In diesem idealtypischen Modell wird deshalb davon ausgegangen, dass eine rationale Entscheidung auch dann nicht oder zumindest nur eingeschränkt möglich ist, wenn eine der beiden Voraussetzungen (politisches Interesse oder ausreichende Information über Politik) nicht erfüllt ist. Dabei ist zumindest für die Bildung der Kategorien auch unerheblich, aus welchen Gründen (geringes politisches Interesse oder Nichtverstehen der Komplexität) eine möglicherweise vorhandene unzureichende Informiertheit über Politik vorliegt.

Hinzu kommt als neue dritte Dimension die Selbsteinstufung der eigenen **Wahlhäufigkeit** (Teilnahme an fast allen Wahlen / nur bei wichtigen Wahlen / notorische Nichtwahl).

Aus der Kombination der drei soeben geschilderten Dimensionen lassen sich zunächst folgende sechs Wählertypen unterscheiden:

1. Wertrationale Stammwähler: Selbsteinstufung als Stammwähler, hohe(s) politisches Interesse und politische Informiertheit
2. Traditionelle Stammwähler: Selbsteinstufung als Stammwähler, eher niedriges politisches Interesse und politische Informiertheit
3. Zweckrationale Wechselwähler: Selbsteinstufung als Wechselwähler, hohe(s) politisches Interesse und politische Informiertheit
4. Affektuelle Wechselwähler: Selbsteinstufung als Wechselwähler, eher niedriges politisches Interesse und politische Informiertheit
5. Notorische Nichtwähler („wähle nie bzw. so gut wie nie")
6. Erst seit kurzem Wahlberechtigte / Personen, die noch nie an Wahlen teilgenommen haben (Entwicklung zu einem bestimmten Wählertypus noch unklar bzw. noch nicht endgültig erfolgt)

Bei den ersten vier Gruppen wird darüber hinaus als zusätzliche Dimension jeweils eine Unterteilung nach regelmäßigen und anlass- bzw. themenabhängigen Wählern vorgenommen. Befragte, welche die Antworten auf die Fragen zur Selbsteinstufung als Stamm- oder Wechselwähler, der Wahlbereitschaft oder zum politischen Interesse bzw. der politischen Informiertheit verweigert haben, wurden nicht mit in die Typologisierung einbezogen.

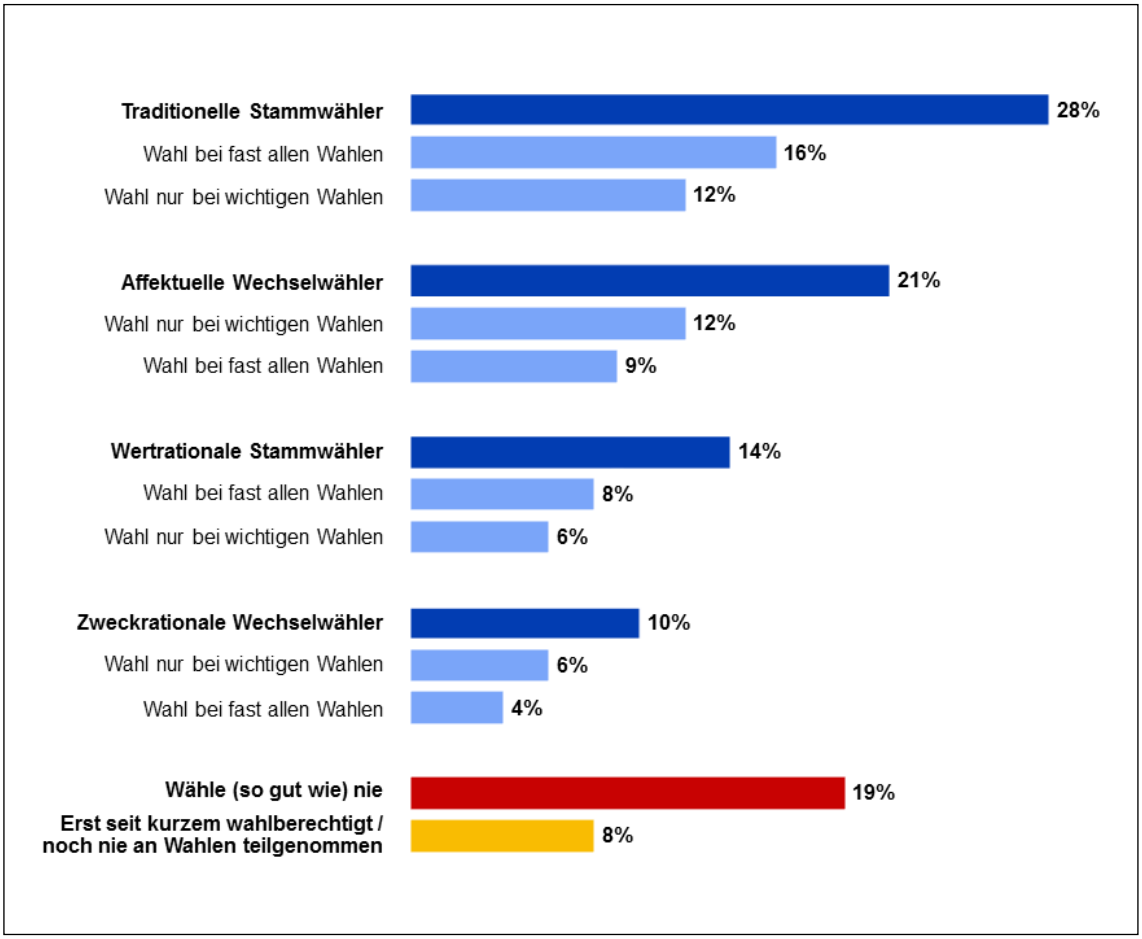
Hieraus können derzeit die in Abbildung 27 dargestellten Wählertypen abgeleitet werden.

Die größte Gruppe (28 %) der Wahlberechtigten in Bayern (inklusive der 16- und 17-Jährigen, die bald wahlberechtigt werden) machen demnach die **traditionellen Stammwähler** aus, die über ein eher niedriges politisches Interesse verfügen und politisch kaum informiert sind. Sie wählen immer dieselbe Partei, ohne diese Entscheidung wirklich zu reflektieren. Ein nicht unerheblicher Teil dieser traditionellen Stammwähler (gut 40 % der traditionellen Stammwähler, d. h. 12 % aller Befragten) nimmt allerdings überhaupt nur bei als wichtig empfundenen Wahlen teil (Abb. 27).

Von den traditionellen Stammwählern zu unterscheiden sind die **wertrationalen Stammwähler**, die laut eigener Angabe so gut wie immer die selbe Partei wählen und gleichzeitig über ein hohes politisches Interesse verfügen sowie gut informiert sind. Verändert die favorisierte Partei ihre politischen Positionen grundlegend und vertritt nicht länger die-

selben Werteorientierungen, ist der wertrationale Stammwähler jedoch auch bereit, sein Wahlverhalten zu ändern. Ungefähr jeder siebte Wahlberechtigte kann in Bayern dieser Gruppe zugerechnet werden. Auch innerhalb dieser Gruppe macht der Anteil der unregelmäßigen Wähler fast die Hälfte und 6 % aller Wahlberechtigten aus (Abb. 27).

Abbildung 27: Übersicht über Wählertypen



Addiert man die Werte der beiden Stammwählergruppen zusammen, ergibt sich ein Anteil von insgesamt 42 % aller Wahlberechtigen in Bayern. Zusammengenommen ungefähr ein Viertel der Wahlberechtigten (24 %) gibt dabei an, in der Regel nicht nur immer dieselbe Partei zu wählen, sondern auch fast bei allen Wahlen teilzunehmen. Ein knappes Fünftel der Wahlberechtigten (18 %) wählt zwar in der Regel immer dieselbe Partei, nimmt aber nur unregelmäßig an Wahlen teil. Gut zwei Fünftel der Stammwähler, die aufgrund ihrer Angaben am ehesten als „temporäre Stammwähler“ bezeichnet werden können, müssen demnach immer wieder von den Parteien zur Wahlteilnahme mobilisiert werden. Sie sind wegen ihrer unregelmäßigen Wahlteilnahme keine sicheren Stimmen, auf die sich die Parteien in jedem Fall verlassen können.

Nach den traditionellen Stammwählern stellt die Gruppe der **affektuellen Wechselwähler** mit einem Anteil von 21 % die zweitgrößte Gruppe dar. Sie haben ein eher geringes politisches Interesse und sind auch eher schlecht über die Politik in Deutschland informiert. Sie sind praktisch völlig ungebunden und neigen zur Wahl der Partei, die zu ihrer aktuellen Stimmungslage passt. Unter ihnen gibt es zudem eine Mehrheit, die nur an wichtigen Wahlen teilnimmt (Abb. 27).

Nur jeder zehnte Wahlberechtigte in Bayern kann hingegen den **zweckrationalen Wechselwählern** zugerechnet werden. Sie verfügen über ein hohes politisches Interesse und sind gut über Politik informiert, aber grundsätzlich nicht an eine Partei gebunden. Gleichwohl können sie eine gewisse Parteinähe aufweisen, wenn sie sich bei einer Partei bezüglich der Vertretung ihrer Interessen am besten aufgehoben fühlen. Ähnlich wie bei den affektuellen Wechselwählern entscheidet zudem auch die Mehrheit der zweckrationalen Wechselwähler je nach empfundener Relevanz über eine Wahlteilnahme (Abb. 27).

Bei Addition der beiden Wechselwählergruppen ergibt sich demnach ein Anteil von 31 %. Im Gegensatz zu den Stammwählern nimmt eine Mehrheit der Wechselwähler jedoch eher nur an „wichtigen Wahlen“ teil.

Bei ungefähr einem weiteren Fünftel der Wahlberechtigten handelt es sich um **notorische Nichtwähler**, die nie oder fast nie an Wahlen teilnehmen. Bei den 8 %, die bisher noch an gar keiner politischen Wahl teilgenommen haben, handelt es sich hingegen fast ausschließlich um junge Befragte zwischen 16 und 24 Jahren (Abb. 27).

Auffällig ist zudem, dass es insgesamt doppelt so viele Wähler gibt, die aufgrund fehlenden politischen Interesses oder unzureichender Informiertheit über Politik ihre Wahlentscheidung eher affektiv treffen (49 %) als der Gesamtanteil rationaler Wähler mit 24 % (Abb. 27).

Betrachtet man die beschriebenen Gruppen **differenziert nach Parteineigung**, lassen sich eindeutige Unterschiede erkennen. Bei Befragten mit einer Parteineigung für die Volksparteien SPD und CSU liegt der Anteil der traditionellen Stammwähler mit 43 % bzw. 41 % weit über dem Durchschnitt aller Bayern (28 %). Zudem handelt es sich bei ihnen weitaus häufiger um regelmäßige Wähler. Auch die Anteile der wertrationalen Stammwähler sind bei Bayern mit CSU- und SPD-Parteineigung überdurchschnittlich hoch. Beide Gruppen zusammen machen jeweils knapp zwei Drittel der Befragten mit einer Parteineigung für die Volksparteien CSU und SPD aus. Ähnliche Ergebnisse, in etwas abgeschwächter Form, sind aber auch bei Befragten mit Parteineigung zu Gunsten der Grünen erkennbar (Tab. XII im Anhang).

Bayern mit Parteiidentifikation zu Gunsten der Freien Wähler und der AfD unterscheiden sich im Vergleich zu der Anhängerschaft der Volksparteien deutlich in ihrer Zusammensetzung. Insbesondere die Anteile wertrationaler Stammwähler fallen unterdurchschnittlich aus, vor allem bei den Personen mit regelmäßiger Wahlteilnahme. Der Anteil affektueller Wechselwähler bildet demgegenüber bei Bayern mit AfD-Parteineigung sogar die größte Gruppe und fällt auch bei Anhängern der Freien Wähler überdurchschnittlich groß aus. Andererseits bezeichnet sich immerhin auch jeder Dritte mit AfD-Parteineigung schon als Stammwähler, obwohl es die Partei noch nicht allzu lange gibt (Tab. XII im Anhang).

Bayern mit FDP-Parteineigung treffen ihre Wahlentscheidung hingegen grundsätzlich häufiger aus rationalen Abwägungen. Die Anteile der Stamm- und Wechselwähler insgesamt liegen dagegen etwa im Durchschnitt aller Bayern (Tab. XII im Anhang).

Insgesamt profitieren somit ungeachtet der geschilderten Erosion von Stammwählerpotenzialen immer noch vor allem die Volksparteien in erheblichem Ausmaß von ihren überdurchschnittlich großen Stammwählerpotenzialen. Hierbei muss man sich aber in Erinnerung rufen, dass sich nur ungefähr jeder zehnte Stammwähler zu der von ihm bevorzugten Partei grundsätzlich keine Wahlalternativen vorstellen kann (vgl. Kapitel 2.4.3). Der im Vergleich zu anderen Parteien höhere Anteil wertrationaler Stammwähler bei den beiden Volksparteien stellt zudem keine absolut verlässliche Basis dar, da diese Wähler schneller bereit sind, zu einer anderen Partei zu wechseln, wenn sie ihre Grundüberzeugungen nicht mehr durch „ihre“ Partei vertreten sehen. Dennoch ist diese „Grundlage“ traditioneller und wertrationaler Stammwähler bei den beiden Volksparteien stabiler als die vergleichsweise wesentlich häufiger auf Wechselwähler angewiesenen Parteien wie z. B. AfD, FDP und Freie Wähler.

Bei Betrachtung der Ergebnisse nach **Alter und Geschlecht** lassen sich insgesamt kaum Unterschiede feststellen. Rechnet man die Befragten heraus, die bisher noch an keiner Wahl teilgenommen haben, zeigt sich auch in der Altersgruppe der jungen Bayern zwischen 16 und 34 Jahren ein ähnliches Bild wie beim Durchschnitt aller Bayern. Lediglich der Anteil der traditionellen Stammwähler fällt bei den Jüngeren etwas niedriger aus.

Neben der Entwicklung einer Wählertypologie nach den soeben vorgestellten Kriterien kommt alternativ aber auch eine Typologie unter Einbeziehung psychografischer Einstellungsmerkmale in Betracht. Wie die Untersuchungsergebnisse bereits gezeigt haben, spielen aufgrund der vielfach vorhandenen Enttäuschung über die etablierten Parteien nicht zuletzt auch **Apathie und Protest** in Verbindung mit der Wahlteilnahme und -entscheidung eine große Rolle.

Mit der Kombination der beiden Fragen nach Zufriedenheit und Enttäuschung über die bestehenden Parteien einerseits sowie dem Begrüßen einer Gründung von neuen Parteien andererseits lassen sich drei Verhaltensweisen voneinander unterscheiden:

1. Apathisches Verhalten: Von den etablierten Parteien zumindest teilweise enttäuscht, aber kein Begrüßen der Gründung neuer Parteien
2. Protest: Von den etablierten Parteien zumindest teilweise enttäuscht und zumindest teilweises Begrüßen von neuen Parteien
3. Zufriedenheit: Von etablierten Parteien nicht enttäuscht

Gut vier von zehn Bayern tendieren bei der synoptischen Analyse dieser beiden Aspekte eher zur Apathie. Sie sind zwar zumindest teilweise von den etablierten Parteien enttäuscht, lehnen Gründung und Erfolge von neuen Parteien aber ab. Mehr als ein Drittel neigt hingegen eher zum Protest und begrüßt infolge von Enttäuschung über die etablierten Parteien zumindest teilweise die Erfolge neuer politischer Parteien. Die kleinste Gruppe der von den etablierten Parteien nicht Enttäuschten, die wegen überwiegender Zufriedenheit mit den etablierten Parteien weder für Apathie noch für Protest anfällig sein dürfte, macht gerade einmal ein knappes Achtel der Wahlberechtigten aus (Tab. 7).

Bei differenzierter Betrachtung nach Parteineigung zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede. Die Bayern mit Parteineigung für die Grünen, die SPD, CSU und FDP sind entweder eher apathisch und begrüßen somit keine Neugründungen von Parteien oder sie bezeichnen sich als zufrieden mit den etablierten Parteien. Alle anderen Teilgruppen tendieren hingegen eher zum Protest. Insbesondere trifft dies auf sämtliche Bayern mit AfD-Parteineigung zu, aber mehrheitlich auch auf Bayern mit Parteineigung für die Freien Wähler und die sonstigen Parteien sowie auf Befragte ohne Parteiidentifikation (Tab. 7).

Tabelle 7: Reaktion auf Unzufriedenheit mit den Parteien (Fragen 26, 27)

Umgang mit Enttäuschung über politische Parteien	Gesamt	Parteineigung								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Apathie	**44**	49	54	61	33	–	49	23	36	38
Enttäuschung über etablierte Parteien, aber kein Begrüßen neuer Parteien	**26**	26	31	38	19	–	29	21	24	26
Teilweise Enttäuschung über etablierte Parteien, aber kein Begrüßen neuer Parteien	**18**	23	23	23	14	–	20	2	12	12
Protest	**38**	29	25	20	56	100	32	72	52	45
Enttäuschung über etablierte Parteien + mindestens teilweise Begrüßen neuer Parteien	**26**	18	11	12	41	89	22	52	36	33
Teilweise Enttäuschung über etablierte Parteien + mindestens teilweise Begrüßen neuer Parteien	**12**	11	14	8	15	11	10	20	16	12
Mit etablierten Parteien zufrieden	**13**	17	15	14	6	–	10	1	8	10
Nicht eindeutig zuzuordnen	**5**	5	6	5	5	–	9	4	4	7

Auffällig ist aber auch, dass immerhin ein Fünftel (Grüne) bis ein Drittel (FDP) der Bayern mit Parteineigung für eine der etablierten Parteien enttäuscht ist und Erfolge neuer Parteien zumindest teilweise begrüßt (Tab. 7).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass traditionelle Stammwähler, die ohne vorherige Reflektion ihrer Entscheidung immer dieselbe Partei wählen, immer noch gut ein Viertel der Wahlberechtigten ausmachen. Hinzu kommen die politisch interessierten und informierten wertrationalen Stammwähler, die aber durchaus auch ihr Wahlverhalten ändern, wenn die von ihnen bisher favorisierte Partei nicht länger ihre Grundüberzeugungen vertritt. Beiden Gruppen zusammen können vier von zehn der wahlberechtigten Bayern zugerechnet werden, wobei allerdings beinahe die Hälfte der Stammwähler als so genannte temporäre Stammwähler nur bei als wichtig empfundenen Wahlen teilnimmt, also nicht mehr der klassischen Vorstellung vom Stammwähler entspricht, der auch an jeder Wahl teilnimmt.

Auf der Seite der Wechselwähler, die nach Selbstauskunft insgesamt angeblich nur ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern umfasst, machen die politisch ungebundenen, stimmungsabhängig wählenden affektuellen Wähler den deutlich größeren Teil aus. Die politisch interessierten, immer wieder neu abwägenden zweckrationalen Wechselwähler sind hingegen die kleinste Gruppe. Noch häufiger als die Stammwähler neigen die Wechselwähler zudem dazu, nur an als wichtig eingeschätzten Wahlen teilzunehmen.

Unabhängig von ihrem Status als Stamm- oder Wechselwähler tendieren die meisten Bayern dazu, ihre Wahlentscheidung eher affektiv zu treffen, wenn man hierfür das fehlende politische Interesse und unzureichende Informiertheit über Politik als Indikatoren nimmt.

Bei den Volksparteien lassen sich insgesamt spürbar höhere Stammwähleranteile sowohl der traditionellen als auch der wertrationalen Teilgruppe bei gleichzeitig häufigerer Wahlteilnahme beobachten, ähnliches gilt auch für die Grünen. Die AfD und die Freien Wähler sind hingegen häufiger auf Wechselwähler, darunter vor allem affektuelle Wechselwähler, angewiesen. In diesem Zusammenhang muss allerdings beachtet werden, dass nur etwa jeder zehnte Stammwähler sich zu der von ihm bevorzugten Partei gar keine Wahlalternativen vorstellen kann, so dass dieses Potenzial nicht absolut verlässlich und dauerhaft sicher ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass wertrationale Stammwähler eine andere Partei wählen, wenn ihre Grundüberzeugungen nicht länger von „ihrer“ Partei vertreten werden.

Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern drückt seine Enttäuschung über die etablierten Parteien dadurch aus, dass es die Gründung und den Erfolg neuer Parteien zumindest teilweise begrüßt. Dabei handelt es sich vor allem um Anhänger der AfD,

sonstiger Parteien und der Freien Wähler, aber auch zu nicht geringen Anteilen (ein Fünftel bis ein Drittel) um Befragte mit einer Parteineigung für etablierte Parteien wie CSU, SPD, Grüne und FDP. Dies bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass diese Befragten in Zukunft vielleicht aus Protest eine andere Partei wählen werden. Sie sehen darin aber zumindest eine Option und erhoffen sich zumindest selbst bei einer Nichtwahl neuer Parteien, dass die etablierten Parteien durch die Erfolge neuer Parteien unter Druck gesetzt werden und Anpassungen ihrer Politik vornehmen.

3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Sicht der Gegenwart und allgemeine Zukunftserwartungen

Sowohl die generellen Bewertungen der gegenwärtigen Lage in Deutschland als auch die allgemeinen Zukunftserwartungen fallen mehrheitlich recht kritisch aus. Auch im Vergleich zum Jahr 2005 mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und erheblichen wirtschaftlichen Problemen ist die heutige Grundstimmung sowohl im Hinblick auf die Sicht der Gegenwart als auch bezüglich der Zukunftsperspektiven deutlich schlechter.

Wirtschaftliche Einstellungen und Erwartungen

Die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland wird hingegen im Vergleich zu früheren Studien durch die Bayern überaus positiv beurteilt. So wird momentan auch eher selten eine Verschlechterung der ohnehin schon ausgesprochen gut beurteilten wirtschaftlichen Situation erwartet. Diese Sichtweise strahlt auch auf die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage aus, die seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000 noch nie so positiv eingeordnet wurde. Fast alle Bayern erwarten zudem, dass sich die eigene, meist gute Situation im nächsten Jahr zumindest nicht verschlechtern wird. Die Ergebnisse zur Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage bestätigen eindrucksvoll, dass die erkennbar gewordenen erheblichen Sorgen und Zukunftsängste der Bayern eindeutig andere als ökonomische Ursachen haben.

Bundespolitische Aufgaben und Probleme

Derzeit dominieren die Flüchtlingskrise, aber auch der Bereich Innere Sicherheit eindeutig die politische Agenda. Das viele Jahre lang wichtigste Thema „Arbeitslosigkeit“ besitzt hingegen nicht zuletzt aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht mehr den früheren, herausragenden Stellenwert, bleibt aber dennoch nach den Themenbereichen Wirtschaft / Steuern / Finanzen und der Sozialpolitik ein relativ wichtiges Einzelthema. Im Hinblick auf die Lösungskompetenzen der Parteien bei den verschiedenen bundespolitischen Sachthemen liegt die CDU/CSU bei den Wahlberechtigten in Bayern fast immer relativ deutlich vor der politischen Konkurrenz. Der AfD werden bei den Themen Zuwanderung und Islam zwar spürbar geringere Kompetenzen zugeschrieben als der Union, allerdings erreicht die Partei mit Werten über 20 % bei diesen beiden Themen bemerkenswerte Ergebnisse, die deutlich über den von der AfD bei Wahlen erzielbaren Stimmanteilen liegen.

Zudem bestätigen die Ergebnisse zu den wichtigsten bundespolitischen Aufgaben, dass die beiden besonders emotionsbesetzten Themenkomplexe Innere Sicherheit / Terror und Flüchtlinge / Zuwanderung die allgemeine Grundstimmung trotz der positiven ökonomischen Lage in erheblichem Umfang belasten. Die teilweise beachtlichen Anteile von Befragten, die keiner Partei die Lösung des jeweils angesprochenen Sachthemas zutrauen, sind ein deutlicher Hinweis auf die Wahrnehmung von Kompetenzdefiziten aller politischen Parteien. Die weit über den derzeit von der AfD erzielbaren Stimmanteilen liegenden Kompetenzquoten beim Themenbereich Ausländer / Asylbewerber / Zuwanderung / Flüchtlinge und Islam(-ismus-Probleme) sind hingegen ein Hinweis darauf, dass ein beträchtlicher Teil der Wähler dieser Partei seine Entscheidung nicht nur aus Protestmotiven zu treffen scheint.

Politisches Interesse und Informiertheit über Politik

Die hohe Politisierung infolge zahlreicher, oft gleichzeitig stattfindender Krisen und der Kontroversen in der Flüchtlingspolitik, zum Brexit oder zuletzt auch in Verbindung mit der Wahl Trumps zum Präsidenten der USA führt mittlerweile offenbar auch bei der Selbsteinstufung des politischen Interesses zu Veränderungen. Die mit größerem politischem Interesse verfolgten, oftmals krisenhaften Entwicklungen innerhalb Deutschlands, Europas und der ganzen Welt führen allerdings nicht mehr automatisch dazu, dass das höhere politische Interesse in das individuell gewünschte Niveau politischer Informiertheit umgesetzt werden kann. Dabei kann sowohl die Zunahme der Anzahl gleichzeitig stattfindender Krisen als auch die Unübersichtlichkeit und Gegensätzlichkeit der Informationsquellen im Rahmen fortschreitender Digitalisierung eine Rolle spielen. Dieses Ergebnis unterstreicht sehr deutlich die Bedeutung politischer Bildungsarbeit gerade auch in Zeiten nie zuvor dagewesener Informationsmöglichkeiten.

Demokratiezufriedenheit

Die Begründungen für die eigene Zufriedenheit mit der Demokratie werden weiterhin in erheblichem Maße mit generellen Errungenschaften wie freier Meinungsäußerung, freien Wahlen, sozialer Absicherung und einem insgesamt doch recht guten und zudem kostenlosen Bildungswesen verknüpft. Bei dem dennoch spürbar größer gewordenem Anteil kritischer Grundhaltungen zur Demokratie in Deutschland spielen neben der grundsätzlichen Parteien- und Politikerkritik mit der Inneren Sicherheit und der Flüchtlingsproblematik vor allem jene beiden politischen Sachthemen eine Rolle, bei denen derzeit die größten Probleme gesehen und bei denen von der Politik vorrangig Lösungen gefordert werden. Die zunehmende Bedeutung des „Folgethemas“ Innere Sicherheit in Verbindung mit dem Themenkomplex Flüchtlinge und Zuzug von Ausländern hatte sich bei der letzten

Untersuchung Anfang 2016 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise bereits abgezeichnet und wurde durch die terroristischen Anschläge im Jahresverlauf 2016, die zudem teils Bayern direkt betrafen, noch weiter verstärkt. Diese Aspekte führen derzeit zu einer starken Überlagerung der prinzipiell weiterhin anerkannten, generellen Vorzüge des politischen Systems, die deshalb aber nicht mehr so deutlich wahrgenommen und seltener angesprochen werden wie früher.

Art und Umfang grundsätzlicher Parteibindungen

Immerhin gut zwei Drittel der Bayern neigen immer noch grundsätzlich einer politischen Partei zu. Die Tendenz zu einer grundsätzlichen Parteiidentifikation ist allerdings seit 2010 rückläufig. Zwar gibt es erwartungsgemäß deutliche Übereinstimmungen zwischen Parteineigung und derzeitiger Wahlabsicht, dessen ungeachtet aber eben auch eine erhebliche Anzahl von Wählern, die sich nicht entsprechend ihrer Parteineigung entscheiden. Dies ist im Übrigen bei der Bundestagswahlabsicht häufiger der Fall als bei der Landtagswahlabsicht. Das Bestehen einer bereits seit vielen Jahren insgesamt eher rückläufigen grundsätzlichen Parteiidentifikation bedeutet somit primär, dass für die grundsätzlich bevorzugte Partei zwar eine stark erhöhte Wahlwahrscheinlichkeit besteht, die jedoch nicht mit einer Garantie für die Wahl dieser Partei gleichgesetzt werden darf.

Wahlteilnahme und Nichtwahl

Der Trend, dass die langfristig sinkende Wahlbeteiligung immer häufiger an aktuellen politischen Vorgängen festgemacht und zunehmend seltener als normale Entwicklung angesehen wird, setzt sich fort. Offenbar haben die verschiedenen politischen Ereignisse und Krisen im Jahresverlauf 2016 dieser Ansicht noch weiter Auftrieb gegeben. Diese Entwicklung bereitet in Verbindung mit der gleichzeitig abnehmenden Demokratiezufriedenheit durchaus Anlass zur Sorge.

Hinzu kommt, dass auch der Anteil der notorischen Nichtwähler ansteigt, die angeben, nie oder so gut wie nie zur Wahl zu gehen. Während die Gruppe der anlass- bzw. themenbezogenen Wähler gleich bleibt, sinkt gleichzeitig der Anteil der Bayern, die nach eigener Auskunft fast immer zur Wahl gehen. Ob es sich bei dem kurzfristigen erheblichen Anstieg der Nichtwählerquote seit dem Frühjahr um eine längerfristige Entwicklung oder nur um eine temporäre Erscheinung aus aktueller Unzufriedenheit heraus handelt, kann aufgrund der vorliegenden Ergebnisse noch nicht endgültig entschieden werden.

Stamm- und Wechselwahl

Die Bereitschaft, sich selbst als Wechselwähler einzustufen, ist spürbar angestiegen, obwohl bei der Selbsteinstufung der Anteil derjenigen Befragten, die sich als Stammwähler bezeichnen, immer noch stark überhöht ist und sich fernab von der Realität bewegt. Aufgrund des zuvor langen Zeitraumes von 2005 bis Anfang 2016, in dem sich bei dieser Frage kaum Veränderungen ergeben haben, kann der nunmehr erstmals erkennbare Trend zu einer häufigeren Selbsteinstufung als Wechselwähler als Indiz dafür gewertet werden, dass die Bereitschaft der Wähler bei kommenden Wahlen größer sein dürfte, Wechselwahl zu praktizieren, wobei je nach Rahmenbedingungen eine der Alternativen aus dem „Relevant Set" der grundsätzlich für eine Wahl in Betracht kommenden Parteien bevorzugt wird.

Diese Entwicklung hängt natürlich auch mit der in den letzten Jahren erfolgten stärkeren Segmentierung des Parteiensystems und der daraus resultierenden, gestiegenen politischen Konkurrenzsituation zusammen, in der alle Parteien einem stärkeren politischen Wettbewerb ausgesetzt sind. Dies betrifft insbesondere auch die SPD, die in Bayern zwar schon immer einen schweren Stand hatte, mittlerweile aber zumindest hinsichtlich der Größe und Breite des Wählerpotentials kaum mehr dem Anspruch einer Volkspartei gerecht wird.

Zwischen allen Parteien lassen sich zudem mehr oder weniger große Überschneidungen ihrer Wählerpotenziale feststellen. Dies unterstreicht, wie groß mittlerweile zumindest die theoretische Spannbreite der möglichen Wahlentscheidungen für die meisten Wähler in Bayern geworden ist. Dies wird auch bei der Analyse der derzeitigen Bundestagswahlabsicht unter gleichzeitiger Einbeziehung der weitesten Wählerkreise deutlich. Durchschnittlich zeigt sich hierbei, dass neben der aktuellen Wahlabsicht die Wahl von etwa zwei weiteren Parteien zumindest unter Umständen in Betracht kommt. Nur für gut jeden Zehnten kommt überhaupt keine Wahlalternative zu der derzeit gewählten Partei in Frage. Der Anteil von „echten" Stammwählern ist dementsprechend mittlerweile äußerst gering. Nimmt man die Befunde aus der Analyse von Bundestagswahlabsicht und weitesten Wählerkreisen zum Maßstab, so wären nur noch ca. ein Zehntel der Wähler der „klassischen" Kategorie der Stammwähler zuzurechnen. Da jedoch nicht alle theoretisch denkbaren und individuell akzeptierten Wahlalternativen in die Tat umgesetzt werden, dürfte der tatsächliche Stammwähleranteil zwar deutlich über einem Zehntel aller Wahlberechtigten, aber auch ganz erheblich unter den bei den Selbsteinstufungen gemessenen Anteilen von mehr als der Hälfte der Bayern liegen.

Ursachen und Motive für Parteipräferenzen, Wahlteilnahme und -verhalten

Auch bei den Gründen für oder gegen eine Wahlteilnahme lassen sich Veränderungen feststellen. Zwar wird das Wählen weiterhin zumeist mit der Notwendigkeit zur Partizipation und einem persönlichen Beitrag zur Demokratie begründet. Allerdings wird gleichzeitig „Protest“ zu einem deutlich häufiger vorgebrachten Motiv, sich an Wahlen zu beteiligen. Zudem nennen die Bayern, die „nur bei wichtigen Wahlen“ wählen gehen, neuerdings deutlich häufiger Gründe, die eher gegen eine Wahlteilnahme sprechen. Bei den Begründungen der „notorischen Nichtwähler“ kommen neben dem nach wie vor häufig vorzufindenden Parteien- und Politikerverdruss häufiger auch Anzeichen politischer Apathie zur Geltung.

Grundsätzlich sind die generellen Motive für eine Parteiidentifikation unabhängig von der jeweils bevorzugten Partei ähnlich. An erster Stelle stehen bei allen Parteien die politischen Inhalte. Allerdings gibt es in den Abstufungen und den weiteren Motiven durchaus Unterschiede. Während bei den Volksparteien CSU und SPD beispielsweise auch „Tradition“ bzw. „Gewohnheit“ eine größere Rolle spielen, können die „kleineren“ Parteien ihre Anhänger eher durch bestimmte politische Themen für sich gewinnen. Bei Befragten ohne Parteineigung wird an den vorgetragenen Begründungen deutlich, dass diese zu einem guten Teil mit der Gruppe der Nichtwähler übereinstimmen. Die wenigsten Nichtwähler entscheiden sich bewusst dazu, keiner Partei zuzuneigen, sondern führen dies auf Unzufriedenheit mit der Politik, fehlendes politisches Interesse oder eine unzureichende Vertretung der eigenen Interessen durch die Politik zurück.

Die Bedeutung des Kanzlerkandidaten bzw. der Kanzlerkandidatin für die Wahlentscheidung wird sowohl im Vergleich mit dem gesamten personellen Angebot einer Partei als auch in Konkurrenz zu Sachthemen relativiert. Wichtiger sind zumindest in der Selbstreflexion des Wahlverhaltens der Wähler in Bayern die politischen Inhalte. Dabei ist es den meisten Wählern durchaus wichtig, dass eine Partei nicht zu eindimensional aufgestellt ist und nicht nur ein oder zwei Themen behandelt. Dies trifft grundsätzlich auch auf die Anhänger der kleineren Parteien zu. Kompromissloses Durchsetzen der eigenen Positionen erwartet ebenfalls noch ein relativ hoher Anteil von fast vier Zehnteln der Wähler. Zudem werden zusätzliche Herausforderungen für die Volksparteien erkennbar, weil ein gutes Drittel der Wähler dieser Parteien dazu tendiert, bei fehlender Übereinstimmung bei einem wichtigen Thema trotz Übereinstimmung bei allen anderen Themen mit Nichtwahl zu reagieren. Nichtwahl wird darüber hinaus auch als Form des Protestes und als Fernbleiben von der Wahlurne praktiziert, wenn es nicht um Themen geht, die einen selbst betreffen. Diese beiden Varianten sind erwartungsgemäß vor allem Motive für derzeitige Nichtwähler und Unentschlossene.

Heutige Bedeutung und Eigenschaften von Volksparteien

Im Hinblick auf die Volksparteien ergibt sich ein ambivalentes Bild, bei dem sowohl spezifische Stärken wie Größe, Durchsetzungsvermögen, Gestaltungsmacht und das breitere thematische und personelle Angebot verbunden mit einem Interessenausgleich, als auch Defizite wie Schwerfälligkeit, Inflexibilität und das Eingehen fauler Kompromisse wahrgenommen werden. Fast alle Befragten, die Nachteile wahrnehmen, sehen gleichzeitig auch Vorteile der Volksparteien (und umgekehrt). Noch nicht einmal jeder zehnte Wähler in Bayern stimmt ausschließlich Nachteilen von Volksparteien zu. Allerdings ist die Gruppe derjenigen, die nur Vorteile bei Volksparteien wahrnimmt, nochmals kleiner. Insgesamt werden die Volksparteien im Prinzip von den Anhängerschaften aller Parteien relativ ausgewogen im Hinblick auf ihre Vor- und Nachteile beschrieben. Von einem Überwiegen der Kritik oder gar der Dominanz der Auffassung, dass Volksparteien nicht mehr zeitgemäß und eher als Auslaufmodell anzusehen sind, kann nicht die Rede sein.

Das Aufkommen neuer politischer Parteien

Trotz überwiegender Enttäuschung über die so genannten etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke werden Gründung und Wahlerfolge neuer Parteien eher kritisch gesehen. Auch wenn in der Fragestellung der Parteiname absichtlich nicht ausdrücklich genannt wurde, dürfte dies auch auf die oftmals polarisierenden Positionen der AfD zurückzuführen sein. Der Erfolg der AfD wird zur Hälfte eher auf Protest zurückgeführt und nur selten ausschließlich auf Themen. Gleichzeitig führen aber auch vier von zehn Bayern die Wahlerfolge der AfD sowohl auf Protestmotive als auch auf die Relevanz der aufgegriffenen Themen zurück. Damit wird deutlich, dass die AfD von der Hälfte der Wähler in Bayern nicht (mehr) als reine Protestpartei wahrgenommen wird. Diese Sichtweise begünstigt grundsätzlich eine dauerhafte Etablierung einer neuen Partei in den Parlamenten.

Ähnlich wie bei den Vor- und Nachteilen der Volksparteien ergibt sich auch bei der Bewertung der Vor- und Nachteile der kleineren Parteien ein ambivalentes Bild, bei dem sowohl Positiva als auch Negativa kleinerer Parteien wahrgenommen werden. Auffällig hierbei ist, dass im Gegensatz zur Bewertung der Volksparteien die Einschätzungen zu den Vor- und Nachteilen der kleineren Parteien stärker von der jeweiligen Parteiidentifikation abhängen. Für einen nicht unerheblichen Anteil der Wählerschaft haben sich die kleineren Parteien als eine Art Gegenmodell zu den Volksparteien einen Platz im deutschen Parteiensystem erkämpft. Sie sind weniger auf Kompromisse angewiesen und üben zumindest Druck auf die etablierten Parteien aus, wenn sie auch selbst nicht unbedingt zur Lösung der Probleme fähig und thematisch sowie personell weniger breit aufgestellt sind.

Auswirkungen Großer Koalitionen und veränderte Koalitionsformen

Die Sichtweisen der Wähler, wie Deutschland am besten und effizientesten regiert werden sollte, sind aus verschiedenen Gründen sehr uneinheitlich und teils in sich widersprüchlich. Zum einen gibt es eine relative Mehrheit von Wählern in Bayern, die von Großen Koalitionen eindeutig negative Folgen im Hinblick auf Politikverdrossenheit, Extremismus und Protestwahl erwarten. Deshalb halten sich die Befragten-Anteile in etwa die Waage, die sich für bzw. gegen die Verhinderung einer weiteren großen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl aussprechen. Bei Kombination der Präferenzen für Anzahl und Größe der potenziellen Koalitionsparteien läuft es nach den nunmehr seit einigen Jahren vorherrschenden Kräfteverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland damit eigentlich wieder auf eine große Koalition hinaus, die viele Bayern jedoch wegen der negativen Auswirkungen auf Politikverdrossenheit, Extremismus, sowie Apathie und Protest eigentlich gerne verhindern möchten.

Neue Wählertypen und -gruppen

Traditionelle Stammwähler, die ohne vorherige Reflektion ihrer Entscheidung immer dieselbe Partei wählen, machen immer noch gut ein Viertel der Wahlberechtigten aus. Hinzu kommen die politisch interessierten und informierten wertrationalen Stammwähler, die aber durchaus auch ihr Wahlverhalten ändern, wenn die von Ihnen bisher favorisierte Partei nicht länger ihre Grundüberzeugungen vertritt. Beiden Gruppen zusammen können vier von zehn der wahlberechtigten Bayern zugerechnet werden, wobei allerdings beinahe die Hälfte der Stammwähler als so genannte temporäre Stammwähler nur bei als wichtig empfundenen Wahlen teilnimmt, also nicht mehr der klassischen Vorstellung vom Stammwähler entspricht, der auch an jeder Wahl teilnimmt.

Auf der Seite der Wechselwähler, die nach Selbstauskunft insgesamt angeblich nur ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern umfasst, machen die politisch ungebundenen, stimmungsabhängig wählenden affektuellen Wähler den deutlich größeren Teil aus. Die politisch interessierten, immer wieder neu abwägenden zweckrationalen Wechselwähler sind hingegen die kleinste Gruppe. Noch häufiger als die Stammwähler neigen die Wechselwähler zudem dazu, nur an als wichtig eingeschätzten Wahlen teilzunehmen.

Unabhängig von ihrem Status als Stamm- oder Wechselwähler tendieren die meisten Bayern dazu, ihre Wahlentscheidung eher affektiv zu treffen, wenn man hierfür das fehlende politische Interesse und unzureichende Informiertheit über Politik als Indikatoren nimmt.

Bei den Volksparteien lassen sich insgesamt spürbar höhere Stammwähleranteile sowohl der traditionellen als auch der wertrationalen Teilgruppe bei gleichzeitig häufigerer Wahl-

teilnahme beobachten, ähnliches gilt auch für die Grünen. Die AfD und die Freien Wähler sind hingegen häufiger auf Wechselwähler, darunter vor allem affektuelle Wechselwähler, angewiesen. In diesem Zusammenhang muss allerdings beachtet werden, dass nur etwa jeder zehnte Stammwähler sich zu der von ihm bevorzugten Partei gar keine Wahlalternativen vorstellen kann, so dass dieses Potenzial nicht absolut verlässlich und dauerhaft sicher ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass wertrationale Stammwähler eine andere Partei wählen, wenn ihre Grundüberzeugungen nicht länger von „ihrer" Partei vertreten werden.

Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern drückt seine Enttäuschung über die etablierten Parteien dadurch aus, dass es die Gründung und den Erfolg neuer Parteien zumindest teilweise begrüßt. Dabei handelt es sich vor allem um Anhänger der AfD, sonstiger Parteien und der Freien Wähler, aber auch zu nicht geringen Anteilen (ein Fünftel bis ein Drittel) um Befragte mit einer Parteineigung für etablierte Parteien wie CSU, SPD, Grüne und FDP. Dies bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass diese Befragten in Zukunft vielleicht aus Protest eine andere Partei wählen werden. Sie sehen darin aber zumindest eine Option und erhoffen sich zumindest selbst bei einer Nichtwahl neuer Parteien, dass die etablierten Parteien durch die Erfolge neuer Parteien unter Druck gesetzt werden und Anpassungen ihrer Politik vornehmen.

Schlussfolgerungen

Aus der Vielzahl von Einzelbefunden der neuen Grundlagenuntersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Parteien und Parteiensystem auf dem Prüfstand" lassen sich eine Reihe von generellen Schlussfolgerungen und spezifischen Erkenntnissen zur Sicht des Parteiensystems ableiten.

Generelle Erkenntnisse

- Die in der Politikwissenschaft vertretene These, dass die wirtschaftliche Situation maßgeblich die allgemeine Grundstimmung beeinflusst und üblicherweise Wahlen überwiegend oder gar ganz alleine entscheiden kann, scheint zumindest derzeit außer Kraft gesetzt zu sein. Die ausgesprochen positiv bewertete Wirtschaftslage wird derzeit durch die zahlreichen, stark emotionsbesetzten und angstauslösenden politischen Krisen sowie ihre Folgeerscheinungen (Flüchtlinge, Terrorismus, Innere Sicherheit, EU) überlagert und wirkt sich so gut wie gar nicht auf die allgemeine Gesamtstimmung aus.
- Auch dieses Mal bestätigt sich erneut, dass emotional aufgeladene Themen wie die Flüchtlingsfrage und auch der Themenkomplex Innere Sicherheit eine deutlich höhere Relevanz besitzen als weniger emotionsbesetzte, eher rationale Themen wie z. B. Investitionen in Infrastruktur oder auch Haushalts- und Finanzpolitik, bei denen es nicht unmittelbar um eine Gefährdung der Gesundheit bzw. körperliche Unversehrtheit geht.

- Dies gilt insbesondere für das mit verschiedenen Ängsten verbundene Thema der Inneren Sicherheit. Der Schutz der eigenen Bürger vor inneren und äußeren Gefahren ist eine der zentralen staatlichen Aufgaben. Das Gefühl schwindender Sicherheit auf den Straßen oder sogar in der eigenen Wohnung, sei es durch Terrorismus, andere Gewalttaten oder durch steigende Einbruchskriminalität, kann zu einem massiven Vertrauensverlust in den Staat und das politische System bzw. die Parteien führen, wenn die Probleme nicht benannt und angegangen werden. Ein ständig vorhandenes Bedrohungsgefühl stört zudem in erheblichem Maße das Grundvertrauen in die Mitmenschen im unmittelbaren Lebensumfeld und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise kommt es zudem in der öffentlichen Wahrnehmung durch bestehende Querbeziehungen (z. B. durch Flüchtlinge begangene Straftaten) zu gegenseitigen Verstärkungseffekten der beiden derzeit dominierenden, stark emotional aufgeladenen und angstbesetzten Themenbereiche Flüchtlinge und Innere Sicherheit.
- Bereits jetzt wirken sich diese Problemlagen negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie aus, auch wenn fundamentale Kritik am System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie bisher eher noch der Ausnahmefall bleibt. Bei einem Überschreiten psychologischer Schwellenwerte durch bedrohliche Entwicklungen und Ereignisse besteht allerdings die Gefahr einer allmählichen Erosion der grundsätzlichen Akzeptanz des politischen Systems und seiner Errungenschaften.
- Insgesamt ergibt sich im Hinblick auf Wahlteilnahme und Wahlverhalten ein Bild, das angesichts der aktuellen Bewertung der politischen Situation und Unzufriedenheit mit der Politik zumindest bei einem nicht unerheblichen Teil der Bayern bei den kommenden Wahlen weitere Veränderungen des Wahlverhaltens vermuten lässt. So dürften Protestmotive, aber auch die Wahl einer anderen Partei aus dem „Relevant Set“ der grundsätzlich wählbaren Parteien vermehrt eine Rolle spielen.
- Die Chancen einer neuen Partei zur dauerhaften Etablierung im Parteiensystem steigen insbesondere dann, wenn sie nicht länger nur als Protestpartei angesehen wird, sondern ihr auch Lösungskompetenzen oder die Fähigkeit zur indirekten Durchsetzung ihrer Positionen zugesprochen werden.
- Bei der Beschreibung bzw. Typologisierung des Wahlverhaltens ist die früher übliche, einfache Einteilung in Stamm- und Wechselwähler angesichts veränderter Einstellungen und Verhaltensprädispositionen wie schwindenden Parteibindungen und häufigerer temporärer oder dauerhafter Nichtwahl nicht mehr ausreichend. Insbesondere dem Thema der temporären Nichtwahl sollte dabei in Zukunft eine größere Relevanz beigemessen werden, da dieses eine klare Abgrenzung von notorischer Nichtwahl erlaubt und zugleich eine differenziertere Sicht auf die Stamm- und Wechselwähler ermöglicht. Insbesondere die „temporäreren Stammwähler“, die sich zwar grundsätzlich zu einer Partei bekennen, aber nur in Abhängigkeit von der subjektiven Relevanz der jeweils

anstehenden Wahl überhaupt an die Wahlurne treten, bedeuten für die Parteien einen erhöhten Mobilisierungsaufwand, aber auch eine Chance.

Spezifische Erkenntnisse zur Sicht des Parteiensystems

- Insgesamt lässt sich eine deutlich kritischere Sicht der etablierten Parteien feststellen. Diese ist vermutlich zu einem erheblichen Teil auf eine nicht ausreichende Beachtung der derzeit zentralen, emotional aufgeladenen und mit Ängsten verbundenen Themen zurückzuführen. Es besteht die Gefahr, dass nicht nur die Akzeptanz aller Parteien, sondern auch die Zustimmung zum System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie Schaden nimmt, wenn viele Menschen dauerhaft das Gefühl haben, dass sich Parteien und Politik der Probleme in zentralen, als existenziell empfundenen Bereichen nicht in ausreichendem Maße annehmen.
- Allerdings führt die Unzufriedenheit mit der Politik insgesamt bzw. mit den etablierten politischen Parteien nicht automatisch zu Protestwahl, sondern auch zu mehr Apathie und temporärer oder gar dauerhafter Nichtwahl. Dies kann auch bei Anhängern der im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP im Zweifel dazu führen, dass man am Wahltag seine Stimme nicht abgibt und zuhause bleibt, wenn man mit der Performance „seiner“ Partei und den angebotenen Lösungen unzufrieden ist.
- Trotz aller Kritik bieten die Volksparteien aus Sicht vieler Wähler grundsätzlich weiterhin ein zukunftsfähiges Modell mit verschiedenen Vorteilen wie z. B. Durchsetzungsfähigkeit, einem breiteren thematischen und einem größeren personellen Angebot. Die zunehmende Geringschätzung des Kompromisses in der Politik und der Standpunkt, dass man eine Partei nicht wählen kann, wenn sie bei einem zentralen Thema eine andere Position vertritt, deuten aber auf eine schwieriger werdende Ausgangslage für die Volksparteien hin, insbesondere wenn es um Kompromisse und den Ausgleich konfligierender Interessen innerhalb ihrer Klientel geht.
- Den kleineren, teils neueren Parteien wird in Ergänzung zu den Volksparteien eine wichtige Komplementärfunktion beigemessen. Sie können die etablierten Parteien unter Druck setzen und zu einem Überdenken ihrer politischen Positionen bewegen, auch wenn ihnen selbst auf den meisten Gebieten eher geringe Problemlösungskompetenzen zugesprochen werden.
- Hinsichtlich der präferierten Koalitionsform lassen sich die Vorstellungen der Wähler im Hinblick auf Art und Anzahl der beteiligten Parteien oftmals kaum widerspruchsfrei miteinander verbinden. Das Dilemma für viele Wähler in Bayern besteht darin, dass trotz bestehender Vorbehalte gegenüber großen Koalitionen eine Koalition mit zwei Parteien Koalitionen mit drei Parteien eindeutig vorgezogen werden und dass man nach der nächsten Bundestagswahl in einer Koalition zudem am liebsten gleich starke Partner sähe.

4. Anhang (Abbildungen und Tabellen)

Tabelle I: Allgemeine Wirtschaftslage in Bayern nach Alter und Region (Fragen 1, 2)

	Gesamt	Alter			Region			
		16-34	35-59	60+	Ober-bayern	Franken	Schwa-ben	Oberpfalz / Nieder-bayern
Allgemeine wirtschaftliche Lage heute								
Gut	**60**	60	**57**	62	59	62	**63**	**54**
Teils / teils	**36**	36	37	**33**	36	**33**	**32**	**44**
Schlecht	**4**	3	5	3	4	4	5	2
Index: Gut – schlecht	**+56**[1)]	+57	**+52**	+59	+55	+58	+58	**+52**
Allgemeine wirtschaftliche Lage in einem Jahr								
Geht zurzeit eher aufwärts	**29**	**34**	28	**25**	28	30	31	27
Geht zurzeit eher abwärts	**19**	17	19	20	19	17	21	19
Verändert sich nicht so viel	**50**	**46**	50	**53**	50	51	**46**	51
Index: Eher aufwärts – eher abwärts	**+10**[2)]	**+17**	+9	**+5**	+9	**+13**	+10	+8

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe / verweigert

Tabelle II: Eigene Wirtschaftslage nach Alter und Region (Fragen 3, 4)

	Gesamt	Alter			Region			
		16-34	35-59	60+	Ober-bayern	Franken	Schwa-ben	Oberpfalz / Nieder-bayern
Eigene wirtschaftliche Lage heute*								
Gut	**64**	63	**61**	**67**	65	62	**68**	**60**
Teils / teils	**29**	28	31	27	27	31	**24**	**32**
Schlecht	**7**	8	7	5	7	6	7	8
Index: Gut – schlecht	**+57**	+55	**+54**	**+62**	+58	+56	**+61**	**+52**
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr								
Besser	**18**	20	17	17	**21**	**15**	18	18
Genauso	**73**	**70**	75	72	**70**	75	72	73
Schlechter	**7**	7	6	9	6	7	9	7
Index: Besser – schlechter	**+11**	+13	+11	**+8**	**+15**	**+8**	+9	+11

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe / verweigert

Tabelle III: Lösungskompetenz für bundespolitische Aufgaben (Frage 5 b)

	Rele-vanz	Lösungskompetenz									
		CDU / CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD	FW	Alle gleich	Keine	W.n. / k.A.
Innere Sicherheit	**88**										
Terrorismus bekämpfen	73	44	20	9	3	1	9	2	3	22	3
Innere Sicherheit / Kriminalität	43	42	19	10	3	1	10	3	2	16	10
Extremismus bekämpfen	22	38	18	12	3	2	8	3	7	15	5
Ausländer / Zuwanderung	**84**										
Ausländer / Asylbewerber / Zuwanderung / Flüchtlinge	72	39	16	13	4	2	22	4	4	10	4
Islam, Islamismus-Probleme	44	41	17	8	4	1	23	2	1	16	9
Wirtschaft / Steuern / Finanzen	**44**										
Stabile Wirtschaft / Wirtschaftspolitik	20	46	22	11	7	3	3	2	–	13	4
Finanz- / Haushaltspolitik	14	44	17	12	3	1	4	4	6	19	5
Steuerpolitik / Steuern senken	12	39	14	7	7	1	1	3	–	23	9
Sozialpolitik	**43**										
Rentenpolitik / Rentensicherheit	24	37	20	11	2	3	3	1	–	23	9
Sozialpolitik / Soziale Gerechtigkeit	16	36	23	10	3	3	4	3	–	22	10
Gesundheitspolitik	11	51	24	10	4	3	7	3	2	9	3
Arbeitslosigkeit / -plätze	**33**										
Außen- / Europapolitik	**27**										
Europapolitik / Eurokrise / EU-Neustart	15	39	20	14	5	1	6	4	6	15	3
Türkei, Beziehungen zur Türkei	13	29	11	6	2	1	4	–	–	37	15
Familie und Jugend	**16**										
Jugendpolitik	9	29	32	16	3	1	3	1	6	12	13
Familienpolitik / Kinderbetreuung	8	40	25	8	4	4	6	3	4	17	4
Umwelt / Klima / Energie / Verbraucherschutz	**11**										
Energiepolitik / -wende	5	31	14	34	5	1	1	2	5	13	10
Strukturpolitik: Infrastruktur / Ländlicher Raum	**10**										
Schule / Bildung	**8**										
Schul- / Bildungspolitik / Ganztags-betreuung in Schulen	6	32	21	12	5	–	2	2	–	22	11

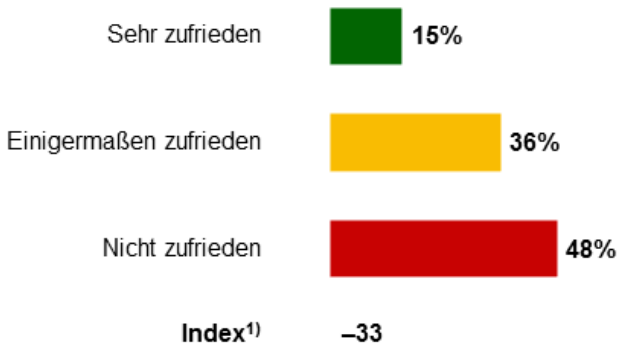
Offene Fragen, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Themen mit einer Relevanz ≥ 5 %

Tabelle IV: Politisches Interesse nach Alter und Häufigkeit der Wahlteilnahme (Frage 6)

Interessiere mich für Politik…	Gesamt	Alter			Wahlteilnahme			
		16-34	35-59	60+	Fast immer	Wichtige Wahlen	(So gut wie) nie	Noch nicht gewählt
Sehr stark	**25**	26	23	25	28	26	17	23
Stark	**29**	27	30	29	34	30	22	27
Etwas	**30**	29	34	26	27	29	37	31
Gar nicht	**12**	14	10	14	7	12	23	15
Index[1)]	**+42**	+39	+43	+40	+55	+44	+16	+35

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
[1)] Index = „sehr stark / stark“ – „gar nicht“

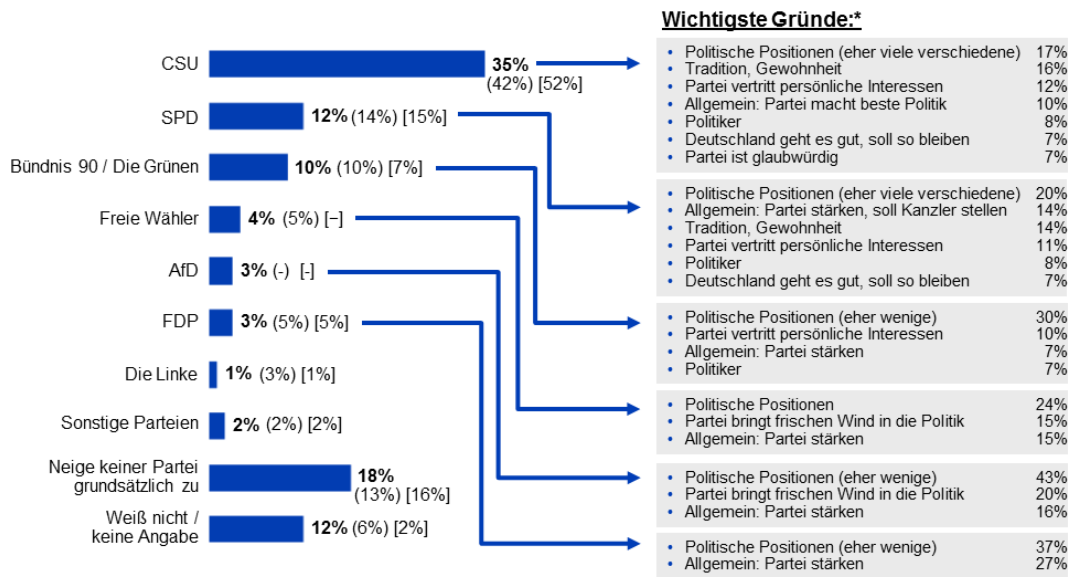
Abbildung I: Demokratiezufriedenheit nach Alter (Frage 14)



Alter		
16-34	35-59	60+
13	13	20
37	33	38
48	52	41
–35	–39	–21

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
[1)] Index = „sehr zufrieden“ – „nicht zufrieden“

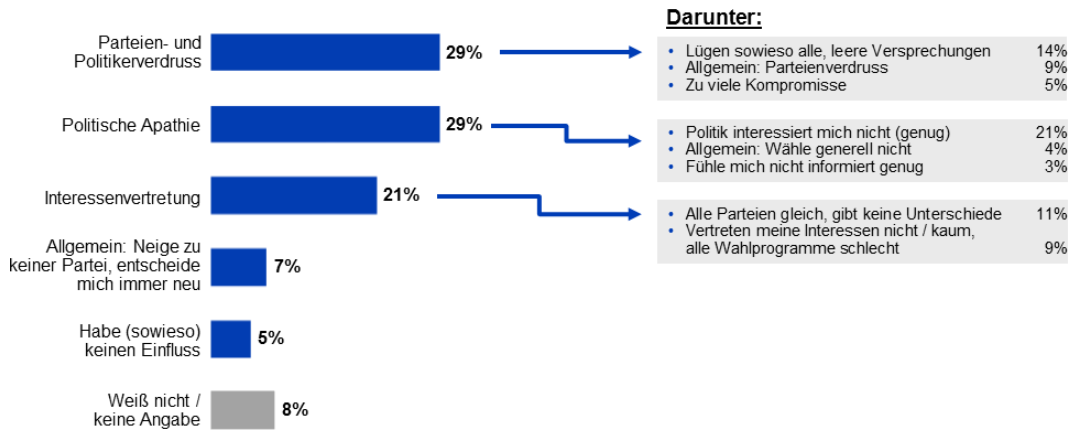
Abbildung II: Gründe für eine grundsätzliche Parteineigung (Fragen 23, 24)



In Klammern: Vergleichswerte zu (2010) und [2005]
* Mehrfachnennungen möglich; Aufgeführt sind alle Nennungen ≥ 7 % und 10 Nennungen absolut

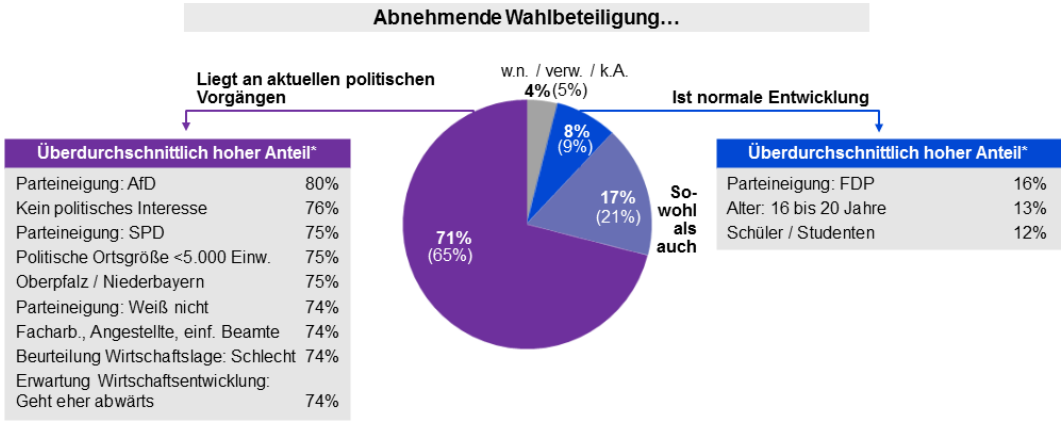
Abbildung III: Gründe für eine fehlende grundsätzliche Parteineigung (Frage 24)

Basis: Befragte ohne grundsätzliche Parteineigung; n = 386



Offene Fragen, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen ≥ 3 %

Abbildung IV: Ursachen der abnehmenden Wahlbeteiligung (Frage 16)



In Klammern: Vergleichswerte zu Januar / Februar 2016

Tabelle V:
Wählertypus (Selbsteinstufung) nach Alter und politischem Interesse (Fragen 17, 20)

Teilnahme an Wahlen	Gesamt	Alter			Politisches Interesse		
		16-34	35-59	60+	(Sehr) stark	Etwas	Gar nicht
Nehme an fast allen Wahlen teil	35	22	38	43	40	32	21
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	36	31	38	36	37	34	33
Wähle nie bzw. so gut wie nie	18	14	20	17	13	22	33
Erst seit kurzem Wahlberechtigt / noch nicht an Wahlen teilgenommen	7	29	–	–	7	8	9
Wählertypus							
Bin eher Stammwähler	55	51	56	55	56	54	45
Bin eher Wechselwähler	40	41	39	42	39	41	48

Jeweils Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe

Tabelle VI: Wählertypus (Selbsteinstufung) nach Parteineigung (Fragen 17, 20)

Teilnahme an Wahlen	Gesamt	Parteineigung								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Nehme an fast allen Wahlen teil	35	50	46	34	35	40	40	30	16	11
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	36	34	39	40	39	33	34	27	36	37
Wähle nie bzw. so gut wie nie	18	6	6	13	17	22	15	32	35	37
Erst seit kurzem Wahlberechtigt / noch nicht an Wahlen teilgenommen	7	6	8	12	4	5	9	6	8	6
Wählertypus										
Bin eher Stammwähler	55	70	73	64	51	42	51	50	–	30
Bin eher Wechselwähler	40	27	25	33	47	53	45	44	83	63

Jeweils Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe

Tabelle VII: Langfristiges Wahlverhalten nach Wahlabsicht (Frage 20)

Basis: Mindestens Teilnahme bei wichtigen Wahlen; n = 1.350

Bin eher…	Gesamt	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP*	Son-stige*	Nicht-wähler	Unent-schl.
Stammwähler	55	71	66	54	57	28	45	32	25	25
Typischer Wechselwähler	40	25	31	43	38	62	48	60	65	64

Bin eher…	Gesamt	Bundestagswahlabsicht							
		CSU	SPD	B90 / Grüne	AfD	FDP*	Sonstige	Nicht-wähler	Unent-schl.
Stammwähler	55	73	59	58	26	40	38	20	37
Typischer Wechselwähler	40	22	36	40	68	58	54	79	56

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
* Geringe Fallzahl, n = < 50

Tabelle VIII: Weiteste Wählerkreise der Parteien nach Alter / Bildung (Frage 19)

„Ganz bestimmt / unter Umständen“	Gesamt	Alter			Bildung		
		16-34	35-59	60+	Volks- / Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur / Studium
CSU	**64**	63	61	70	66	66	61
Bündnis 90 / Die Grünen	**48**	54	49	42	47	48	49
AfD	**43**	40	46	42	46	40	40
SPD	**40**	39	38	40	41	38	38
FDP	**39**	35	40	43	38	41	39
Freie Wähler	**26**	25	27	25	26	23	28
Die Linke	**15**	17	14	14	14	15	14
Eine rechte Partei (Republikaner, NPD)	**2**	2	2	2	2	2	3
Piratenpartei	**1**	4	1	1	2	1	2
Eine andere, sonstige Partei	**4**	4	4	4	3	5	5

Tabelle IX:
Aussagen zur Wahlentscheidung bei Bundestagswahl nach Wahlabsicht (Frage 34)

Stimme voll und ganz / eher zu	Ge-samt	Bundestagswahlabsicht							
		CSU	SPD	B90 / Grüne	AfD	FDP	Sonstige	Nicht-wähler	Unent-schl.
Bei der Wahl einer Partei kommt es nicht nur auf den/die Kanzlerkandidaten/in, sondern auf das gesamte personelle Angebot an	**71**	71	71	67	71	70	66	70	73
Eine Partei, mit der ich alles in allem am meisten übereinstimme, wähle ich auch dann, wenn mir der/die Kanzlerkandidat(in) nicht zusagt	**69**	71	73	66	63	69	72	64	70
Eine Partei, die ich wähle, muss auch humanitäre oder christliche Grundwerte vertreten	**68**	69	67	62	74	78	68	68	68
Die Wahl einer Partei, die sich nur auf ein oder zwei Themen konzentriert, kommt für mich nicht in Betracht	**61**	62	60	55	64	53	58	65	62
Ich wähle keine Partei, die unabhängig von aktuellen Themen grundsätzlich die Interessen von Leuten wie mich nicht vertritt	**47**	48	47	44	49	57	50	43	47
Ich wähle eine Partei nur dann, wenn diese in einer Koalition meine Position zu besonders wichtigen Themen ohne Abstriche durchsetzen will	**37**	40	33	33	36	36	34	39	36
Eine Partei, die bei dem für mich wichtigsten Thema nicht meinen Standpunkt vertritt, wähle ich nicht, auch wenn ich in anderen Punkten übereinstimme	**35**	36	37	36	38	31	34	32	35
Ich gehe nur dann zur Wahl, wenn es um Themen geht, die mich persönlich betreffen	**20**	14	19	16	18	9	13	34	27
Wenn ich mit der von mir grundsätzlich bevorzugten Partei unzufrieden bin, bleibe ich lieber zuhause, als eine Protestpartei zu wählen	**16**	8	8	13	3	25	9	37	27

Tabelle X: Vor- und Nachteile von Volksparteien nach Parteineigung (Frage 25)

Stimme voll und ganz / eher zu: Volksparteien…	Ge-samt	Parteineigung							
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Keine Partei	W.n. / k.A.
…gehen zu viele faule Kompromisse ein	64	63	63	67	53	63	54	63	71
…besitzen aufgrund ihrer Größe mehr Durchsetzungsvermögen / Gestaltungsmacht	64	64	65	60	53	67	67	64	64
…sind zu schwerfällig und inflexibel	59	57	57	60	53	52	53	60	63
…müssen auf zu viele verschiedene partei-interne Interessengruppen Rücksicht nehmen	54	54	53	55	65	52	62	53	52
…besitzen das größere und breitere personelle Angebot	53	53	48	50	62	42	49	54	55
…berücksichtigen meine speziellen Interessen zu wenig	46	49	43	48	58	52	47	45	41
…haben insgesamt eine größere thematische Breite	41	42	45	40	39	35	35	44	39
…bemühen sich mehr um eine Integration und Interessenausgleich für verschiedene Wählergruppen	32	33	32	31	37	31	41	26	38
…sind inzwischen zu einem Auslaufmodell in der Politik geworden	22	18	22	27	23	19	22	27	23

In Rot: Nachteile

Tabelle XI: Vor- und Nachteile von kleineren Parteien nach Parteineigung (Frage 29)

Stimme voll und ganz / eher zu: Kleinere, teils neuere Parteien…	Ge-samt	Parteineigung							
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Keine Partei	W.n. / k.A.
…heizen den etablierten Parteien ein	68	69	63	71	67	81	65	68	62
…beschränken sich oft nur auf ein einziges oder wenige Themen	68	73	74	73	50	32	75	67	70
…haben oft nur ein begrenztes personelles Angebot	60	62	61	66	51	25	57	58	66
…sind oftmals chaotisch und unberechenbar	56	59	66	70	22	17	65	54	61
…müssen weniger Kompromisse eingehen als die sogenannten Volksparteien	56	54	56	59	63	68	60	60	49
…zeigen oft zu wenig Kompromissbereitschaft	55	57	58	58	49	50	41	52	55
…sprechen wichtige Themen an, aber bieten meist keine Lösungen	51	53	55	58	32	14	63	50	53
…können die Interessen ihrer Wähler kompromissloser vertreten	44	43	46	43	39	60	43	47	37
…bringen frischen Wind in die Politik	41	41	40	35	55	72	33	40	36
…sind schneller und flexibler	37	34	37	37	41	47	28	40	32

In Rot: Nachteile

Tabelle XII: Übersicht über die Wählertypen nach Parteineigung

	Gesamt	Parteineigung								
		CSU	SPD	B90 / Grüne	Freie Wähler	AfD	FDP	Sons-tige	Keine Partei	W.n. / k.A.
Traditionelle Stammwähler	**28**	41	43	34	30	25	22	16	–	11
Wahl bei fast allen Wahlen	**16**	26	27	19	9	13	9	11		2
Wahl nur bei wichtigen Wahlen	**12**	15	16	15	21	12	13	5		9
Wertrationale Stammwähler	**14**	21	20	15	10	7	18	15		6
Wahl bei fast allen Wahlen	**8**	13	9	5	4	4	10	15		1
Wahl nur bei wichtigen Wahlen	**6**	8	11	10	6	3	8	–		5
Affektuelle Wechselwähler	**21**	16	15	14	24	31	22	21	36	25
Wahl bei fast allen Wahlen	**9**	8	8	7	16	18	14	5	10	5
Wahl nur bei wichtigen Wahlen	**12**	8	7	7	8	13	8	16	26	20
Zweckrationale Wechselwähler	**10**	8	7	11	14	9	13	7	14	9
Wahl bei fast allen Wahlen	**4**	5	4	2	7	6	10	2	5	2
Wahl nur bei wichtigen Wahlen	**6**	3	3	9	7	3	3	5	9	7
Wähle (so gut wie) nie	**19**	7	7	13	18	23	16	35	40	42
Erst seit kurzem wahlberechtigt / noch nie an Wahlen teilgenommen	**8**	7	8	13	4	5	9	6	10	7

Dr. Helmut Jung
GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg